



Stenografischer Bericht

93. Sitzung

Freitag, 31. Januar 2020,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 3

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Debatte

a) **Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt - für demokratische Willensbil- dung unverzichtbar**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs.
7/5551**

Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	3
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	5
Holger Hövelmann (SPD)	6
Mario Lehmann (AfD)	10
Sebastian Striegel (GRÜNE)	12
Mario Lehmann (AfD)	13
Oliver Kirchner (AfD)	16
Dr. Katja Pähle (SPD).....	16

Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	17
Markus Kurze (CDU)	18
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	20
Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	20

b) **Die Auseinandersetzung des Jahrzehnts - Gesellschaftliche und marktwirtschaftliche Ord- nung oder ökosozialistische Planwirtschaft?**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5552**

Robert Farle (AfD)	21
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	24
Alexander Raue (AfD).....	26
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	26
Ulrich Thomas (CDU)	27
Hendrik Lange (DIE LINKE)	30
Olaf Meister (GRÜNE)	36
Oliver Kirchner (AfD).....	38
Olaf Meister (GRÜNE)	39
Robert Farle (AfD)	39
Olaf Meister (GRÜNE)	40
Holger Hövelmann (SPD)	41
Robert Farle (AfD)	46

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Straßenausbaubeiträge rückwirkend abschaffenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5537**

Matthias Büttner (AfD)	47
Stefan Gebhardt (DIE LINKE).....	50
Matthias Büttner (AfD)	50
Silke Schindler (SPD)	53
Swen Knöchel (DIE LINKE)	56
Daniel Roi (AfD).....	57
Swen Knöchel (DIE LINKE)	58
Olaf Meister (GRÜNE)	58
Tobias Krull (CDU)	62
Matthias Büttner (AfD)	65
Abstimmung.....	66

Tagesordnungspunkt 5

Erste Beratung

Öffentlich vor privat - Die Krankenhaushauslandschaft Sachsen-Anhalts kurzfristig retten, langfristig sichern und zukunftsorientiert gestalten!Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5544**Alternativantrag Fraktion AfD -
Drs. 7/5576

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	66
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	71
Wulf Gallert (DIE LINKE)	73
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	73
Ulrich Thomas (CDU).....	74
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	74
Alexander Raue (AfD).....	76
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration).....	76
Tobias Krull (CDU)	77
Ulrich Siegmund (AfD)	80
Eduard Jantos (CDU).....	84
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	84
Dr. Katja Pähle (SPD)	85
Matthias Büttner (AfD)	87
Dr. Katja Pähle (SPD)	88
André Poggenburg (fraktionslos)	88
Swen Knöchel (DIE LINKE)	89
Tobias Krull (CDU).....	90
Swen Knöchel (DIE LINKE)	90
Abstimmung	91

Schlussbemerkungen.....91

Beginn: 9:04 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 43. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit der Aktuellen Debatte.

Ich erinnere daran, dass für heute Herr Minister Robra ab 12:30 Uhr und Herr Minister Prof. Dr. Willingmann ganztägig entschuldigt sind.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Debatte

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema der Aktuellen Debatte auf:

Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt - für demokratische Willensbildung unverzichtbar

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/5551

Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: DIE LINKE, SPD, AfD, GRÜNE und CDU.

Zunächst hat die Antragstellerin, DIE LINKE, das Wort. Der Abg. Herr Gebhardt steht schon in den Startlöchern. Sie können sofort beginnen. Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im vergangenen Jahr kündigte die Kölner DuMont-Gruppe an, ihre Zeitungsaktivitäten auf den Prüfstand zu stellen und sich gegebenenfalls von ihnen zu trennen. Am 15. Januar 2020 wurde nun bekannt, dass eine Entscheidung diesbezüglich gefallen ist und dass die Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ an die Bauer Media Group verkauft werden soll, also an das Verlagshaus, das die zweite von zwei

großen Tageszeitungen in Sachsen-Anhalt, nämlich die „Volksstimme“, herausgibt.

Damit wird die Bauer Media Group zum größten und quasi auch zum einzigen Zeitungsverleger in Sachsen-Anhalt. Der Kauf muss allerdings noch vom Bundeskartellamt genehmigt werden. - So weit die bekannte Ausgangslage.

Nun sollten zunächst jeder und jede in Sachsen-Anhalt erleichtert sein, dass es mit der „Mitteldeutschen Zeitung“ weitergeht, dass sich ein Verlagshaus gefunden hat. Es ist kein Geheimnis, dass die wirtschaftlichen Probleme der Tageszeitungen, nicht nur in Sachsen-Anhalt, seit Jahren wachsen - wobei nach meinem Kenntnisstand bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ keine roten Zahlen geschrieben wurden. Aber die großen Medienkonzerne müssen sich verändern, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben.

Aufgrund des Drucks der Entwicklungen, unter anderem im Social-Media-Bereich, fügen die Verlagshäuser ihrem Portfolio neue Sparten und Geschäftsfelder hinzu, die nicht ausschließlich etwas mit Journalismus zu tun haben müssen. Ein Personalabbau in den regionalen Zeitungshäusern ist die Folge dieser Entwicklung. Dieser Abbau, meine Damen und Herren, findet eben auch in den Redaktionsstuben statt, also an den Stellen, wo der langjährige Redakteur oder die langjährige Redakteurin mit seiner oder ihrer Lokalkompetenz relevante Themen aus dem Lebensumfeld der Leserschaft generiert.

Bedeutet die Zusammenlegung beider Tageszeitungen unter einem Verlagshaus also den Erhalt des Lokaljournalismus in Sachsen-Anhalt, wäre dies zu begrüßen. Entsprechend positiv lautet auch die Botschaft beider Verlagshäuser. Die Bauer Media Group spricht von Synergieeffekten und einer guten Ausgangslage zum Erhalt des regionalen Journalismus in Mitteldeutschland. Auch der verkaufende DuMont-Verlag unterstreicht die Vorteile eines starken Verbundes mit der Mediengruppe Magdeburg als richtigen und zukunftsfähigen Ansatz. - So weit die offiziellen Verlautbarungen.

Die Redakteure fragen sich allerdings zu Recht, was diese Entwicklung für sie mittel- und langfristig bedeutet. Dass die rund 1 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ übernommen werden und sämtliche Vereinbarungen bestehen bleiben sollen, ist zunächst eine bloße Ankündigung, deren Umsetzung abzuwarten bleibt. Aber wir haben natürlich die Hoffnung, dass dies Realität wird.

Die Politik sollte sich fragen: Was bedeutet der Verkauf für die publizistische Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt? - Fakt ist: Die „MZ“ und die

„Volksstimme“ sind ähnlich groß - die „Mitteldeutsche Zeitung“ bringt derzeit 17 Lokalausgaben mit einer Auflage von mehr als 150 000 Exemplaren täglich heraus und darüber hinaus das Newsportal „mz-web.de“, die Anzeigenblätter „Wochenspiegel“ und „Super Sonntag“ sowie den regionalen TV-Sender TV Halle. Die Auflage der „Volksstimme“ ist mit 18 Lokalausgaben und rund 150 000 Exemplaren täglich ähnlich hoch.

Meine Damen und Herren! Eines muss klar sein: Mit Zustimmung des Bundeskartellamtes wird die Bauer Media Group das Monopol auf dem Zeitungsmarkt in Sachsen-Anhalt haben. Mit dieser Zusammenführung und der damit verbundenen Medienkonzentration verändert sich unweigerlich auch die Struktur des Medienmarktes in Sachsen-Anhalt insgesamt.

Es ist nicht neu, dass wirtschaftliche Aspekte, wie sie beim Verkauf der „Mitteldeutschen Zeitung“ an den Bauer-Verlag entscheidend sind, auch starken Einfluss auf die inhaltliche Vielfalt der Berichterstattungen haben. Der Trend zu Zentralredaktionen, wie bei den Medienhäusern Funke oder Madsack, hat in den letzten Monaten und Jahren stark zugenommen. Analysen dieses Trends zeigen deutlich, dass die Vielfalt der Berichterstattung unter dieser Konzentration leidet. Die Gefahr von Standardisierungen, Imitationen, Angebotsausdünnung und inhaltlicher Homogenisierung, der Verlust von Alternativen und eine zunehmende Dominanz gehen weit über ökonomische Folgen hinaus.

Im gesellschaftlichen wie im privaten Leben sind Medien als sinnstiftende, meinungsbildende und auch kontrollierende Instanz von besonderer Bedeutung. Eine vielfältige Medienlandschaft ist zwar kein Garant, aber doch eine Grundvoraussetzung für eine Berichterstattung, die den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Themenspektrum bietet und eine Vielfalt an Meinungen zur Verfügung stellt.

Sachsen-Anhalt ist mit zwei regionalen Tageszeitungen, die weitgehend getrennte Verbreitungsgebiete aufweisen, im Printmedienmarkt ohnehin nicht besonders breit aufgestellt - um es einmal vorsichtig auszudrücken. Die Übernahme der „Mitteldeutschen Zeitung“ durch die Bauer Media Group und der damit einhergehende Verlust gesunder Konkurrenz bedeutet ganz klar auch eine Gefahr für die vielfältige journalistische Berichterstattung.

Ich gehe davon aus, dass wir uns hier in einem einig sind: Medienvielfalt und damit auch publizistische Vielfalt ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur wünschenswert, sondern unbedingt schützenswert.

(Beifall bei der LINKEN)

Unverzichtbar für ein vielfältiges Informationsangebot sind Nachrichten über aktuelle Themen in unserer unmittelbaren Umgebung, und das gerade in einer globalisierten Welt und bei zunehmender Komplexität der Themenfelder.

Wie wichtig Tageszeitungen hierbei nach wie vor sind, zeigt der Vielfaltsbericht der Medienanstalten aus dem Jahr 2018. Er analysiert und beleuchtet die zahlreichen Facetten der Medienvielfalt. Dieser Bericht stellt fest, dass Tageszeitungen unter allen Medien den höchsten informierenden Nutzungsanteil aufweisen. Ein Anteil von 88 % derjenigen, die eine Tageszeitung lesen, nehmen auch Informationen über das Zeitgeschehen wahr. Tageszeitungen sind damit das wichtigste lokale Informationsmedium.

Bei einer Auflage der „Mitteldeutschen Zeitung“ und der „Volksstimme“ von insgesamt ca. 300 000 Exemplaren täglich kann man davon ausgehen, dass mindestens doppelt so viele Menschen diese dann auch wahrnehmen. Das sind also mindestens 600 000 Menschen, die täglich meinungsrelevante Inhalte über die Tageszeitungen in Sachsen-Anhalt wahrnehmen. Diese Menschen erwarten journalistische Qualität.

Die Fraktion DIE LINKE erwartet, dass die Bauer Media Group ihrer Verantwortung für die Medienlandschaft in unserem Bundesland gerecht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Keinesfalls dürfen die „Volksstimme“ und die „Mitteldeutsche Zeitung“ unter einer gemeinsamen Mantelredaktion zusammengefasst werden. Die publizistische Unabhängigkeit sowohl der „Mitteldeutschen Zeitung“ als auch der „Volksstimme“ muss aus unserer Sicht strikt gewahrt bleiben.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns bewusst für eine Aktuelle Debatte und gegen einen Antrag zu diesem Thema entschieden. Die Entscheidung darüber, ob der Verkauf rechtskräftig wird und, wenn ja, zu welchen Bedingungen, liegt beim Bundeskartellamt. Ein Beschluss aus dem politischen Raum wäre hierbei wenig hilfreich.

Notwendig ist aus unserer Sicht aber ein Signal aus der Politik, ein Signal für die Bedeutung der publizistischen Meinungsvielfalt für eine demokratische Gesellschaft und ein Signal für die Bedeutung einer objektiven und neutralen Berichterstattung, eines unabhängigen Journalismus, der auf der Basis von solider journalistischer Sorgfalt arbeitet.

Meine Damen und Herren! Nicht selten ärgern wir uns über die eine oder andere Berichterstattung. Wir freuen uns aber auch und wissen es wertzuschätzen, wenn wir mit unseren Themen in den Tageszeitungen Platz finden und die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden, was wir

hier tun und was wir hier beschließen. Manche Dinge weiß man eben erst dann richtig zu schätzen, wenn es sie nicht mehr gibt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank für die Einbringung, Herr Abg. Gebhardt. Ich sehe keine Fragen. - Ach doch, Herr Dr. Tillschneider, Entschuldigung. Ich habe Sie nicht vergessen. Ich habe Sie sogar aufgeschrieben. Sie dürfen jetzt Ihre Frage stellen. Bitte.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Ja, Herr Gebhardt, die Konzentration von „Mitteldeutscher Zeitung“ und „Volksstimme“ in einer Hand wäre doch nur dann ein Problem, wenn sich diese beiden Blätter irgendwie unterscheiden würden. Ich meine jetzt in der politischen Ausrichtung, in der Tendenz, also wenn das eine Blatt eher liberal und das andere irgendwie konservativ wäre

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Sind beides links-extremistische Blätter!)

oder wenn man irgendwie einen Unterschied wahrnehmen würde. Also, das eine ist ein linksliberales Käsblatt genauso wie das andere.

(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Aber jetzt richte ich die Frage an Sie: Worin unterscheiden sich denn diese Blätter, sodass es wirklich ein Verlust wäre, wenn sie in einer Hand zusammengefasst würden?

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Tillschneider, diesbezüglich habe ich eine komplett andere Wahrnehmung. Bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ und bei der „Volksstimme“ arbeiten erst einmal verschiedene Menschen. Sie arbeiten nicht in einer Redaktion zusammen. Deswegen hat man es sehr häufig, dass man in der einen Zeitung den Kommentar und in der anderen Zeitung einen anderen Kommentar liest. Ich verstehe unter publizistischer Vielfalt, dass auch Meinungsvielfalt stattfindet. Das geht nur mit getrennt arbeitenden Redaktionen. Darauf habe ich hingewiesen.

Im Übrigen gibt es häufig Berichte über Veranstaltungen oder Landtagssitzungen, über die ich in der „Volksstimme“ die eine Aussage und in der „Mitteldeutschen Zeitung“ eine konträre Aussage finde. Ich denke, das müssen unterschiedliche Veranstaltungen gewesen sein. Auch das erlebe ich sehr häufig. Darüber schmunzelt man dann. Darüber ärgert man sich vielleicht auch. Vielleicht ist man auch hier und da verwundert. Aber es ist

unter dem Strich einfach mehr Meinungsvielfalt und letztendlich Demokratie, Herr Tillschneider.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Jetzt sehe ich tatsächlich keine Wortmeldungen mehr. - Für die Landesregierung spricht jetzt der Staatsminister Herr Robra. Bitte, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Artikel 5 des Grundgesetzes verpflichtet uns, für Medienvielfalt zu sorgen, weil Medienvielfalt Meinungsfreiheit gewährleistet und transportiert. Das ist die Grundlage des demokratischen Prozesses.

Eine gute Mischung aus Printmedien und Rundfunk - das sind beim Rundfunk nicht nur die öffentlich-rechtlichen Anstalten, sondern auch die privaten lokalen und die Bürgermedien -, aber auch Onlineangeboten ist das, was wir brauchen, um Vielfalt auch im Land Sachsen-Anhalt zu gewährleisten.

Wir wollen deswegen - um das schon einmal an dieser Stelle zu betonen - mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen insbesondere im Hinblick auf den Bereich der privaten und lokalen Anbieter sowie der Bürgermedien unsere Haushaltsansätze verstärken, um auch diese Basisebene in die Lage zu versetzen, an der Gewährleistung der Meinungsvielfalt mitzuwirken.

Meine Damen und Herren! Die Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ in Halle ist nicht nur der Herausgeber einer Zeitung, sondern sie ist einer der größten Arbeitgeber in Halle. Mehr als 1 100 Arbeitsplätze werden von der Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ bereitgestellt. Insofern habe ich sehr viel Verständnis dafür, dass in allen Bereichen, in denen die Mediengruppe Männer und Frauen beschäftigt, jetzt eine große Unsicherheit dahin gehend herrscht, wie es weitergeht.

Wir wissen, dass die beiden Verlage und Verleger, die Bauer Mediengruppe und das Haus DuMont, betriebswirtschaftlich mit sehr unterschiedlicher Stringenz vorgehen. Ich wünsche mir an dieser Stelle - natürlich unter der Prämisse, von der der Abg. Herr Gebhardt schon gesprochen hat, nämlich der Genehmigung durch das Bundeskartellamt - auch einen rücksichtsvollen Umgang mit all den Beschäftigten, die nicht unmittelbar mit der Produktion von Inhalten beschäftigt sind, sondern die all die vielfältigen Aufgaben darum herum wahrnehmen. Ich hoffe, dass das Bewusstsein, dass letztlich das ganze Land an ihrer Seite steht, dazu beiträgt, dass das alles in

Ruhe, mit Sorgfalt und mit viel Vernunft umgesetzt werden wird.

Ich bin froh darüber - dabei schließe ich an das an, was Herr Gebhardt schon gesagt hat -, dass der „Mitteldeutschen Zeitung“ das Schicksal einer weiteren Zeitung der DuMont-Mediengruppe, der „Berliner Zeitung“, erspart geblieben ist; denn dort erleben wir jetzt, was es bedeutet, wenn ein weniger erfahrenes Haus als der Bauer-Verlag, der sich im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen auskennt wie kaum ein anderer in der Bundesrepublik Deutschland, eine solche Zeitung erwirbt. Geradezu alltäglich greifen die Verleger in die innere Pressefreiheit der Redaktion ein, bis hin zu eigenen Artikeln, die dort erscheinen. Das ist keine gute Lösung gewesen.

Wir können insofern alle beruhigt sein, dass mit dem Bauer-Verlag ein großes Unternehmen die Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ übernimmt, bei der ich jedenfalls in den vergangenen 30 Jahren, soweit es die „Volksstimme“ betrifft, keinerlei Eingriffe in den Redaktionsbetrieb wahrgenommen habe. Dass stringent - ich sagte es schon - im betriebswirtschaftlichen Bereich darum herum vorgegangen worden ist, ist natürlich niemandem verborgen geblieben.

Aber ich glaube, wir können froh darüber sein, dass auch die Redaktion der „Volksstimme“ in den letzten 30 Jahren in innerer redaktioneller Freiheit über das berichten konnte, was ihr berichtenswert erschien, und in ihren Kommentaren die Meinungen zum Ausdruck bringen konnte, die ihr wichtig sind. Das ist bei der „Mitteldeutschen Zeitung“ heute nicht anders. Ich denke, wir wünschen uns alle, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Warum vertraue ich auf das Bundeskartellamt? - Das Bundeskartellamt hat bei der Fusionskontrolle für Zeitungen und Zeitschriften - bedauerlicherweise, muss man sagen - sehr viel Erfahrung. Wir brauchen nur in das Nachbarland Thüringen zu gucken. Dort haben wir es gerade wieder erlebt. Ich erwarte mit großer Gelassenheit die abschließende Entscheidung. Dann geht es hier los.

Wir haben - auch das will ich nicht unerwähnt lassen - im Rahmen der Vielfaltssicherung mit dem Telemedien-Staatsvertrag die Zeitungen und die öffentlich-rechtlichen Anstalten zu einem Interessenausgleich gebracht, um den Zeitungen auf dem Markt wieder mehr Chancen zu geben. Anzeigen brechen weg und Abonnements werden gekündigt. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ - das war natürlich schon besorgniserregend - hat in den letzten 15 Jahren rund 50 % ihrer Auflage verloren. Das ist die nahezu größte Marge im Vergleich mit allen anderen Tageszeitungen.

Ich drücke die Daumen und wünsche allen dort Beschäftigten, dass dieser Trend mit der Ver-

äußerung an den Bauer-Verlag gebrochen wird und dass die Auflage dann auch wieder zu steigen beginnt; denn natürlich sind wir darauf angewiesen, dass unsere Zeitungen von den Leserinnen und Lesern geschätzt und abonniert werden, damit die wirtschaftliche Basis wieder verbreitert werden kann. In diesem Sinne begleitet und beobachtet die Landesregierung den jetzt bevorstehenden Prozess konstruktiv. Ich habe angedeutet, welche Hoffnungen und Erwartungen wir auch im Sinne der Beschäftigten damit verbinden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Somit steigen wir in die Debatte ein. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Hövelmann. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal mit etwas Positivem beginnen. Wir können feststellen, dass in kaum einem anderen Land eine so vielfältige Struktur an Tageszeitungen existiert wie in Deutschland.

Tageszeitungen sind nach wie vor das Medium, das bei den Bürgerinnen und Bürgern eine sehr hohe Glaubwürdigkeit besitzt. Tageszeitungen mit ihren Lokalredaktionen vermitteln das Wissen über das, was vor Ort geschieht, auch über das, was nicht geschieht, aber nach der Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger passieren sollte. Tageszeitungen sind heute noch für viele Menschen eine wichtige, wenn nicht die einzige Quelle für lokale und regionale Informationen.

Aber Tageszeitungen sind viel mehr als nur der Spiegel der Ereignisse des gestrigen Tages. Sie sind ein wesentlicher Teil der informationellen Grundversorgung und deshalb auch ein Vermittler der öffentlichen Meinung. Sie sind im besten Fall einer der Hauptträger des politischen Diskurses außerhalb politischer und gesellschaftlicher Gremien. Sie tragen durch vielfältige Angebote zur freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung bei.

Bei einem Bedeutungsverlust dieses Mediums wird dieser Diskurs schmaler. Das ist schlecht für die Demokratie. Demokratie lebt von Pluralismus und der Vielfalt der Meinungen in der öffentlichen Debatte. Zugleich wissen wir - das ist ganz allgemein gesprochen -, dass die Verlage unter hohem wirtschaftlichem Druck stehen. Aus Gründen der Renditesteigerung erzeugen sie diesen oftmals auch selbst. Das hat vielfältige Gründe: Umsatzprobleme aufgrund rückläufiger Werbeeinnahmen,

Absatzprobleme und Auflagenverluste, Digitalisierung, das Verlangen der Konsumenten nach kostenlosen Angeboten, Änderungen im Nutzungsverhalten insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

All das hat zur Konsequenz, dass wir zwar nach wie vor ein relativ breites Angebot an Tageszeitungen haben, inzwischen aber die großen Verlagsgruppen hinter diesen Angeboten stehen und den Zeitungsmarkt in Deutschland quasi dominieren. Die Fachzeitschrift „Media Perspektiven“ kommt in der Ausgabe 5/2018 zu dem Schluss, dass die Pressekonzentration auf dem Zeitungsmarkt in Deutschland „rasant“ steigt. Genau das erleben wir gerade auch in Sachsen-Anhalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, bin ich auf den Seiten des Bundesverbandes der Zeitungsverleger auf das Leitbild der Zeitungen gestoßen, das sich der Verband selbst gegeben hat. Dort heißt es - ich zitiere -:

„Die Zeitungen sind unabhängig. Die Zeitungen liefern Qualität. Die Zeitungen bewegen Demokratie. Die Zeitungen sind ein Wirtschaftsfaktor. Die Zeitungen bewegen den Alltag. Die Zeitungen sind ein Zukunftslabor.“

Besser, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten auch wir Politikerinnen und Politiker nicht beschreiben können, was Anspruch und Selbstverständnis der Zeitungen sein sollten.

Die Frage, die sich stellt, ist, ob die Zeitungen diesen selbst gesteckten Zielen auch gerecht werden können. Wir wissen, dass das Verlegen und der Verkauf von Zeitungen eben auch ein knallhartes ökonomisches Geschäft sind. Inwieweit die wirtschaftlichen Ziele den inhaltlichen Zielen entgegenstehen, können nur die Verlage selbst beantworten. Sie haben es auch selbst zu verantworten.

Der Verkauf der Mediengruppe „Mitteldeutsche Zeitung“ an die Bauer Media Group wurde vor allem auch mit der Nutzung von Synergieeffekten begründet. Was das konkret bedeutet, wissen wir noch nicht. Es ist aber davon auszugehen, dass der Verkauf nicht dauerhaft ohne Folgen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben wird.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lenkt natürlich auch den Blick auf die Arbeitsbedingungen in der Branche. Ich erinnere mich gut - oder eigentlich weniger gut - an die sogenannten Umstrukturierungen, wie sie so beschönigend genannt wurden, bei der „Volksstimme“ im Jahr 2013. Damals wurde die Zentralredaktion in kleine Wirtschaftsbetriebe aufgeteilt. Es wurden Lokalredaktionen ausgegliedert und Personal wurde entlassen. Die betriebliche Mitbestimmung wurde

massiv erschwert und an manchen Stellen sogar unmöglich gemacht.

Das war leider keine neue Entwicklung. Schon drei Jahre zuvor wurde bei dem Landesverbandstag des Deutschen Journalisten-Verbandes im Land Sachsen-Anhalt eine Resolution an die Landtagsfraktionen dieses Hohen Hauses verabschiedet. Dort heißt es - ich zitiere -: Wir sind der Auffassung, dass der geschilderte Abbau von Personal und der Rückbau bei den Arbeitsbedingungen Auswirkungen auf die journalistische Qualität der Zeitungen und damit auch auf die Meinungsvielfalt und den Meinungsbildungsprozess der Leserinnen und Leser haben. - Das war im Jahr 2010, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Einschätzung des Deutschen Journalisten-Verbandes kann man nur zustimmen. Deshalb ist gerade für uns Sozialdemokraten klar: Wer guten Journalismus haben will, der muss auch Journalisten und alle diejenigen, die für die Produktion eines Blattes Verantwortung tragen, ordentlich bezahlen. Gute Arbeit gilt für uns nicht nur in der Industrie, in der Pflege, im Handel, auf dem Bau oder anderswo. Nein, sie gilt für uns auch im Journalismus.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Wer will, dass die Presse ordentlich und korrekt informiert, durch genaues Hinsehen kontrolliert und durch eigene Bewertung Meinung bildet, der muss ein Interesse an guter Arbeit und fairen Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten haben. Qualitätsjournalismus, meine sehr verehrten Damen und Herren, bekommt man nicht umsonst.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sorgen uns aber nicht nur um die Arbeitsbedingungen, sondern auch um die gesellschaftlichen Folgen von Konzentrationsprozessen auf dem Zeitungsmarkt. In der bereits erwähnten Zeitschrift „Media Perspektiven“ heißt es:

„Die Erfahrung mit der Pressekonzentration lehrt, dass der ökonomischen in aller Regel die publizistische Konzentration folgt.“

Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann man im Interesse der Leserinnen und Leser nicht wollen. Damit würde der publizistische Einfluss einzelner Zeitungen weiter steigen, auch weil der Zugang zu alternativen gedruckten Informationsquellen praktisch nicht vorhanden ist.

Natürlich ist klar, dass es auch eine ganze Reihe anderer Informationsquellen gibt: Radio, Fernsehen, lokale Medien, Internet. In Zeiten der massenweisen Verbreitung von Falschnachrichten und Gerüchten bleibt es aber wichtig, Tageszeitungen mit gut recherchierten Beiträgen zu haben.

Hilfreich ist es dabei nicht, wenn, abgesehen von der „Altmark Zeitung“, das Quasimonopol bei einer einzigen Verlagsgruppe liegt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Alles Notwendige zur Bedeutung der Presse und für das demokratische Gemeinwesen ist im Pressegesetz unseres Landes aufgeschrieben. Ich zitiere:

„Die Presse ist frei. Sie ist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet.

Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe, wenn sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.

Die Presse hat alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Sie ist verpflichtet, Druckwerke von strafbarem Inhalt frei zu halten.“

Diese Regelungen mit Leben zu erfüllen, meine sehr verehrten Damen und Herren und gleichzeitig dem Leitbild der Zeitungen gerecht zu werden, das ist die Aufgabe, der sich die Presse stellen muss. Das gilt unabhängig davon, ob zwei Verlagsgruppen oder eine in unserem Bundesland Zeitungen herausgeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Hövelmann. Ich habe zwei Wortmeldungen, zuerst der Abg. Herr Harms und dann der Abg. Herr Siegmund. - Bitte, Herr Harms.

Uwe Harms (CDU):

Herr Kollege, vielen Dank für Ihren sachlichen Beitrag, der auch zum Nachdenken anregt. Ich möchte deshalb fragen: Wie sehen Sie denn die besondere Verantwortung Ihrer Partei, der SPD, die ja traditionell eine größere Medienbeteiligung in Deutschland pflegt?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Hövelmann, bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Ich weiß nicht, ob es einen konkreten Bezug zu Sachsen-Anhalt in dieser Frage gibt. Ich weiß natürlich, wo die SPD und ihre Gesellschaften, die sie unterhält, Beteiligungen haben und dass das auch im Medienbereich der Fall ist.

Da haben alle - das gilt auch für meine SPD - eine klare Verantwortung dafür, dass das, was ich

eben vorgetragen habe, und dass das, was wir jedenfalls als politische Position einnehmen, auch im realen Wirtschaftsleben gelebt wird. Das erwarte ich von all denen, die da Verantwortung tragen, auch von Vertreterinnen und Vertretern meiner Partei, wenn sie in wirtschaftlicher Betätigung auf dem Zeitungsmarkt oder auf dem Medienmarkt insgesamt aktiv sind. Das erwarte ich. Und ich gehe davon aus, dass das auch geschieht.

Wenn Sie Erkenntnisse haben, dass das nicht geschieht, dann lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass sich das wieder verändert.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Siegmund, Sie haben jetzt die Gelegenheit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Hövelmann, ich habe zwei konkrete Fragen an Sie. Sie haben die journalistische Unabhängigkeit betont und auch die Bedeutung der journalistischen Freiheit.

Wenn man sich ansieht, dass mehr als 50 Tageszeitungen in Deutschland ihre Informationen vom „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ beziehen - einem Redaktionsnetzwerk, wie der Name schon sagt, dessen größte Kommanditistin die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft ist, die zu 100 % der SPD gehört und mit mehr als 130 Millionen € Umsatz im Jahr auch ein wirtschaftliches Interesse daran hat -, dann stelle ich mir diese journalistische Freiheit doch schon ziemlich gefährdet vor.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Daher meine konkrete Frage an Sie: Warum hat die SPD ein Interesse daran, mit Medien so viel Geld zu verdienen - über 20 Millionen € Gewinn sind das jedes Jahr -, und wie stellen Sie als SPD-Vertreter sicher, dass Ihre Partei aufgrund dieser wirtschaftlichen Verstrickungen keinen Einfluss auf die journalistische Freiheit nimmt?

(Beifall bei der AfD)

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank auch für diese Frage. Ich kann nur auf das eingehen, was ich auch dem Kollegen Harms schon geantwortet habe. Ich gehe davon aus, dass wir in der Lage sind - und dies auch in der Realität so tun -, die politische Arbeit, die wir als Partei inhaltlich für diese Gesellschaft jeden Tag leisten und leisten wollen, von dem zu trennen, wo wir wirtschaftliche Betätigungen oder wirtschaftliche Eigentümerstrukturen haben, wo wir natürlich auch Gewinnerzielungsabsichten haben,

womit wir dann wieder unsere politische Arbeit finanzieren wollen.

Das ist ja nichts Unanständiges. Das ist ja durchaus in diesem System in der Bundesrepublik Deutschland angelegt, dass wir als Parteien insgesamt schauen müssen, wie wir unsere politische Arbeit finanzieren. Da hat meine SPD über Jahrzehnte, jetzt schon über mehr als ein Jahrhundert, einen solchen Weg gewählt, sich auch über Beteiligungen an Medien wirtschaftlich zu betätigen.

Ich will es aber noch einmal sagen, und das meine ich genauso offen und wahrhaftig, wie ich das hier vortrage: Ich bin fest davon überzeugt, dass es keinerlei politische Einflussnahme auf journalistische Inhalte von Zeitungen oder sonstigen Medien geben darf, bei denen die SPD Teil- oder Gesamteigentümer ist. Das muss ausgeschlossen sein.

Ich bin fest davon überzeugt, dass das auch so ist. Es gibt eine einzige Ausnahme, und die kann man hier auch laut nennen: das der „Vorwärts“.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Das ist nämlich eine Parteizeitung, die für die Mitglieder dieser SPD hergestellt und auch redaktionell bearbeitet wird. Da machen wir natürlich - jetzt sage ich es einmal - reine SPD-Politik. Aber das richtet sich eben an die Mitglieder meiner Partei. Das halte ich für völlig normal. Aber Sie können die Zeitung auch haben.

(Zuruf von Ronald Mormann, SPD)

Dabei müssen Sie dann wissen, es handelt sich um reine Parteiarbeit und Parteipolitik und hat nicht den Anspruch auf journalistische Unabhängigkeit.

(Zurufe von der AfD)

Ich hoffe, meine Antwort reicht Ihnen und ich konnte Ihnen klar machen: Wir sind in der Lage, das eine von dem anderen zu trennen, und das wollen wir auch so in Zukunft weiter praktizieren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Hövelmann. - Eine kurze Nachfrage? - Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Kurze Nachfrage. Vielen Dank. - Herr Hövelmann, ich kann Ihrer Argumentation folgen. Nichtsdestotrotz erkennen wir eine Erodierung des Vertrauens der Bevölkerung in die Medien - das muss man ganz klar feststellen -, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit. Wäre es Ihrer Meinung nach daher nicht zielführend, Gewinnabsichten aus parteipolitischen Interessen endlich - gerade in dieser Zeit - von Bereichen zu lösen, die im

Verdacht stehen, die Meinungsbildung mit zu beeinflussen, und sich auf andere Bereiche zu konzentrieren?

Würden Sie da als SPD nicht langsam einen Anfang machen und auf das Geld verzichten können, um das Vertrauen in die Medien wiederherzustellen?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Was ist denn mit dem Goldhandel? - Rüdiger Erben, SPD: Ja, was ist eigentlich mit dem Goldhandel?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Hövelmann.

Holger Hövelmann (SPD):

Wissen, Sie Herr Kollege - -

(Ulrich Siegmund, AfD. Wo bildet man eine Meinung beim Goldhandel? Was ist denn das für ein Schwachsinn?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bitte Herr Siegmund! Ich habe eben das Wort Herrn Hövelmann übergeben. Dann müssen Sie sich einmal kurz zurückhalten. Sie haben die Frage an Herrn Hövelmann gestellt. Alles andere muss Sie im Moment nicht interessieren. - Herr Hövelmann, Sie haben jetzt die Möglichkeit zu antworten.

Holger Hövelmann (SPD):

Wissen Sie, das ist irgendwie die verkehrte Herangehensweise. Es gibt Unzufriedenheit mit Medien, mit Meinungsbildung in Medien.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Es wird der Wahrheitsgehalt von Nachrichten hinterfragt. Das ist die gesellschaftliche Realität. Die Folge davon ist - so habe ich Sie verstanden -, wir werfen mal alles, was wir bisher gemacht haben, über Bord, damit wir dieses - in Anführungsstrichen - Vertrauen der Leserinnen und Leser in die Medien wiederherstellen.

Wie soll denn das funktionieren, bitte schön? Das ist doch völliger Quatsch. Eher muss uns doch daran gelegen sein, deutlich zu machen - auch den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes -, dass wir unabhängige Medien haben, dass wir unabhängige Journalistinnen und Journalisten haben, dass wir unabhängige Recherchen haben, die kritisch diese Gesellschaft reflektieren, auch die politischen Parteien hinterfragen, Ihre genauso wie meine.

Ich bin auch nicht immer mit der Berichterstattung über meine SPD einverstanden. Trotzdem nehme

ich sie hin, weil das so ist. Das erleben Sie ja auch jeden Tag.

Meine Bitte ist, dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die - in Anführungsstrichen - Unzufriedenheit mit der Berichterstattung nicht noch dadurch weiter steigt, dass wir immer erzählen: Ja, wer weiß, ob das alles sauber recherchiert ist, wer weiß, ob die alle unabhängig sind, wer weiß, ob die nicht irgendwie einen Anruf aus dem Kanzleramt bekommen, was sie drucken und was sie senden dürfen? - Dieser Quatsch muss aufhören.

Wir müssen endlich wieder dafür sorgen, dass in der Bevölkerung klar ist: Das ist Politik, das sind Parteien, das sind Parlamente, das sind Verwaltungen und Ministerien und das ist freie Presse. Die freie Presse ist frei, und zwar unabhängig von den anderen drei Kategorien. Das muss unsere gemeinsame Aufgabe sein. Ich lade Sie gern ein, dabei mitzuhelfen.

(Oliver Kirchner, AfD: Auch unabhängig vom Parteibuch? - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Das ist das Entscheidende!)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Hövelmann. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen zum nächsten Redner, und zwar wird für die AfD der Abg. Herr Lehmann sprechen.

Doch bevor ich Herrn Lehmann hier vorn das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums aus Wolmirstedt recht herzlich hier im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Abg. Lehmann, Sie haben jetzt das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank. - Den aktuellen Debattenantrag der LINKEN „Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt - für demokratische Willensbildung unverzichtbar“ möchte ich nutzen, um nicht nur auf die schreibenden Medien wie die „Mitteldeutsche Zeitung“ und die „Volksstimme“ einzugehen, sondern generell auch auf die sendenden Medien.

Wir sind der antragstellenden LINKEN deshalb auch sehr dankbar für diesen Antrag; denn Sie glauben nicht, wie oft uns wir uns in der AfD-Opposition über unsere druckenden und sendenden Medien in der Vergangenheit unterhalten haben.

Wir haben auch schon in der Vergangenheit überlegt, zu diesem Thema eine Debatte zu starten.

Nun haben es die LINKEN gemacht. Das ist auch gut so; denn was meinen Sie, was vielleicht hier im Plenum wieder los wäre, wenn die Debatte von uns kommen würde.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Deshalb vielen Dank, liebe Linksopposition. Lassen Sie uns hier einsteigen ins Thema. Ihr Antrag spricht uns auch aus dem Herzen. Schauen wir uns die Medienvielfalt und deren Bedeutung für die demokratische Willensbildung in Sachsen-Anhalt etwas genauer an.

Wer von Ihnen kann sich noch an die Eröffnung - jetzt mache ich mal einen kleinen Ausflug in die Vergangenheit - des Berliner Friedrichstadtpalastes am 27. April 1984 erinnern? Die ältere Generation weiß das noch, mit Fernsehübertragung, Saus und Braus zur besten Sendezeit. In der ersten Reihe saß damals, nach der Sanierung, die ganze SED-Politbüro-Prominenz.

Der Abend wurde moderiert von dem damals bekannten Entertainer O. F. Weidling. Der machte am Anfang der Sendung ein paar politische Witze. Der SED-Boss Günter Mittag saß in der ersten Reihe, verzog keine Miene. Kurz danach hatte O. F. Weidling ein DDR-weites Auftrittsverbot. Er ging daran wenig später zugrunde und starb.

Nun werden Sie sagen: Das war damals, da hatten wir noch eine staatliche Kulturkommission und die Sender und Zeitungen waren fest in den Zügeln der SED usw. Die „Volksstimme“ war damals Bezirksorgan der SED für den Bezirk Magdeburg. Die „Freiheit“ damals, was jetzt die „Mitteldeutsche Zeitung“ ist, war das Bezirksorgan der SED für den Bezirk Halle.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Können Sie mal zum Thema kommen?)

Das wird nicht wieder passieren, werden Sie sagen. - Und wenn das nicht wieder passiert, liebe Kollegen, möchte ich Sie fragen: Dann müsste doch theoretisch zum Beispiel die Journalistin Katrin Huß immer noch beim MDR die Sendung „MDR um vier“ moderieren, oder nicht?

Leider hat ihr damals, im Jahr 2016, ein Interview mit einem kritischen Zeitgeist das berufliche Genick gebrochen, die Kündigung folgte. Öffentlich drang diese Meinungsmache, diese Kündigung vom MDR aus Leipzig, damals, vor vier Jahren, gar nicht so nach außen durch.

Drei Jahre später, da sah das schon anders aus, liebe Kollegen. - Wer hat nicht immer gern in der Vergangenheit unseren Lieblingssachsen mit seinem 311er Wartburg durch die Lande fahren gesehen? - Ich habe es gern gesehen.

(Oliver Kirchner, AfD: Ich auch!)

Ein paar kritische Zoten hat der immer hinter seinem Wartburg-Lenkrad gemacht.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Und zack, jetzt ist er beim MDR auch beruflich weg vom Fenster und der Vertrag wurde nicht verlängert. Die Sendung wurde vom Äther genommen. Uwe Steimle, das war dieser kritische Kopf, der von Frau Willes Rotlichtkollektiv in Leipzig hinausbefördert worden ist.

Zu Uwe Steimle läuft mittlerweile eine Petition - heute früh habe ich im Internet nachgelesen -, die auch ich im Übrigen unterzeichnet habe, weil das, was sich der MDR da erlaubt hat, nicht hinnehmbar ist. Diese Petition ist erfolgreich. Heute früh waren es 50 000 Unterschriften. Das, was der MDR mit Uwe Steimle abgezogen hat, ist einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen, auch vom MDR, die da hinten in der Box sitzen, ich muss schon anmerken: Die gegenwärtige Intendantenetage des MDR, an der hätte der Günter Mittag von 1984 aus dem Friedrichstadtpalast heute wieder eine richtig große Freude. Sie sehen, liebe LINKE, Ihr Debattenantrag ist brennend aktuell, auch wenn wir von der AfD ihm eine völlig andere Richtung geben als Sie.

Denn Ihre guten alten Zeiten, wo ein Journalist einen festen Klassenstandpunkt zur Berufsausübung vorweisen musste, die scheinen heute wieder offener und aktueller denn je zu sein.

Dazu ein Beispiel, wer heute wieder fest im Sattel der medialen Entscheidungsebene sitzt. Ich habe den Namen schon genannt: Karola Wille, Jahrgang 1959, 1977, mit 18 Jahren, Eintritt in die SED, dann Studium in Jena, dann weitere Verwendung an der Uni Leipzig. Passend zu Frau Wille ein Zitat der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Oktober 2011.

Sie schrieb: Am dortigen Institut für internationale Studien, welches den Klassenfeind, die Bundesrepublik Deutschland, fest im Blick hatte, veröffentlichte Karola Wille zusammen mit einem Geheimdienstoffizier im besonderen Einsatz die Zusammenfassung zur internationalen Konferenz zu aktuellen Fragen des Revanchismus in der BRD, in welcher unter anderem zu lesen war: Im politischen und ideologischen Arsenal der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals nimmt der Revanchismus einen gewichtigen Platz ein.

Diese Intendantin ist heute verantwortlich für das, was der MDR täglich auf uns ablässt.

Frau Wille duldet zum Beispiel, dass Journalisten wie ein Daniel Tautz offen mit der Antifa sympathisieren oder sich ein Peter Komarowski von

„MDR Aktuell“ im Bereich Social Media bei der Verbreitung seiner roten Ansichten so richtig ausleben kann und andere sperren kann, wie es ihm ideologisch beliebt.

Unter einer solchen Leitung ist es auch möglich, dass die Wähler der AfD zum Beispiel in einem Sendebeitrag bei „MDR Aktuell“ am 13. Januar 2020 - das ist ganz neu - in die Nähe der NSDAP gerückt wurden. Das stellt eine unglaubliche Entgleisung dar, die anscheinend nicht nur von der Intendanten-Teppichetage geduldet und großzügig übersehen wird. Nein, durch dieses Wegschauen werden solche Redakteure ermutigt, solche Ergüsse abzulassen.

Es wirkt dagegen schon fast harmlos, wenn ich hier erwähne, dass der Chefintendant des MDR Sachsen-Anhalt aus Magdeburg Herr Dr. B. heißt. Eine hohe Abteilungsleiterin im Innenministerium unter Herrn Stahlknecht heißt zufällig Frau Dr. B. Die Zufälle gehen weiter. Beide sind zufällig miteinander verheiratet.

(Andreas Steppuhn, SPD: Das sind ja Verschwörungstheorien!)

Zufällig könnte man annehmen, dass in diesem Fall zum Beispiel eine Verschmelzung der Interessen des MDR mit den Interessen der Landesregierung gegeben sein könnte.

(Lachen bei der SPD)

Das sind Sachen, die einem auffallen. Dies waren für unsere jetzige Debatte ein paar kurze Beispiele aus dem mitteldeutschen Raum.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Andreas Steppuhn, SPD: Das sind Verschwörungstheorien!)

Dass in unserer Medienwelt gegenwärtig generell eine starke rot-grüne Schiefelage herrscht, die es zu beheben gilt, das zeigen zum Beispiel zum Jahreswechsel bekannt gewordene Entgleisungen beim WDR, wo ein Kinderchor dafür herhalten musste, dass unsere Großmütter als Umweltsäue und Nazisäue beschimpft werden konnten.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nee, das stimmt nicht!)

Beim WDR kam kein Tom Buhrow und hat dazwischen geärgert.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Es stimmt nicht! - Zurufe von der SPD)

Ein ähnlicher Jugendchor sang beim MDR lustig „Fuck the cops“. Im Öffentlich-rechtlichen gibt es also regelmäßig solche Ergüsse von einer wirklich primitiven Art, wie ich sie eben geschildert habe. Auch ein Herr Böhmermann fällt mir ein. Das wird dann immer ganz lässig als Satire abgetan.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Diese durchgeknallten Äußerungen im Fernsehen werden als Satire bezeichnet. Die Leute haben einen Satirebonus. Diesen erwähnten Bonus hatten Katrin Huß und Uwe Steimle zum Beispiel nicht.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb erwarten wir, die AfD, dass der MDR das Ganze schnellstens korrigiert und die Personen rehabilitiert. Wir bleiben hartnäckig dran, das sage ich Ihnen.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ja, ja !)

Schauen wir einmal weiter, da wir gerade beim sendenden Gremium sind. Radio Corax zum Beispiel: Dieser Sender wird aus öffentlicher Hand jährlich mit 167 885 € an Steuergeldern gefüttert und am Leben erhalten. Es ist völlig inakzeptabel, dass ein David Begrich vom Verein Miteinander im Rundfunk als Stammgast seine kruden Naziergüsse verbreiten und über Strategien gegen die AfD schwadronieren darf.

(Mario Lehmann, AfD, hält nacheinander drei Schriftstücke hoch)

Radio Corax - Suchergebnisse Antifa. Radio Corax: Strategien gegen die AfD. Radio-Corax-Beitrag: „Das rote Berlin - Strategien für eine sozialistische Stadt“. Das alles wird staatlich gefördert.

Die Sendungen, die ich genannt habe, sind schlicht und einfach eine primitive Wiederauf-erstehung des Schwarzen Kanals von Sudel-Ede, wie wir damals gesagt haben. Es ist völlig inakzeptabel, was Radio Corax regelmäßig ablässt. Es sendet Antifa-News, und das mit staatlichen Steuergeldern, Herr Robra.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Mit meinen Spendengeldern!)

- Genau so sieht es aus, ja.

Sie sehen also, die Betrachtung Ihres Debattenantrages, liebe LINKE, durch uns, die AfD, hat einen völlig anderen Blickwinkel, als Sie ihn haben. Die Medienvielfalt für eine demokratische Willensbildung beinhaltet eben nicht nur Ihre drei Lieblingsthemen: Kampf gegen rechts, Gender und Klima.

Wenn Medien zum Wohle einer gesunden Meinungsbildung in einer Demokratie beitragen und berichten sollen, dann bedarf es einer tief greifenden Analyse und Beseitigung der von mir hier angeschnittenen Fehlentwicklungen. Es sind Fehlentwicklungen.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen ganz schnell wegkommen von einer Medienwelt, die sich offenbar fest in der Hand

einer linksideologischen Meinungsmache befindet und sich dieser hingegeben hat. So beeinflusst und aufgehetzt kann eine Demokratiegestaltung nicht funktionieren, liebe Herren und Damen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Meinungsvielfalt in Sachsen-Anhalt stirbt mit solchen Sendungen und Zeitungen. Das hatten wir einmal, das brauchen wir nicht wieder. Die Zeiten der „Aktuellen Kamera“ sind vorbei. Die waren gestern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich habe eine Wortmeldung. Herr Abg. Striegel hat sich zu Wort gemeldet. Ich sehe, Sie bleiben am Rednerpult stehen, Herr Abg. Lehmann. Also sind Sie bereit zu antworten. - Bitte, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Lehmann, mich irritiert an Ihrem Redebeitrag nicht so sehr der allgemeine Duktus, sondern die innere Widersprüchlichkeit. Sie geben einerseits vor, ein Plädoyer für die Pressefreiheit zu halten, verteidigen bestimmte mehr oder weniger gelungene satirische Auftritte und fordern, dass ein bestimmter Satiriker weiter beim MDR arbeiten darf. Es ist eine freie Entscheidung des MDR, die Zusammenarbeit mit ihm aufrechtzuerhalten oder nicht weiterzuführen. Andererseits sind Ihnen Beiträge von Journalisten, die Sie hier namentlich nennen, ein Dorn im Auge. Sie nennen sie ganz offensichtlich, um sie in der Öffentlichkeit vorzuführen.

(Oliver Kirchner, AfD: Nein!)

Sie nennen sie, um Druck auf sie auszuüben. All das ist ganz offensichtlich nicht im Sinne von Presse- und Medienvielfalt.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, den Sie hier fahren. Den weise ich zurück. Selbiges gilt natürlich auch für einen Sender wie Radio Corax. Es muss Ihnen nicht gefallen, was dort gesendet wird. Es ist das Wesen von Pressefreiheit, dass auch Beiträge veröffentlicht werden, die einem höchstpersönlich auf die Nerven gehen. Aber wer Medienvielfalt in einem Land will,

(Volker Olenicak, AfD: Zeit! - Weitere Zurufe von der AfD)

der muss damit leben, dass in Medien unterschiedliche Ansichten zur Geltung kommen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Um nichts anderes geht es. Das muss die AfD ganz offensichtlich lernen. Erst dann würde sie

sich auf den Weg begeben, zu einer demokratischen Partei zu werden.

(Lydia Funke, AfD: Ah! - Daniel Roi, AfD: Das sagt uns Herr Striegel! - Weitere Zuru- fe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte, Herr Lehmann, Sie haben das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Ich denke, das Statement von Herrn Striegel war eine Kurzintervention. Die GRÜNEN haben ihren Redebeitrag noch vor sich; damit hat er die Redezeit künstlich verlängert.

Wenn ich hier für Herrn Steimle spreche, dann kann ich auch sagen, dass ich die Petition unterschrieben habe. Machen Sie das auch, liebe Abgeordnete, wenn Sie so von Medienfreiheit reden.

(Olaf Meister, GRÜNE: Es ging um den Widerspruch! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Es ging um den Widerspruch bei Ihnen!)

50 000 Unterschriften haben wir. Unterzeichnen auch Sie für Herrn Steimle. Herr Steimle hat sich politisch sicherlich nicht so weit herausgelehnt wie die zwei Redakteure, die ich vorhin genannt habe und die wirklich eine politische Willensbildung in Richtung Rot-Grün auf unseren GEZ-finanzierten Sendern betreiben.

(Oh! bei der SPD)

- Genau so ist das.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ah! Es ging Ihnen also darum, dass Ihnen die Richtung nicht passt!)

Es hat dort in dem Maße, wie wir es jetzt feststellen, nichts zu suchen. Wenn Sie das schönreden wollen, dann ist das bezeichnend. Ich sage: Es ist sehr gefährlich, dass solche Leute wie Sie Einfluss gewinnen und diesen stärker ausprägen. Das ist eine völlig falsche Entwicklung. Dazu muss man sagen: In Zukunft hat man darauf zu achten und einen Blick darauf zu richten, dass ein solches Schwadronieren, wie Sie es hier betreiben, nicht noch mehr Einfluss auf unsere sendenden und schreibenden Medien gewinnt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Sie können gern noch vorn bleiben, Herr Lehmann. Es gibt drei weitere Wortmeldungen. Herr Abg. Harms spricht als Erster. - Sie haben das Wort, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Herr Lehmann, ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie mit Ihrer sehr inhaltsreichen Rede eine

Frage schon beantwortet haben, und zwar, warum die AfD der SPD - ich sage einmal - ein Stückchen folgt und sich ein bisschen ein eigenes Medienimperium aufbaut.

(Oliver Kirchner, AfD: Muss!)

Sie haben deutlich gemacht, dass Sie das eigentlich nicht für einen günstigen und vernünftigen Weg halten, sondern für eine freie Medienlandschaft sind. Unterbreitet die AfD der Presse aus Ihrer Sicht genügend Angebote, damit die Medien, auf die Sie keinerlei Einfluss haben, ihre Arbeit machen können?

(Oliver Kirchner, AfD: Ja, das machen wir!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lehmann, bitte.

Mario Lehmann (AfD):

Oh ja. Danke, Herr Harms. Die Frage ist gut. Ich beantworte sie anhand eines Beispiels. In der letzten Woche fand in Salzwedel ein Bürgerabend, ein Informationsabend der AfD-Fraktion statt. Dabei ging es um die Berichterstattung zum Thema Linksextremismus.

(Kerstin Eisenreich, DIE LINKE: Ah ja!)

Es waren MdL aus unserer Fraktion und Fachleute anwesend, die dazu berichtet haben. Soweit ich informiert bin - wir haben heute dazu einen Medienbeitrag über unsere Pressestelle geschaltet -, waren dort Vertreter von MDR, ARD und ZDF, wenn ich richtig informiert bin, anwesend.

(Zuruf von der AfD: Alle!)

- Alle von der sendenden Sparte waren vertreten.
- Als man abends durchgezappt hat, konnte man feststellen, was inhaltlich aus der Innenveranstaltung in Salzwedel berichtet wurde, als es um Aufklärung über den Linksextremismus ging. - Es gab dazu nicht eine Sendesekunde. Vielmehr wurde über die Gegenveranstaltung draußen berichtet. Was die AfD bei diesem Bürgerabend zum Beispiel inhaltlich vermitteln wollte, kommt draußen einfach nicht an. Das sind einfach die Fakten, die wir feststellen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Es gibt auch kein Recht auf Berichterstattung!)

Über die AfD wird inhaltlich zu großen Teilen generell so gut wie gar nichts berichtet. Sie wird medientechnisch ausgeblendet. Man könnte meinen, dies geschieht deshalb, um beim Zuschauer den Eindruck zu erwecken, die AfD gibt es in dieser Legislaturperiode inhaltlich gar nicht. Das ist der Hintergrund.

(Lydia Funke, AfD: Das ist das Ziel! - Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Mich beruhigt aber, dass wir in den Social-Media-Bereichen wirklich stark vertreten sind und dadurch steigende Zahlen haben. Andere Parteien würden sich freuen, wenn sie so viele Registrierungen, Likes und Follower wie wir hätten. - Danke schön.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Der nächste Wortmelder ist Herr Abg. Steppuhn. Danach spricht Herr Mormann. - Bitte, Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Vielen Dank. - Herr Abg. Lehmann, was die Verschwörungstheorien angeht, können wir Ihnen sicherlich nicht dabei helfen, diese aufzuklären. Denn es gibt sie wahrscheinlich gar nicht.

(Oliver Kirchner, AfD: Dafür sind Sie ist zuständig!)

Ich habe dennoch eine Frage: Wie betrachten Sie denn die Pressefreiheit? - Mein Kollege Hövelmann hat schon darüber berichtet, dass die Medienlandschaft innerhalb unserer Demokratie auch einen Auftrag hat. Wie würden Sie die Pressefreiheit denn beschreiben? Darf zukünftig nur noch das veröffentlicht werden, was Ihnen genehm ist, und das, was Ihnen nicht gefällt, soll in den Medien nicht mehr stattfinden?

(Volker Olenicak, AfD: Die Frage ist bezeichnend! - Robert Farle, AfD: Die Frage ist absurd! - Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Mario Lehmann (AfD):

Ach, Herr Steppuhn, der erste Einleitungssatz mit Ihrer Unterstellung von Verschwörungstheorien ist eigentlich schon ein Witz an sich. Dass wir der Presse vorschreiben wollen, was sie zu schreiben hat, ist auch ein Witz.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ganz offensichtlich wollen Sie das!)

Wir wären einfach nur dankbar, wenn die Presse schlicht und einfach ihren Auftrag wahrnehmen würde und inhaltlich darüber berichten würde, was die AfD gemacht hat. Die AfD hat zum Beispiel im März 2018 einen Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gestellt. Anschließend wird es so dargestellt, als ob dies die SPD erfunden hätte. Die SPD sitzt als Koalitionspartner in der Regierung, übernimmt das Thema.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Es ist gut, dass berichtet wird, was die AfD macht - rechtsextremistische Verbindungen und all solche Dinge!)

Medial wird es in den Beiträgen der „Mitteldeutschen Zeitung“ so dargestellt, als ob der Kritiker in

der Opposition sitze. Das sind Sachen, bei denen ich sage - -

Ich bin aber frohen Mutes und denke, auch die Medien werden dementsprechend dazulernen. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf. Ich denke, es wird schon klappen. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie signalisieren eine Nachfrage, Herr Steppuhn? - Bitte, Sie dürfen.

Andreas Steppuhn (SPD):

Also, Herr Kollege Lehmann, das mit Straßenausbaubeiträgen ist vielleicht sogar das beste Beispiel. Ich reklamiere für uns als Sozialdemokraten durchaus, dass wir sehr frühzeitig und sogar als Erste für dieses Thema gekämpft haben.

Mario Lehmann (AfD):

Das wüsste ich aber.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sie wollen jetzt - nachdem Sie auf diesen Zug aufgesprungen sind -, dass die Medien darüber berichten, dass Sie es gewesen sind, oder?

(Ulrich Siegmund, AfD: Wir haben es doch beantragt! Sie haben es abgelehnt! - Lydia Funke, AfD, lacht)

Mario Lehmann (AfD):

Herr Steppuhn, ich finde es wirklich witzig - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren - - Warten Sie einen kleinen Moment, Herr Lehmann.

Mario Lehmann (AfD):

Bin ich dran?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich hatte Ihnen noch gar nicht das Wort erteilt. Ich war noch gar nicht davon überzeugt, dass Herr Steppuhn seine Frage schon beendet hatte. - Vielleicht noch ein kleiner Hinweis: Wir sollten zu den Medien zurückkommen, und nicht auf einzelne andere Themen eingehen. - Bitte.

Mario Lehmann (AfD):

Ja, gern. - Ich werde das jetzt mit einem Satz abschließen. Sie sehen es an den Zwischenrufen aus der Ebene des PGF und der Fraktionsleitung. Wir können auf PADOKA im Protokoll nachschauen, wann, wo und wer die Anträge zu den Straßenausbaubeiträgen gestellt hat:

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das können Sie selbst nicht, oder was?)

Sie kamen wirklich von der AfD. Medial wurde darüber gar nichts berichtet. Das ist ein Beispiel, bei dem man sich fragt: Was soll damit beim Leser, beim Zuschauer, beim Zuhörer erreicht werden? - Politisch-inhaltlich wird die AfD ausgeblendet. Anderen Parteien wird das Thema zugeschrieben. Ich muss sagen: So kann Presse- und Medienarbeit nicht bleiben.

Andreas Steppuhn (SPD):

Alle Nachfragen erübrigen sich jetzt.

(Lydia Funke, AfD: Die haben schon zwei Nachfragen gehabt! - Daniel Roi, AfD: Die dürfen das!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie hatten schon eine Nachfrage. - Jetzt ist der Abg. Herr Mormann an der Reihe. Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Ronald Mormann (SPD):

Herr Lehmann, neben Ihren verschiedenen Ausführungen, an die wir hier als Geschichten aus Absurdistan gewöhnt sind,

(Mario Lehmann, AfD: Ja, alles klar, Herr Mormann!)

haben Sie sich jetzt dazu verstiegen, sich an dem von mir sehr geschätzten Conférencier O. F. Weidling zu vergehen. Dazu muss ich Ihnen sagen

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Jetzt wird es persönlich! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Jetzt hört der Spaß auf! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

- ja, das muss man so sagen -: Auch noch diese Persönlichkeit in Ihrer Rede zu beschmutzen finde ich ziemlich daneben.

Meine Frage ist relativ eindeutig. In dem wirklich schlimmen Lied, das der Westdeutsche Rundfunk veröffentlicht hat, geht es um die Oma als Umweltsau. Dafür hat sich der Westdeutsche Rundfunk entschuldigt. Sie haben in Ihrer Rede stramm gelogen,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

indem Sie auch noch das Wort „Nazisau“ eingearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es kann sein, dass Sie sich das gewünscht haben. Das mag sein. Dem ist der WDR aber

nicht nachgekommen. Deshalb meine Frage: Wenn Sie immer für sich in Anspruch nehmen, die Medien, insbesondere die Printmedien, in unserem Land, auf deren Berichterstattung ich im Großen und Ganzen sehr, sehr stolz bin,

(Lydia Funke, AfD, lacht)

als Lügenpresse zu bezeichnen, sind Sie dann damit einverstanden, dass Sie ab jetzt Lügenlehmann heißen?

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment mal bitte. - Sehr geehrter Herr Mormann, ich denke, das war jetzt völlig daneben.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nee! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Nein!

(Ronald Mormann, SPD: Das müssten Sie begrüßen! - Robert Farle, AfD: Das ist eine persönliche Beleidigung! - Ronald Mormann, SPD: Wer das Parlament belügt! - Robert Farle, AfD: Das eine persönliche Beleidigung, weil Sie einen Menschen persönlich beleidigt haben! Das wird strafrechtliche Folgen haben!)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können auch gern unterbrechen, wenn Sie sich jetzt untereinander - -

(Ronald Mormann, SPD: Gerne!)

Ich habe hier die Sitzungsleitung. Sie entscheiden nicht, ob ich unterbreche oder nicht; das entscheide ich.

(Zurufe von der AfD)

Ich kann an dieser Stelle aber feststellen, dass persönliche Beleidigungen nicht in dieses Plenum gehören; das tut mir leid.

(Ronald Mormann, SPD: Sie lassen das Parlament belügen, Frau Präsidentin! - Zurufe von der AfD)

- Herr Mormann, dafür erteile ich Ihnen jetzt einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der AfD)

Es ist nicht in Ordnung, wie Sie mit dem Parlament und mit einzelnen Abgeordneten umgehen, schon gar nicht, wie Sie die Sitzungsleitung betiteln. Dafür bekommen Sie von mir einen Ordnungsruf. - Herr Lehmann, Sie haben jetzt die Möglichkeit, zu erwidern.

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie jetzt Maß genommen haben; denn so geht es nun wirklich nicht weiter. Die Kommunikation und die Artikulation der SPD sind ja auch an ihren Wahlergebnissen ablesbar; das verläuft proportional.

(Zustimmung bei der AfD)

Herr Mormann, ich nehme Ihnen das nicht krumm. Vielleicht hat es auch mit der ungünstigen Relation zwischen Hirn- und Körpermasse zu tun. - Vielen Dank.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist keine Beleidigung? - Zuruf: Unglaublich! - Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN - Große Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine Damen und Herren! Ich entscheide schon selbst, wann ich was mache. Ich hätte jetzt genauso wie vorhin eingegriffen. Sie können mir aber nicht sagen, wie ich hier vorn agieren soll. Das haben wir schon zimal besprochen. Auch an dieser Stelle hätte ich jetzt genauso eingegriffen. Aber wenn Sie mich auffordern und mir sagen, ich müsse etwas machen, dann geht das einfach nicht.

(Zuruf: Das war aber an ihn gerichtet!)

Herr Fraktionsvorsitzender Kirchner. Bitte, Sie haben jetzt das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich glaube, wir sollten das hier einmal sachlich aufklären.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht)

- Da können Sie ruhig lachen, Frau Lüddemann. Es ist aber an der Zeit, dass man es vielleicht auch einmal Ihnen erklärt, die nicht so richtig sinnfassend verstehen will.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

- Nein, ich sage es Ihnen ganz deutlich. Der WDR hat nicht von „Naziomas“ gesprochen. Es war aber ein Redakteur des WDR, auch wenn es ein freier Redakteur war. Der hat es noch einmal genutzt, um daraus „Nazisau“ zu machen. Deswegen ist das, was Herr Lehmann gesagt, genau richtig,

(Beifall bei der AfD)

weil der Redakteur nämlich zum WDR gehört. Und davon hat sich der WDR selten distanziert. - Das ist das Erste.

Zweitens. Zu den Straßenausbaubeiträgen, geschätzter Herr Kollege, muss ich Ihnen sagen: Da müssen Sie eben vom Umsetzungsamateur zum

Macherprofi werden und es einfach machen und nicht immer nur davon reden. Das wäre mal eine sehr angenehme Sache, Herr Steppuhn. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Fraktionsvorsitzende Dr. Pähle, bitte.

(Daniel Roi, AfD: Im Februar 2018 hat keiner von euch gesprochen! - Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Sie haben jetzt das Wort und alle anderen sollten jetzt einen Moment lang durchschnaufen und zuhören. - Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einfach nur, weil es Irritationen gab, noch einmal darauf hinweisen: Ich habe nicht das Präsidium zum Handeln aufgefordert. Aber das, Herr Lehmann, was Sie hier vorn geleistet haben gegenüber einem Kollegen im Parlament, ist eine Beleidigung, eine persönliche Beleidigung,

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

die ich auf das Schärfste zurückweise. Wenn wir in dieser Art und Weise miteinander umgehen, dass wir in einem Fall, in dem einem die Argumente fehlen, dass man tatsächlich etwas hinzugeichtet hat zu einem Liedtext,

(Robert Farle, AfD: Das stimmt nicht!)

in die persönliche Auseinandersetzung gehen hinsichtlich körperlicher Verfasstheit etc. pp., dann ist das das Ende des demokratischen Parlamentarismus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. Ich kann Ihnen nur zustimmen, aber ich war gerade dabei, den Ordnungsruf auszusprechen. Deswegen kann ich an dieser Stelle nur noch einmal sagen: Lassen Sie uns hier vorn die Sitzungsleitung machen. Ich hatte Ihren Zuruf in dem Moment als Aufforderung verstanden. Deshalb können wir hier vorn nicht mehr agieren, weil wir dann als beliebig gelten.

Trotzdem kann ich an dieser Stelle sagen: Ja, Herr Abg. Lehmann, das ist eine Debatte, die wir hier nicht führen sollten. Gerade persönliche Beleidigungen haben hier nichts zu suchen. Sie ha-

ben dies gerade auch für sich in Anspruch genommen und haben dann in nächster Sekunde genau dasselbe gemacht. Das verabscheue ich auf das Schärfste.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Das sollten wir uns auch zukünftig nicht mehr antun. Ich denke, es wäre das Mindeste, wenn diesbezüglich von beiden Seiten eine Entschuldigung ausgesprochen wird. Aber Sie müssen für sich persönlich entscheiden, ob Sie in unserem Plenarsaal Demokratie tatsächlich akzeptieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zwar jetzt etwas schwierig, aber wir schreiten jetzt in der Debatte fort. Als nächste Debattenrednerin wird die Abg. Frau Lüddemann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Beitrag leisten. - Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich mit meinem fachlichen Beitrag beginne, gestatten Sie mir noch einen Satz zu meinem Vorredner. Es hat sich mal wieder gezeigt, dass sich die AfD treu bleibt, für sich Dinge in Anspruch nehmen, die anderen nicht zugestanden werden. Das hat sich heute mal wieder gezeigt. Wer freie Presse fordert, bekommt freie Berichterstattung und keine Hofberichterstattung. - Das ist Meinungsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Oliver Kirchner, AfD: „Nazisau“ ist keine Meinungsfreiheit!)

In einer sich wandelnden Welt müssen sich auch die Medien wandeln. Die Veränderungen finden im Großen - siehe Facebook, Streaming, Zeitungssterben, Medienkonzentration - und im Kleinen im Konkreten vor Ort statt - siehe konzentrierte Eigentümerschaft der „MZ“ und der „Volksstimme“.

Für uns als Politik ist wichtig: Der Zugang zu medien- und faktenbasierter Information für alle ist ein Grundrecht, dessen Gewährleistung immer schwieriger wird angesichts von Zusammenlegungen von Zeitungen, von Stellenstreichungen und nicht zuletzt wegen der antidemokratischen Stimmungsmache gegen Medien und Journalisten und Journalistinnen.

Wir GRÜNE sehen die zunehmende Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus kritisch. Klar ist aber, dass die Politik diesen Wandel der Medien nur schwerlich aufhalten kann. Die Aufgabe besteht vielmehr in der Gestaltung des Wandels.

Deswegen finde ich es richtig, Kollege Gebhardt, an dieser Stelle keinen Antrag vorzulegen, son-

dern eine offene Debatte hierüber zu führen. Denn unsere politische Aufgabe ist es, Vielfalt und Unabhängigkeit in unserer Medienlandschaft zu erhalten.

Diverse redaktionell eigenständige Medien von Zeitung-, Fernseh-, Radio- und Internetangeboten mit dem Fokus auf das Land und seine Regionen sind wichtiger denn je und Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie hier in Sachsen-Anhalt. Gerade in Zeiten von Verunsicherung und Fake News brauchen wir verlässliche Informationen und Medien mit journalistischen Qualitätsansprüchen.

Deswegen besorgt es mich, dass „Volksstimme“ und „Mitteldeutsche Zeitung“ bald als Einheit gesehen werden. Ich hoffe darauf, dass im laufenden Kartellverfahren festgesetzt wird, dass die redaktionelle Eigenständigkeit beider Zeitungen gewahrt werden muss, nicht zuletzt, da bisher beide Zeitungen einen großen Teil ihres publizistischen Wettbewerbs in der Politikberichterstattung ausgefochten haben. Ich sehe es durchaus so, dass wir immer wieder unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und unterschiedliche Kommentare zur Kenntnis nehmen können.

Es bleibt jedoch die Befürchtung bestehen, dass solche Kartellaufgaben über längere Zeit ausgehöhlt werden und die Ersparnisse aus Verlagszusammenarbeit, Druck usw. nicht an die Leserinnen und Leser weitergegeben werden oder in eine weitere Verbesserung der redaktionellen Arbeit investiert werden.

Ein gemeinsamer Mantelteil oder ein gleicher Inhalt, unterschiedlich arrangiert, werden den Leserinnen- und Leserschwund nicht stoppen, im Gegenteil. Eher, so denke ich, kann die Frage nach dem Wert, wie ihn „MZ+“ neuerdings stellt, helfen. Denn Journalismus ist wertvoll und nicht für umsonst zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es guten Journalismus nicht für umsonst gibt, gilt genauso für den öffentlich-rechtlichen Player im Land. Der MDR bietet ein vielfältiges Angebot, das unterschiedliche Interessen berücksichtigt. Er wird seinem medialen Versorgungsauftrag aber auch durch das Anstoßen gesamtgesellschaftlicher Debatten gerecht. Diese Öffentlichkeit für alle wird beitragsfinanziert, um ihre Unabhängigkeit und Vielfältigkeit zu sichern. Der Zugang zu Informationen darf nicht vom Geldbeutel abhängen; denn Journalismus ist wertvoll und nicht umsonst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass wir ihn zur Vielfalt brauchen, zeigt die aktuelle Medienkonzentration der beiden Landeszeitungen; ich erwähnte es bereits. Der aktuelle Um-

bruch bei den Medien im Land ist jedoch nur ein aktuell offensichtlicher Treiber der Veränderung. Die onlinegestützte Digitalisierung ist der viel stärkere. An dieser Stelle ergeben sich aus meiner Sicht immense Chancen, die wir hier in Sachsen-Anhalt bei Weitem noch nicht ausgeschöpft haben. Digitalisierung ermöglicht das Verbreiten und Rezipieren von Informationen für jeden in nicht gekanntem Umfang. Das müssen wir nutzen.

Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen. Vor allem junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form oder am Fernseher. Auch ermöglicht es Regionalsparten und Nischenberichterstattung. Die „Städtische Zeitung Halle“, örtliche Onlineportale und Facebook-Seiten für Stadtteile und einzelne Orte sind neue Player, die ohne die neuen digitalen Möglichkeiten nicht denkbar wären. Ohne Druckkosten, ohne das Ringen um Frequenzen sind sie Teil des neuen Medienangebots.

Digitalisierung muss uns Kraft geben, auch etablierte Medien zu hinterfragen und zu verändern. Ein überregionales Beispiel: Die „taz“ stellt sich nach einigen Angaben darauf ein, ab 2022 nicht mehr täglich gedruckt zu erscheinen und die gedruckte Ausgabe an Wochenendtagen einzustellen.

In vereinzelt Regionen ist die Zustelllogistik eines Zeitungs-Abos teurer als das Abo selbst. Werbegelder wandern ab. Infolge der Abwanderung von Publikum und Werbekunden müssen sich die Anbieter neu erfinden, fusionieren oder sogar eingestellt werden, weil Anzeigeneinnahmen wegbrechen und Verkaufszahlen sinken.

Neue wie alte Medienschaffende müssen tragfähige Geschäftsmodelle im Internet entwickeln. Erlösmodelle bei Streaming-Plattformen - Influencer, Youtuber, Medienkollektive - zeigen, dass es neue Erlösmöglichkeiten gibt, werfen aber - das ist der Punkt, an dem Politik doch handeln kann - für uns zugleich neue wichtige Fragen auf.

Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Das Mediengesetz des Landes wie auch die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf neue Antworten geben.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir müssen die Stoppzeichen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Online-Bereich aufheben, um hier weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. Vorhaltezeiten, Textlängen - hierüber haben wir auch in diesem Hohen Hause schon mehrfach debattiert - erschweren die schrankenlose Verbreitung von gut recherchierten, öffentlich finanzierten Nachrichten.

Wir müssen die journalistische Arbeit an den Stellen erleichtern, an denen ihre Kraft überproportional gebunden wird. Es geht viel Arbeitskraft für das Moderieren von Foren und Kommentaren drauf, für das Aufdecken von Hate Speech und strafrechtsrelevanten Äußerungen. Hier könnte die von uns GRÜNEN seit Langem geforderte Einsetzung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität helfen. In anderen Bundesländern funktioniert das gut. Dort werden solche Posts zur weiteren Bearbeitung quasi rübergeschoben; das würde auch hier helfen.

Um es nicht allein bei der aktuellen Debatte heute zu belassen, auch ein Vorschlag für die Zukunft: Die Landesregierung soll einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt erstellen. Die Frage nach der Ausgestaltung von Medienpolitik im Zeitalter der Digitalisierung, aber auch die Suche nach einer Strategie, um die Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt zu erhalten, können damit konkret angegangen werden. Ein solcher Bericht muss dazu die öffentlich-rechtlichen Angebote, private, privat-lokale, landesweite Medienanbieter und Verlage, Bürgermedien und die neuen onlinegestützten Medienangebote im Land umfassen.

Im Koalitionsvertrag haben wir einen strukturierten Dialog zur Zukunft des Medienstandortes Sachsen-Anhalt vereinbart. Ich erwarte, dass die Staatskanzlei endlich genau damit anfängt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. Hierzu sehe ich keine Fragen. - Somit kommen wir zum nächsten und letzten Debattenredner. Der Abg. Herr Kurze spricht für die CDU-Fraktion. Sie haben jetzt das Wort.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, das ist ein spannendes Thema.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE, lacht - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Gute Einleitung! - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Am Ende ist es für unsere Redakteure, die tagtäglich über uns schreiben, sicherlich kein spannendes, sondern ein sehr schwieriges Thema. Denn wir wissen, dass die DuMont Mediengruppe eine Art Ausverkauf macht. Ich glaube, das tut uns allen in Sachsen-Anhalt nicht gut;

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

denn wir wissen auch, wie der Bauer Verlag in den letzten Jahren mit seiner eigenen Zeitung um-

gegangen ist. Jetzt steht das der „Mitteldeutschen Zeitung“ noch bevor.

Medienvielfalt und Meinungsvielfalt sind ein hohes Gut. Wir haben die Meinungsfreiheit in Artikel 5 des Grundgesetzes festgeschrieben. Darauf können wir stolz sein.

Wenn wir aber wissen, dass sich jetzt alles vereint - ich will die Zahlen jetzt nicht noch einmal alle vorlesen; das haben die Vorredner schon gemacht -, dann wissen wir, dass jetzt ein Zentralorgan entsteht. Es ist so, wie wir das von früher kennen: e i n e Zeitung.

(Markus Kurze, CDU, Matthias Büttner, AfD, und Alexander Raue, AfD, lachen)

Ich will jetzt nicht darauf abheben, wer dabei im Hintergrund steht. Das wissen wir auch alle; das müssen wir hier vorn nicht vortragen.

Interessant ist, dass die „Volksstimme“ seit 1890 existiert und dass auch die „MZ“ seit 1895 einen Vorläufer hatte. Es sind wirklich historische Zeitungen, die sich jetzt auf eine neue Situation einstellen müssen.

Der Verkauf umfasst neben der „Mitteldeutschen Zeitung“ auch das News-Portal der „MZ“ und die Anzeigenblätter „Wochenspiegel“ und „Super Sonntag“. Das entspricht einer Gesamtauflage von 1,3 Millionen und 27 Lokalausgaben neben den 162 000 Abonnenten, die die „MZ“ mit ihren 17 Lokalausgaben hat. Mit dem Bauer Verlag wird nun, wie gesagt, ein Verlag alles übernehmen. Ich habe es gerade gesagt.

In einem Punkt muss ich dem Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes in Sachsen-Anhalt, Herrn Gajowski, recht geben. Er warnt davor, dass am Ende Synergieeffekte genutzt werden. Gut, das ist normal, wenn eine Übernahme stattfindet. Aber er warnt davor, dass das am Ende wahrscheinlich zu Entlassungen führen wird; denn wir brauchen ja nicht zwei Mantelredaktionen. Das brauchen wir letztlich nicht, wenn wir alles aus einem Haus haben. Wir brauchen keine zwei Wirtschaftsredaktionen. - Na ja, schauen wir mal, was da auf uns zukommt.

Man wünscht sich - das habe ich mir extra herausgesucht -, dass die Worte des CEO der DuMount Mediengruppe Dr. Christoph Bauer am Ende vielleicht wirken. Der starke Verbund mit der Mediengruppe Magdeburg ist der richtige Ansatz, um die „Mitteldeutsche Zeitung“ langfristig bestmöglich abzusichern. - Ob es am Ende so gelingt, sei einmal dahingestellt.

Die Öffentlich-Rechtlichen - andere Vorredner haben es schon angemerkt - bekommen jetzt eine besondere Rolle, weil wir weiterhin eine Medienvielfalt beibehalten wollen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Ach ja?)

Das wissen wir. Ob es dem MDR bei uns im Lande gelingt, das sei einmal dahingestellt.

Ich muss ich jetzt einmal hinüberschauen. Ich finde es - nicht nur ich persönlich, sondern wir haben das vorher in der Fraktion besprochen - wirklich befremdlich, dass jemand wie Böhmermann - wir kennen seine Satire - einen besseren Sendeplatz bekommt, Uwe Steimle aber keine Vertragsverlängerung.

(Zustimmung bei der AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Genau!)

Das ist für uns als CDU-Fraktion ein Aspekt, der auch in die Frage einfließt, wie wir zukünftig mit dem Medienstaatsvertrag umgehen und wie wir zukünftig mit dem Rundfunkstaatsvertrag umgehen.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Wir brauchen einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der neutral berichtet und der sich am Ende auf seinen Kernauftrag konzentriert. Der Kernauftrag sind Bildung, Weiterbildung und Nachrichten. Es muss ganz klar getrennt werden zwischen Berichterstattung und Kommentar. Wenn wir uns die Zeitungen anschauen oder den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann erkennen wir, dass das manchmal vermischt. Wir haben nicht ohne Grund Gesetze geschaffen, um das klar zu trennen. Wir würden uns als CDU-Fraktion wünschen, dass man es auch zukünftig klar trennt und am Ende nicht beides miteinander vermischt.

Es interessiert nämlich nicht, welche Meinung der Redakteur oder derjenige hat, der den Fernsehbeitrag zusammenschneidet. Es geht darum, dass er neutral berichtet und am Ende unseren Landtag abbildet. Es geht nicht darum, dass er den Kommentar in die Berichterstattung einfließen lässt. Das kann er dann am Ende selbst explizit machen. Dafür haben wir die Grundlagen geschaffen.

Es ist der Trend zu beobachten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass oftmals eine einheitliche Meinung favorisiert wird. Andere Meinungen werden nicht durch Argumente revidiert, sondern durch lautstarke verbale Angriffe und teils leider auch durch physische Angriffe. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir als Parlament nicht gutheißen. Wir erwarten, dass man auch in der Berichterstattung tolerant ist. Wir erinnern uns an die Berichterstattung über „Fridays for Future“, an die Berichterstattung über Greta und alles, was damit zusammenhängt. Wir brauchen Fakten und keine Hysterie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Medienpolitik ist daher gefordert, die Regulierung über Verbreitungswege, Absender, Plattformen, Empfangsgeräte und auch Suchmaschinen hin-

weg unter Einbeziehung der Öffentlich-Rechtlichen neu zu formulieren. Wenn wir das neu formulieren, dann bitte schön in den Eckdaten, die wir als Gesetzgeber vorgegeben haben; das erwarten wir. Und ich glaube, dieser Verantwortung werden sicherlich auch die Öffentlich-Rechtlichen gerecht werden.

In Zeiten der Verlagerung von Meinungsmacht ins Internet ist die Sicherung der Medienvielfalt herausgefordert und am Ende wichtiger denn je. Wir wissen alle, was sich im Netz abspielt. Alle haben das oder zumindest viele haben es schon erlebt, welche Anfeindungen wir im Netz zum Teil haben. Auch dagegen müssen wir vorgehen. Auch dafür haben wir Regularien geschaffen. Wir wollen das an der einen oder anderen Stelle noch verschärfen. Von daher, glaube ich, sind wir da auf dem richtigen Weg.

Eine vielfältige Medienlandschaft bietet den besten Schutz vor Populismus und Manipulation. Von besonderer Wichtigkeit ist am Ende, dass wir das so für unsere gesamte Demokratie haben. Dafür brauchen wir die offenen Kanäle. Dafür brauchen wir auch die kleinen privaten Fernsehsender und auch alle anderen Medienschaffenden, die sich in dem Bereich tummeln. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es ein wirklich sehr schwieriges Thema, auch für die Redakteure, die im gesamten Land von Arendsee bis nach Zeitz tätig sind.

Ich hoffe, dass die Mitbestimmung auch in dem großen Verlag weiterhin bestehen bleibt. Der Bauer Verlag hat es schon am Anfang ein bisschen ausgelagert. Ich hoffe, dass das bis nach Zeitz funktioniert, vielleicht durch den großen Mitteldeutschen Verlag, wenn dieser zum Bauer Verlag kommt. Die Farbe haben sie ja ganz schnell von hellblau auf dunkelblau oder von dunkel- auf hellblau gewechselt. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir auch die Gewerkschaft mit Herrn Gajowski. Wir ziehen alle an einem Strang, und ich hoffe, dass unsere Redakteure auch weiterhin frei und - wie soll ich sagen? -

(Ulrich Thomas, CDU: Objektiv!)

unbeeinflusst über uns Bericht erstatten können. Denn es wäre schlimm - das hat mir mein Fraktionsvorsitzender mit auf den Weg gegeben -, wenn zwei Redakteure am Ende das bewerten und darüber Bericht erstatten, was wir hier im Parlament machen und was im gesamten Land passiert. Daher hoffe ich, dass ein bisschen Selbstbestimmung bleibt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Oliver Kirchner, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt eine Wortmeldung, Herr Kurze.

(Markus Kurze, CDU, verlässt das Rednerpult)

- Nein. Herr Dr. Tillschneider, dann können Sie eine Kurzintervention machen. Diese Möglichkeit haben Sie.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Das enttäuscht mich jetzt aber sehr. Na ja, wie dem auch sei. Dann stelle ich meine Fragen eben in den Raum:

Erstens. Stimmt es, Herr Kurze, was ich gerücheweise vernommen habe, dass Sie in regelmäßigen Abständen von der Leine gelassen werden, um hier den volksnahen CDU-Politiker zu markieren und gewissermaßen eine Feigenblattfunktion zu erfüllen, damit Ihnen nicht alle Wähler von der Stange gehen?

Frage zwei ist: Glauben Sie, dass der Wähler tatsächlich so blöd ist und darauf hereinfällt?

(Zustimmung von Daniel Roi, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich hatte Ihnen schon gesagt, dass der Abg. Herr Kurze nicht bereit ist, Fragen zu beantworten. - Er bleibt auch sitzen. Damit ist das erledigt.

Wir kommen damit zu dem Abg. Herrn Gebhardt. Er hat darum gebeten, im Anschluss noch einmal reden zu dürfen, was er auch darf. - Sie haben die Möglichkeit, bitte.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich muss ehrlich gestehen, dass bei dem Redebeitrag des Kollegen Kurze akustisch nicht alles zu verstehen war. Ich glaube aber, die wichtigen Sätze sind akustisch bei mir angekommen. So, wie es bei mir angekommen ist, haben auch Sie sich für eine plurale und vielfältige Medienlandschaft ausgesprochen und haben auch im Printbereich für eine publizistische Vielfalt plädiert.

Eines will ich aber noch einmal klarstellen. Ich glaube, nach den bisherigen Debatten müssen wir eines noch einmal deutlich formulieren: Es ist doch gut, dass nicht die Politik die Kabarettisten aussucht, die im Fernsehen auftreten oder nicht auftreten.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und Andreas Steppuhn, SPD, lachen)

Wir empfinden es als Fraktion wichtig, diese Aktuelle Debatte aufgrund der Ereignisse und Situation auf unserem Zeitungsmarkt in Sachsen-Anhalt zu führen. Ich will mich ausdrücklich bei den demokratischen Fraktionen insgesamt dafür bedanken, zum einen für die Sachlichkeit und zum anderen für das Signal, dass wir weiterhin eine publizistische Vielfalt im Land wollen, sie wertschätzen und sie für unverzichtbar halten.

Dass die AfD nun zu einem anderen Thema und nicht zum Zeitungsmonopol gesprochen hat, ist erst einmal nicht unser Problem, sondern das Problem der AfD.

Herr Lehmann hat nur eines deutlich gemacht. Das macht sich bei dem Thema Straßenausbaubeiträge ganz gut. Herr Lehmann hat gefordert, dass die Medien darüber berichten, dass die AfD hier als Erste aktiv geworden ist.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Ich finde, dann sollten die Medien vielleicht schreiben: Ja, die AfD-Fraktion schreibt Anträge, die aus einem Satz bestehen. Und darin steht, dass andere die Arbeit machen sollen, die Sie irgendwie nicht auf die Reihe kriegen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Zeigen Sie mir den Gesetzentwurf, den Ihre Fraktion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht hat.

(Rüdiger Erben, SPD: Gibt es nicht!)

Zeigen Sie ihn den Medien; dann können die Medien auch darüber berichten. Oder beantworten Sie doch einfach folgende Frage: Welche Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat bisher den ersten und einzigen Entwurf zur Abschaffung der Straßenbeiträge eingebracht?

(Matthias Büttner, AfD: Straßenausbaubeiträge! Oder was?)

Wenn Sie die richtige Antwort geben, haben Sie den Jackpot gewonnen.

(Eva von Angern, DIE LINKE, lacht)

Zu Ihren unwürdigen Aussagen zum Schluss, Herr Lehmann, muss man nichts weiter sagen. Denn ich glaube, jeder anständige Mensch kann sich hier nur angewidert abwenden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. Ich sehe auch hierzu keine Wortmeldungen. Beschlüsse in der Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages nicht gefasst.

Damit kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Debatte. Bevor wir aber damit beginnen, nehmen wir hier vorn einen Wechsel vor.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren fort in der Aktuellen Debatte. Ich rufe auf das zweite Thema:

Die Auseinandersetzung des Jahrzehnts - Gesellschaftliche und marktwirtschaftliche Ordnung oder ökosozialistische Planwirtschaft?

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/5552

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten. Folgende Redereihenfolge der Fraktionen ist vereinbart worden: AfD, CDU, DIE LINKE, GRÜNE und SPD. Zunächst hat die Antragstellerin, die AfD-Fraktion, das Wort. - Herr Farle, bitte sehr. Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das kommende Jahrzehnt wird richtungsweisend für unsere Zukunft in diesem Jahrhundert. Auch jetzt droht Deutschland wieder einmal zu scheitern, wie es schon einmal in den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gescheitert ist.

Heute lauten die Alternativen freiheitliche soziale Marktwirtschaft oder totalitäre CO₂-gesteuerte ökosozialistische Planwirtschaft. Der Grundstein des Erfolges der Bundesrepublik im Nachkriegsdeutschland war die soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Das theoretische Fundament geht zurück auf den sogenannten Ordoliberalismus der Freiburger Schule um Ökonomen wie Walter Eucken und Wilhelm Röpke.

In Erkenntnis der Fehlentwicklungen der Weimarer Republik und der Weltwirtschaftskrise 1929 sollte ein neuer Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gefunden werden. Erhards ganz persönliche Konzeption der sozialen Marktwirtschaft war eine bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der ein auf die Kernaufgaben reduziertes Staatswesen die Freiheit des Individuums durch die Aufrechterhaltung eines starken Wettbewerbs ermöglicht. Die Grundüberzeugung Erhards war - Zitat -: Je freier die Wirtschaft, desto sozialer ist sie auch.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das ist Quatsch!)

- Bevor Sie über Quatsch reden, denken Sie einmal nach.

Seiner Ansicht nach reichte ein vernünftiger rechtlich vorgegebener Handlungsrahmen als Regelwerk für eine funktionierende Marktwirtschaft vollkommen aus. Vollbeschäftigung war in seinen Augen die beste Sozialpolitik. Staatliche Unterstützung sollte es für diejenigen geben, die nicht arbeiten können.

Für Erhard war eine funktionierende Wettbewerbsordnung Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Weitere wirtschaftspolitische Kernelemente, mit denen er den Wirtschaftsaufschwung einleitete, waren Privateigentum, Rechtssicherheit, Vertragsfreiheit, Eigenverantwortlichkeit und Geldwertstabilität.

Die Initialzündung des Wirtschaftswunders gelang ihm mit einem Coup im Jahr 1948. Gegen den Widerstand der alliierten Besatzer und entgegen den Empfehlungen seiner Berater sorgte Ludwig Erhard für die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und der Preisbindung für 90 % aller Waren. In Verbindung mit der gleichzeitig durchgeführten Währungsreform füllten sich über Nacht die Regale, der Schwarzmarkt verschwand und die zuvor brachliegende Wirtschaft begann zu florieren.

Die simplen Grundsätze dieses Erfolges, die das damalige Wirtschaftswunder ermöglichten, wurden durch Erhards Rücktritt als Bundeskanzler im Jahr 1966 Stück für Stück über Bord geworfen.

Heute ist die soziale Marktwirtschaft de facto komplett beseitigt und ausgehebelt.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ach Gott!)

Die Masse der Preise ist staatlich verzerrt

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Was!)

durch Dutzende von Steuerarten. Ich habe es mir gestern noch einmal angeschaut. Es sind wirklich mehr als 20 verschiedene Steuerarten, die wir mittlerweile haben, die alle die Preise durcheinanderwürfeln.

Subventionen und diese Preisverzerrungen im Rahmen willkürlich ideologisch-politisch bestimmter Regelungen steuern heute die Ausrichtung unserer Wirtschaft.

Ein Teil des Großkapitals und der Kartelle befindet sich in Allianz mit einem zunehmend interventionistischen Staat, der den jeweils dominierenden Teil des Kapitals per Gesetzgebung vor unliebsamer Konkurrenz schützt, Verluste mit Steuergeld ausgleicht oder eine künstliche Nachfrage schafft. Als Gegenleistung winken den Politikern nach Ende ihrer Politikkarriere gut dotierte Aufsichtsratsposten - konnte man kürzlich wieder bei Herrn Sigmar Gabriel sehen.

(Matthias Büttner, AfD: Von der SPD!)

- Von der SPD natürlich. Wer sonst!

(Ronald Mormann, SPD: Weil er es kann!)

Der Staatsinterventionismus greift immer weiter um sich. So dringt der Staat immer weiter in die kleinsten Lebens- und Wirtschaftsbereiche vor, ob Arbeitsmärkte, Energiepolitik, Gesundheitswesen, Kindererziehung oder das Kredit- und Geldwesen, neuerdings auf die Bereiche wie Mobilität oder Essgewohnheiten. Die Handlungsfreiheiten der Bürger werden in unerträglichem Maße durch Vorschriften, Regulierung, Ge- und Verbote immer weiter reglementiert und eingeschränkt.

Das heutige Deutschland gleicht einem Selbstbedienungsladen für Pressure-Groups, einzelne Kapitalgruppen, NGOs und andere Interessengruppen, die sich auf Kosten des Mittelstandes und der kleinen Leute bereichern. Heute sind es milliardenschwere Investmentgesellschaften und die Vertreter der sogenannten erneuerbaren Energien, die sich mit staatlicher Unterstützung eine goldene Nase verdienen.

Zum angeblichen Schutz unseres Klimas läuft aktuell in der EU und in Deutschland ein gigantisches Billionen-Euro-Umverteilungsprojekt. Um dieses Projekt gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, fasst die EU ständig weitergehende Lobby-bestimmte Grenzwertbeschlüsse, um unsere traditionelle Industrie zu beschädigen und dem neuen Geschäftsmodell, dem sogenannten Green Deal, zum Durchbruch zu helfen.

Dieser Umbau unserer Gesellschaft in eine CO₂-gesteuerte Planwirtschaft - denn überall heißt es jetzt, wir müssen CO₂ einsparen, was völliger Unsinn ist - zerstört nicht nur die Freiheit, sondern auch den Wohlstand unseres Landes.

(Jens Kolze, CDU: So ist das!)

Hunderttausende gut bezahlte Arbeitsplätze werden schon in diesem Jahr vernichtet werden.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Glauben Sie das, was Sie da sagen?)

- Lesen Sie einmal die Wirtschaftszeitungen. Dann wissen Sie etwas darüber.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Sven Knöchel, DIE LINKE)

Die Tatsache, dass selbst eine 100-prozentige Reduktion von CO₂ in Deutschland keinen messbaren Einfluss auf die weltweite CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und erst recht keinen Einfluss auf das Klima hat, unterstreicht, dass dieses gigantische Umverteilungskonzept lediglich zur Abzocke der Bürger die wahre Triebfeder dieser ganzen Machenschaften ist.

(Beifall bei der AfD)

Dafür wird die Jugend dieses Landes missbraucht, die ausgehalten und finanziert wird -

Luisa Neubauer und all die anderen - mit millienschweren Spenden und Unterstützung für diese Geschichte, die straff durchorganisiert ist und den wahren Sinn hat, unsere eigene Automobilwirtschaft in Deutschland zu zerstören und uns dafür die E-Autos aufzuschwätzen.

Der Umstieg auf eine CO₂-freie Produktion ist vermutlich der größte Wirtschaftsbetrug in der Geschichte der Menschheit.

(Sven Knöchel, DIE LINKE, lacht)

CO₂ steht für Kohlenstoffdioxid. Ohne CO₂ in der Atmosphäre wäre das Leben auf der Erde niemals entstanden.

(Zustimmung von Matthias Büttner, AfD, von Hagen Kohl, AfD, und von Frank Scheurell, CDU)

Es ist ein völlig unschädliches Spurengas, das die Grundlage allen Lebens ist.

(Olaf Meister, GRÜNE: Na ja! - Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Eine Welt ohne CO₂, die Sie, bei den LINKEN und GRÜNEN, haben wollen, ist eine Welt, die tot ist. Wir wollen eine lebende Welt, die Wohlstand erlebt, in der Menschen aus Hungersituationen befreit werden und in der es vorwärtsgeht. Das wollen wir.

(Beifall bei der AfD)

Auch eine doppelt so hohe CO₂-Konzentration hätte keinen messbaren Einfluss auf die Welttemperatur;

(Silke Schindler, SPD, und Olaf Meister, GRÜNE, lachen)

denn in der Weltgeschichte hatten wir schon dreibis zehnmal höhere CO₂-Konzentrationen als heute.

(Silke Schindler, SPD: Ohne Menschen! - Dorothea Frederking, GRÜNE: Aber da gab es keine Menschen!)

Aber diese - -

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Da gab es keine Zivilisation!)

- Sie begreifen es nicht. CO₂ ist immer dasselbe CO₂, ob es von einem Menschen stammt oder von Tieren, von einer Kuh oder vom Schwein oder vom Schaf.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Vielleicht begreifen Sie das irgendwann.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Die Zielsetzung, CO₂ zu reduzieren, hat nichts mit der Weltrettung zu tun.

(Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht)

Deutschland befindet sich auf einem ganz gefährlichen Irrweg. Das geht natürlich wieder einmal nicht ohne den Anspruch ab, allen anderen Ländern der Erde diesen Weg vorschreiben zu wollen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Es gibt ein Abkommen von Paris!)

Wir können allerdings in einem beruhigt sein: Dieser Irrsinn, den Sie propagieren, wird in keinem anderen Land der Welt realisiert.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Alle Staaten machen da mit!)

Das ist leider auf Deutschland beschränkt.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Es ist aber unsere Industrie, unsere Wirtschaft, die jetzt zugrunde gerichtet wird,

(Holger Hövelmann, SPD: Quatsch!)

im kommenden Jahrzehnt, wenn man diesen Mist nicht endlich beendet.

(Beifall bei der AfD - Volker Olenicak, AfD: Grüner Schwachsinn!)

Was Sie wollen, ist nichts anderes als eine ökosozialistische Planwirtschaft. Dafür eignet sich das Thema CO₂ ganz besonders.

(Zustimmung von Lydia Funke, AfD)

Der Landtag soll jetzt 13 000 € - oder wie viel? - für Klimaneutralität zahlen. In den Schätzungen, die es intern in der Kommission gegeben hat, war aber sogar von Millionenbeträgen die Rede. Das ist völlig willkürlicher Unsinn. Man könnte auch ordentlich und vernünftig sagen: Jawohl, wir pflanzen mehr Bäume an, wir sorgen dafür, dass die Welt wieder grüner wird,

(Lachen bei den GRÜNEN)

wir tun etwas für die Umwelt, aber das hat mit dem CO₂-Betrug gar nichts zu tun. Damit wird auch nichts verdient.

(Beifall bei der AfD - Lydia Funke, AfD: Und dafür retten wir unsere Krankenhäuser!)

Ich komme zum Schluss und werde den Rest bei den abschließenden Ausführungen vortragen. Ich sage nur eines: Wir brauchen kein System wie in China, wo man schnelle Entscheidungen an den Menschen vorbei trifft. Wir brauchen eine Demokratie. Wir brauchen den Rechtsstaat. Wir brauchen wieder eine Marktwirtschaft, in der die Preise auf dem Markt gebildet werden und den Konsumentenwünschen entsprechen. Das brauchen wir,

(Zustimmung bei der AfD - Jens Kolze, CDU: Jawohl!)

aber nicht noch weitere zig Steuerarten,

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle - -

Robert Farle (AfD):

die dem Menschen das Leben immer schwerer machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe keine Wortmeldungen gesehen. Deswegen steigen wir jetzt in die Debatte ein. Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Grimm-Benne in Vertretung des Ministers Herrn Prof. Dr. Willingmann. Bitte sehr.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Aktuelle Debatte zeigt erneut den Versuch, heutige gesellschaftliche Herausforderungen zu ignorieren und ein verzerrtes, weithin schlicht falsches Bild der Klimasituation, verunglimpft als Klimahysterie, an die Wand zu malen.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Daniel Roi, AfD: Das ist Anti-AfD-Sprech! - Heiterkeit bei der AfD)

Schon der im Antrag gezogene Vergleich zu den vermeintlich goldenen 20er-Jahren, die bekanntlich mit der Weltwirtschaftskrise, der sogenannten Großen Depression, und dem Übergang zu nationalsozialistischer Diktatur und Terrorherrschaft endeten, ist abwegig. Eigentlich verbietet er sich schlichtweg. Das gilt auch für eine unreflektierte, kritiklose Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft erhardischer Prägung.

Wagen wir einen Blick zurück. Es ist weithin bekannt, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen damals nach zwei von Deutschland ausgehenden Weltkriegen völlig andere als heute waren. Wir müssen uns zudem vergegenwärtigen, dass die erhardische Marktwirtschaft gerade auch geprägt war von ebenso einschneidenden wie sinnvollen sozialen Interventionen des Staates in das alleinige Wirken des Marktes. Dies gilt etwa für den sozialen Wohnungsbau ab dem Jahr 1950, das Kindergeld ab dem Jahr 1954, die dynamische Altersrente ab dem Jahr 1957 oder das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ebenfalls aus dem Jahr 1957.

Diese Markteingriffe mündeten nicht zuletzt im sogenannten Stabilitätsgesetz aus dem Jahr 1967 mit Preisstabilität, hohem Beschäftigungsstand, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht - das sogenannte magische Vier-

eck - als wirtschaftspolitischen Zielen der Bundesrepublik mit Verfassungsrang.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zivilisation ist heute die Eindämmung der stetigen Erderwärmung mit all ihren messbaren wirtschaftlichen Folgen.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Dazu muss an den heute bekannten Stellschrauben gedreht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei vernünftigerweise die vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen. Das betrifft nicht nur den Energiesektor. Auch die Emissionen aus der Landwirtschaft und der Industrie sowie aus dem Gebäudesektor und dem Verkehrsbereich spielen eine wesentliche Rolle.

Der Energiesektor und weite Teile der Industrie unterliegen im Übrigen seit dem Jahr 2005 dem europäischen Zertifikatehandel, also einer Mengensteuerung der CO₂-Emissionen über einen Preis, der nach unbestreitbaren anfänglichen Schwierigkeiten in den letzten Jahren Wirkung zeigt.

Dass das kein falsches Instrument zu sein scheint, zeigt auch, dass heute in mindestens neun Nicht-EU-Staaten, darunter auch die USA, China, Russland, Mexiko und Neuseeland, ein solcher Handel in unterschiedlicher Ausprägung wirkt. Die Schweiz ist übrigens am 1. Januar 2020 dem europäischen Zertifikatehandel beigetreten. Es ist also kein europäischer Alleingang oder europäische Bürokratie, die CO₂-Emissionen über den Preis, einem der Marktwirtschaft permanent immanenten Instrument, zu steuern.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Ein konstruktiver Ansatz der Antragsteller wäre es, das gegenwärtige System von Steuern, Abgaben, Entgelten und Umlagen im Energiebereich einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und Vorschläge zu unterbreiten, die einen Anreiz zur weiteren Verringerung der CO₂-Emissionen setzen, faire Wettbewerbsbedingungen für die Marktteilnehmer sichern, technologische Innovationen begünstigen und sozialverträglich sind. Dem entgegen steht ein „Weiter so“ wie vor 20, 30 Jahren.

Ein Wort zur heimischen Automobilindustrie. Selbst VW-Chef Herbert Diess hat sich jüngst öffentlich eine höhere CO₂-Steuer gewünscht. Eine CO₂-Bepreisung, ob nun Steuer oder Zertifikate, liefert Anreize für technologische Innovationen, mit denen auch international gepunktet werden kann.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das kann keiner bezahlen!)

Wenn nach der Ansicht der Antragstellerin die heimische Automobilindustrie nicht mehr den alten Glanz hat, dann muss man doch fragen, woran das liegt. Bei nüchterner Betrachtung kommt man nicht umhin, die Ursache dafür insbesondere auch bei illegalen Abschaltvorrichtungen bei der Kfz-Abgasreinigung seit dem Jahr 2015 zu finden.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir sind uns sicherlich weiterhin darin einig, dass dieser sogenannte Dieselskandal nicht nur dem Renommee der deutschen Autowirtschaft schwer geschadet hat.

(Jens Kolze, CDU: Stimmt!)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Ausbau der erneuerbaren Energien folgt heute einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren - Wettbewerb als zentrales Instrument der Marktwirtschaft. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass Wind- und Fotovoltaikenergie auch preisgünstig hergestellt werden können.

Es ist richtig, dass noch viel Arbeit bezüglich des hohen Gutes der Versorgungssicherheit vor uns liegt. Dafür braucht es Speichertechnologien. Gerade hierbei sind wir aber auf einem guten Weg.

Auch in Sachsen-Anhalt hat der Einstieg in die Wasserstofftechnologie begonnen. Das belegen die vom Bundeswirtschaftsministerium bestätigten Reallabore in Bad Lauchstädt und Leuna,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

nicht zu vergessen die Ansiedlung des Batteriezellenherstellers in Bitterfeld als Automobilzulieferer.

Auch interessante Projekte der Sektorenkopplung werden im Land bereits erfolgreich verfolgt. Es sei auch ein Hinweis auf die Forschungsarbeiten zu geschlossenen Kohlenstoffkreisläufen in der chemischen Industrie gestattet. Die technologische Machbarkeit ist grundsätzlich nachgewiesen. Jetzt sind Nacharbeiten notwendig, um Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Möglichkeiten, CO₂-Emissionen zu reduzieren, nur von der Seite der Erzeugung her zu betrachten, ist daher zu kurz gesprungen. Die zweite Seite der Medaille ist die Verbrauchsseite. Hierbei sind noch enorme Potenziale vorhanden. Energieeffizienz und Energieeinsparung sind nicht nur für die Wirtschaft relevant, weil der Energieverbrauch ein Kostenfaktor ist, egal wie preisgünstig Energie produziert werden kann.

Auch die privaten Verbraucher können es am verfügbaren Haushaltseinkommen spüren, wenn Gebäude gedämmt oder effizientere Heizsysteme eingebaut werden. Dass sowohl die private Wirtschaft als auch die Haushaltskunden diese Herausforderungen annehmen, zeigen zum Beispiel die neuesten Zahlen. Der Stromverbrauch ging in Deutschland im Jahr 2019 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück.

Um es zum Schluss auf den Punkt zu bringen: Für eine Welt von morgen können nicht die Rezepte von gestern herangezogen werden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Ministerin. Es gibt mehrere Fragen. - Bevor wir die Fragesteller zu Wort kommen lassen, begrüßen wir auf unserer Besuchertribüne ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Querfurt. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Es gibt zwei Wortmeldungen. Herr Büttner hat sich als Erster gemeldet, dann Herr Raue. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Nur als kurzer Hinweis: Hier fehlt der Mikrofonschutz, der ist ab.

Frau Ministerin, ich habe eine Frage zu Ihren Ausführungen. Sie haben gerade ausgeführt, dass sich der Zertifikatehandel positiv auswirken würde. Die Frage, die ich jetzt habe, ist: Eigentlich ist doch der Zertifikatehandel nach meinem Kenntnisstand eher das Problem; denn - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das liegt an Ihrem Kenntnisstand!)

- Ja, Herr Striegel, und es liegt daran - - Na, ich sage jetzt nichts. Sonst bekomme ich noch einen Ordnungsruf.

Auf jeden Fall ist es doch so: Wenn Deutschland weniger CO₂ ausstößt, dann kann ein anderes Land am Zertifikatemarkt das Recht, mehr CO₂ auszustößen, kaufen und kann dann auch mehr CO₂ ausstoßen. Warum ist denn das eine Verbesserung, wenn der CO₂-Ausstoß von Deutschland nur in ein anderes europäisches Land verlagert wird, wir dadurch aber unsere Wirtschaft unter Probleme setzen und ein anderes Land es einfach hat, mehr zu produzieren und besser zu arbeiten? Das ist die Frage, die sich mir stellt.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe das ausgeführt, und zwar ausführlich, was das Wirtschaftsministerium zum Zertifikatehandel hier dargestellt hat. Da ist nichts von einem europäischen Alleingang oder zum Beispiel einem Ausnutzen dieses Handels von anderen Ländern dargestellt.

Es ist vielmehr dargestellt worden, dass dieser Handel unterschiedliche Ausprägungen birgt. Ich möchte es nicht noch einmal vorlesen, was das Wirtschaftsministerium hierzu ausgeführt hat. Ich denke, Sie haben aufmerksam zugehört. Daraus ergibt sich auch die Antwort.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Es ist ja klar, dass die Frau nichts davon versteht, weil sie in Vertretung des Wirtschaftsministers Herrn Willingmann dazu spricht. Es ist eine Regelung in der Landesregierung, dass man sich gegenseitig vertritt.

(Robert Farle, AfD: Weil Sie nichts davon verstehen!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie einmal ganz kurz, Herr Raue. - Wir haben auch heute schon wieder eine erhebliche Liste von persönlichen Angriffen und Beleidigungen in diesem Landtag erlebt. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Niemand braucht sich zu wundern, dass die Dinge zu ihm zurückkommen, die er selbst in dieser Art und Weise hier hineinbringt.

Ich bitte uns wirklich, jetzt einmal ein Stück weit auf den Teppich zurückzukommen und ein Mindestmaß an gegenseitiger Akzeptanz hier zu demonstrieren.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben eine Verantwortung in diesem Land. Wir sind nicht dazu da, uns in irgendeiner Art und Weise gegenseitig hoch und runter zu spielen. Wir sind vielmehr ein Verfassungsorgan, und die Menschen haben ein Anrecht darauf, dass wir uns so benehmen wie in einem Verfassungsorgan.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Raue, Sie haben jetzt die Chance.

Alexander Raue (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Es ist eine Kurzintervention. - Frau Grimm-Benne, Sie haben sich

in Ihrer Rede auf Herbert Diess bezogen und den Eindruck erweckt, als ob er sich das schon immer gewünscht hätte. Das ist natürlich nicht so. Das wissen auch Sie und das stellen Sie hier schlicht falsch dar.

Herbert Diess reagiert natürlich zu Recht auf eine EU-Forderung und auf eine EU-Richtlinie nach CO₂-Reduktion. Wenn die deutsche Automobilwirtschaft, zu der nun einmal VW gehört, dem nicht Folge leisten würde, würden sich daraus natürlich massive negative Konsequenzen für VW ergeben. Es ist also nicht so, dass er sich das schon immer gewünscht hat.

Nachdem Ihre Regierung im Bundestag und in der EU diese EU-Regelung umsetzt, muss er sich das natürlich wünschen, weil diese Regelung von VW massive Investitionen in E-Mobilität gefordert hat, die VW auch leistet.

Nachdem diese Investitionen geflossen sind, muss natürlich VW diese Finanzmittel, diese irren Finanzmittel, die dabei eingesetzt wurden, auch irgendwie amortisieren. Da das eben nicht selbst läuft, da die E-Mobilität in Deutschland eben nicht nachgefragt wird, obwohl VW ein massives Angebot schafft, fordert Herbert Diess natürlich als letzten Ausweg eine CO₂-Steuer, um eben diesen Absatz, der sich natürlicherweise nie einstellen würde, anzukurbeln, um seine Investitionen zu amortisieren.

Sie haben überhaupt keinen Grund, sich auf Herbert Diess, auf VW oder die deutsche Automobilwirtschaft zu berufen, um Ihre Forderung nach CO₂-Steuern, nach CO₂-Abgaben und nach CO₂-Zielen in irgendeiner Form zu begründen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Vielen Dank. - Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Das war eine Intervention. Das Wirtschaftsministerium und der Wirtschaftsminister, den ich hier vertrete, haben eine andere Auffassung.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Damit sind wir am Ende dieses Debattenbeitrages angelangt und wir können in die Debatte der Fraktionen eintreten. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Thomas. Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Wenn man den Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland zugrunde legt, dann können wir aktuell auf fast 72 Jahre soziale Marktwirtschaft zurückblicken. Meine Damen und Herren! Es waren 72 erfolgreiche Jahre.

Ich gebe gern zu, dass es heute auch ein guter Moment ist, über diese Marktwirtschaft hier zu debattieren. Denn angesichts zahlreicher aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen ist es wichtig und richtig, offen über den Ursprung unseres Wohlstandes zu reden, eines Wohlstandes, an den wir uns hierzulande gewöhnt haben, wo es Menschen gibt, die glauben, dieser Wohlstand war immer da, und wo es vor allem junge Menschen gibt, die glauben, der Wohlstand wird immer bleiben.

Meine Damen und Herren! Als nach dem Krieg Deutschland in Trümmern lag, gab es zunächst andere Probleme zu lösen. Viele Städte waren zerstört, Wohnraum und Nahrung waren knapp. Da lag es nah, viele existenzielle Sorgen über eine staatliche Lenkung zu organisieren.

Genau in dieser Zeit setzten die Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft auf fairen Wettbewerb, Leistungswillen, Freiheit und sozialen Ausgleich. Das war seinerzeit durchaus mutig, denn die dringendsten Probleme ließen sich damit zunächst nicht beseitigen.

Im Jahr 1948 gab es in der amerikanischen und in der britischen Zone einen Generalstreik, der sich gegen explodierende Preise und für die Wiedereinführung der Preisvorschriften richtete. Der Ausspruch „Wohlstand für alle“ galt zu dieser Zeit als reine Worthülse.

Walter Eucken gilt als einer der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft. Seine Prinzipien von Freiheit, Wettbewerb, von Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und freien Märkten setzten jene Kräfte frei, die in den 1950er- und 1960er-Jahren in der Bundesrepublik zunächst für ein Wirtschaftswunder und bis heute für ein stetiges Wachstum sorgen.

Die Prinzipien allein waren es jedoch nicht, die Deutschland trotz zweier Weltkriege innerhalb von nur zwei Jahrzehnten wieder an die ökonomische Spitze der Welt beförderten.

Meine Damen und Herren! Es bedurfte hier zunächst einer entschiedenen Umsetzung. Kein anderer als Ludwig Erhard hatte den Mut dazu. Als Bundesminister für Wirtschaft war er es, der von 1949 bis 1963 die ökonomische Gesundung verantwortete.

Während die ökonomische Lage in der DDR stagnierte, entfesselten seine Vorstellungen von

Ökonomie und sozialem Ausgleich in der Bundesrepublik neue und ungeahnte Kräfte.

Ludwig Erhard hatte in der Zeit des Nationalsozialismus erlebt, wie sich Diktatur, Protektionismus und eine Wirtschaft, die ausschließlich auf die Kriegsproduktion ausgerichtet war, auf die Gesellschaft auswirkten.

Aus seiner Sicht konnte ein demokratisches System damals nur funktionieren, wenn die Wirtschaft für den Wohlstand der Menschen sorgt. Erhard wusste sehr genau, dass der individuelle Egoismus in einem Markt zu höchstem Wohlstand führt, der gesellschaftliche Nutzen jedoch auf der Strecke bleibt. Daher war es folgerichtig, dass er die Ideen von Markt und sozialem Schutz miteinander verknüpfte.

Die soziale Marktwirtschaft bejaht ausdrücklich das Recht auf Privateigentum und sie stärkt die individuelle sowie die persönliche Verantwortung. Der Staat sollte von Anfang an nur für die Rahmenbedingungen zuständig sein. Dazu gehören auch der Schutz vor Kartellen und eine zweckmäßige Wettbewerbsordnung.

Das Gegenteil davon, meine Damen und Herren, haben wir in der DDR erlebt: eine zentralistisch gesteuerte Planwirtschaft, die keinen Raum für Individualität und unternehmerische Freiheit ließ, eine Wirtschaft, die sehr schnell zur Mangelwirtschaft wurde und an deren Ende nicht nur der gesellschaftliche, sondern auch der ökonomische Kollaps gestanden haben.

Insofern stellt sich die Frage zwischen marktwirtschaftlicher Ordnung und ökosozialistischer Planwirtschaft eigentlich nicht. Vielmehr brauchen wir in diesen Tagen eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Wir müssen wieder anfangen, uns offensiv mit der Herkunft unseres Wohlstandes auseinanderzusetzen. Dazu gehört auch, dass wir dem schleichenden Ausbau unseres Sozialstaates Einhalt gebieten.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Dieser hat in den zurückliegenden Jahrzehnten zu immer mehr Detailregulierungen und Bürokratisierungen geführt.

Meine Damen und Herren! Wir müssen offen ansprechen, dass das Adjektiv „sozial“ kein Mandat für mehr staatliche Eingriffe und für mehr Umverteilung ist.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU - Thomas Lippmann, DIE LINKE: Doch, das ist es sehr wohl!)

Diese engt den Handlungsspielraum der Wirtschaft, aber auch der Tarif- und Sozialpartner zu-

nehmend ein. Wir müssen deutlich machen, dass Wohlstand, Freiheit und Demokratie unmittelbar miteinander verknüpft sind.

Leider erleben wir in jüngster Zeit, dass gesellschaftspolitische Fragen wie der Klimaschutz Teile unserer Volkswirtschaft gefährden.

Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, dass es für unsere Wirtschaftskraft und den Sozialstaat keinen Automatismus gibt. Die Welt verändert sich rasant. Die ökonomischen Grundordnungen verschieben sich. Wenn Sie sich ansehen, in welcher Geschwindigkeit sich Berufsbilder durch die Digitalisierung verändern, wenn Sie sich ansehen, welchen Einfluss die Globalisierung auf die Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen hat, dann müssen wir verstehen, dass wir dringend handeln müssen. Das gilt für die Bereiche der Bildung, aber vor allem für große Teile unserer Volkswirtschaft. Diese ist es nämlich, die unsere Sozialsysteme trägt und durch Forschung und Innovation Arbeitsplätze schafft. Es ist nicht gottgegeben, dass Deutschland auch in Zukunft eines der innovativsten und wohlhabendsten Länder der Welt bleibt.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Bereits heute haben wir in einer Vielzahl von Branchen den Anschluss verloren. Beispiele sind die Bio- und die Gentechnik, der Kraftwerksbau, die Digitalisierung oder die Bereiche der künstlichen Intelligenz. Das macht vielen Menschen gerade auch in diesem Teil Deutschlands, welche schon einmal von einem beispiellosen Strukturwandel betroffen waren, große Sorgen.

Meine Damen und Herren! Die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Müller-Armack, ein weiterer Architekt der Idee der sozialen Marktwirtschaft, bezeichnete sie einst als nicht perfekt, aber alternativlos. Er sagte dies seinerzeit auch mit dem Hinweis auf planwirtschaftliche Wirtschaftssysteme, die, wie wir heute wissen, weltweit nahezu komplett politisch und ökonomisch gescheitert sind.

Wichtig für die soziale Marktwirtschaft ist und bleibt das Vertrauen in der Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen. Unsere Unternehmen wollen keine Fördermittel. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass die Investitionen, die sie heute tätigen, auch in zehn Jahren ein gutes Umfeld finden und wirtschaftlich tragen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir müssen an unseren Schulen wieder stärker dafür werben, dass dort der Stolz auf unser Land und auf seine soziale Marktwirtschaft vermittelt und auch verstanden wird. Ein Unternehmer, der Verantwortung für seine Mitarbeiter und deren Familien übernimmt

und der persönlich haftet, der seine Beschäftigten ordentlich entlohnt, der ist kein Manchester-Kapitalist. Dieser Unternehmer leistet einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwohl und unser aller Wohlstand. Das müssen wir endlich wieder stärker deutlich machen. Dazu haben wir uns ja auch im Koalitionsvertrag verpflichtet.

Sozialromantik, Umverteilungsgedanken oder Gleichmacherei stammen aus der sozialistischen Mottenkiste. Sie haben überall auf der Welt zu Diktaturen, Unfreiheit und Mangel geführt und sind genau das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft und sozialem Ausgleich; denn auch die soziale Teilhabe ist Teil unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ethisches Handeln und wirtschaftlicher Erfolg schließen sich genauso wenig aus wie Ökonomie und Ökologie. Gerechtigkeit und Wohlstand weltweit sind nicht gegen, sondern nur mit einem fairen Wettbewerb und in einer fairen Marktwirtschaft möglich. In einer freien Gesellschaft, wie der sozialen Marktwirtschaft, ist verantwortungsvolles Handeln von allen gefragt; in dieser Zeit vor allen Dingen von uns, die hier Verantwortung tragen. Wir sollten und müssen uns davor hüten, eine Gesellschaft der Neider und Verhinderer zu werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Unsere Gesellschaft besteht nicht nur aus Gesetzen, sondern auch aus Bürgerpflichten und persönlicher Verantwortung. Dafür standen und stehen die soziale Marktwirtschaft und unsere demokratische Grundordnung.

Es gibt keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Vielmehr müssen wir uns wieder stärker auf die Kernaufgaben konzentrieren. Unser Wohlstand ist keine Einbahnstraße des Erfolgs; dafür verändern sich die Rahmenbedingungen zu rasant. Bei den Prinzipien der Marktwirtschaft bleiben sie aber gleich.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie alle ein, mit an den Rahmenbedingungen zu arbeiten, die das Wirtschaften erleichtern und nicht erschweren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Thomas, es gibt eine Frage, und zwar von Herrn Striegel.

(Oliver Kirchner, AfD: Das wird einfach!)

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Kollege Thomas, ich habe eine Frage. Sie haben zu Recht auf das Thema Innovationsnotwendigkeit verwiesen, darauf, dass die Wirtschaft

tatsächlich innovationsfreundliche Bedingungen braucht. Ein Thema, das Innovationen in der Bundesrepublik Deutschland gerade hemmt, ist der Fachkräftemangel, jedenfalls gerade dann, wenn man zum Beispiel Herrn Keindorf oder vielen anderen glauben darf, die aus der Perspektive der Wirtschaft sprechen.

Meine Frage an Sie ist: Was tut die CDU auf der Bundes- und auf der Landesebene dafür, dass wir dem Fachkräftemangel begegnen können und Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt sinnvoll ermöglichen?

(Jens Kolze, CDU: Am besten aus der einheimischen Bevölkerung!)

Ulrich Thomas (CDU):

Kollege Striegel, wir diskutieren heute über die soziale Marktwirtschaft. Wenn ein Unternehmer weiß, dass für sein Produkt nicht genügend Fachkräfte auf dem Markt verfügbar sind, dann muss er innovativ sein und seine Arbeiten beispielsweise automatisieren. Was Sie als Mangel beklagen, ist ein Grund für eine Innovation.

Wenn Sie sich anschauen, welche Innovationen in den letzten Jahrzehnten auf den Weg gebracht worden sind, dann muss man deutlich sagen, dass diesbezüglich viel passiert ist.

Wenn wir aber in Betriebe schauen, in denen die Handarbeit noch Vorrang hat - ich rede jetzt nicht über einen Handwerksbetrieb -, dann müssen wir uns die Frage stellen, ob wir in dem Wettbewerb um Arbeitskräfte, im Wettbewerb um Akademiker oder aber auch im Wettbewerb um Fachkräfte, die von ihrer Hände Arbeit in Handwerksbetrieben leben, die richtige Balance in der Chancengleichheit gefunden haben.

Ihre Partei - das können Sie an vielen Dingen ablesen - favorisiert die Akademisierung. Wenn es nach Ihnen geht - das können Sie heute gern dementieren -, dann sollten alle Leute studieren. Wir alle wissen: Nicht alle können studieren,

(Zustimmung bei der CDU)

weil einfach ihre persönlichen Fähigkeiten dafür nicht ausreichend sind. Wir müssen wieder lernen, dass wir diesen Leuten sagen, nicht nur der Studierende hat eine gute Lebensperspektive, sondern auch die Fachkraft mit einem ordentlichen Bildungsabschluss, mit einem ordentlichen Berufsabschluss hat eine genauso gute Perspektive.

Wenn wir es schaffen, diese Balance wieder so herzustellen, dann haben wir, glaube ich, keinen Fachkräftemangel, sondern wir haben eine gerechtere Verteilung. Ich glaube, dann werden wir über andere Probleme nicht in dem Umfang reden müssen, wie wir das im Ergebnis dessen, was in

den letzten zehn bis 15 Jahren in diesem Land passiert ist, heute tun müssen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben eine Nachfrage, Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich habe eine Nachfrage. Der Kollege Thomas hat es verstanden, sich in einer ganzen Reihe von Sätzen um die Frage herumzudrücken, die ich ihm gestellt habe.

(Oliver Kirchner, AfD: Er hat klar geantwortet!)

Der Punkt, auf den ich hinauswill, hat nichts mit Akademisierung oder Nichtakademisierung zu tun. Ich höre allenthalben von den Kammern - - Ich kann das nachvollziehen, weil ich das auch in den Gesprächen höre, die ich mit kleinen und großen Unternehmen führe. Es gibt eine Sache, die uns immer wieder gesagt wird: Uns fehlen nicht nur Akademiker, sondern uns fehlen in den Unternehmen inzwischen tatsächlich auch Menschen, die einfache Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten leisten.

Meine Frage an Sie war - dabei geht es zunächst nicht um Innovationen -: Welche Mechanismen schlagen Sie als CDU auf Bundes- und auf Landesebene vor, damit wir mehr Zuwanderung in den Arbeitsmarkt bekommen, die für unsere Unternehmen im Land überlebenswichtig ist?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Thomas, das war eine Nachfrage. Wir versuchen, die Antwort zeitlich ein wenig einzugrenzen. Ich kann das Anliegen schon verstehen. Darüber könnte man jetzt einen zwanzigminütigen Vortrag halten. Ich will Sie auch nicht frühzeitig abwürgen, aber ich bitte darum, dass wir den Zweiminutenrhythmus bei Antwort und Frage einhalten. Kollege Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Kollege Striegel, natürlich wären wir für ein qualifiziertes Zuwanderungsgesetz. Das steht außer Frage und das ist auch in Planung. Ich weiß nicht, mit welchen Leuten Sie so reden. Zum Schluss fordern Sie schon wieder einen staatlichen Eingriff in die Marktwirtschaft.

Der Unternehmer, der Arbeitskräfte braucht, geht nach Spanien, geht ins europäische Ausland und versucht, dort zu werben. Ob das alles funktioniert, ist immer eine persönliche Entscheidung. Aber ganz konkret brauchen wir ein qualifiziertes Zuwanderungsgesetz, damit die Leute, bevor sie zu uns kommen, also bereits in ihrer Heimat wissen, dass sie hier einen sicheren Arbeitsplatz und

einen Wohnplatz haben. Umgekehrt ist es schwierig: Hoppla, wir sind da, macht mal etwas mit uns. Das funktioniert nicht. Wir müssen das vorher regeln. Es gibt Gesetzesinitiativen, die Sie sicherlich auch kennen, wenn Sie sich mit den Unternehmen unterhalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herzlichen Dank. - Nun spricht Herr Raue. Bitte, Herr Raue, immer daran denken, stellen Sie Ihre Frage an den Redner und nicht an den vorhergehenden Redner.

Alexander Raue (AfD):

Na klar. - Herr Thomas, können Sie mir vielleicht bestätigen, dass aus heutiger Sicht, wenn wir nach Asien schauen, nicht nur China, sondern insbesondere auch Japan und Korea, die beide wie Deutschland unter dem Geburtenknick, unter der demografischen Entwicklung leiden, die im Prinzip auch dort zu Fachkräftemangel geführt hat, dass sich genau diese beiden Länder, die aber über kaum Zuwanderung verfügen und ausländischen Fachkräften kaum die Möglichkeit geben, sich dort zu verwurzeln oder dort tätig zu werden, eben unter dem Druck, trotzdem eine hohe Produktivität sicherzustellen - nur diese sichert den Absatz der Produkte über Preis und Leistung -, bei geringem eigenen Fachkräftenachwuchs, starken Investitionen in Robotik, in Automatisierung der Wirtschaft, teilweise in künstliche Intelligenz, starken Entwicklungsleistung, hohen Ausgaben für Forschung und Technologie eben auch so gut entwickeln konnten, wie sie sich eben entwickelt haben, ohne auf eine so starke Zuwanderung, die bei uns auch noch falsch gesteuert ist, zurückgreifen zu müssen?

Ulrich Thomas (CDU):

Herr Raue, das kann ich Ihnen ausdrücklich nicht bestätigen. Wenn Sie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Ländern anschauen, von denen Sie gerade gesprochen haben, und sie mit dem Lebensstandard in Deutschland vergleichen, dann werden Sie einen großen Unterschied feststellen.

Was ich Ihnen aber bestätigen kann: Wir Deutschen waren noch nie Weltmeister darin, etwas zu produzieren, weil unsere Produktionskosten zu hoch sind. Genau das war ein Grund für viele Innovationen. Wir haben die besseren Produkte und deswegen werden sie gekauft.

Bevor wir anfangen, solche Vergleiche anzustellen, schauen Sie auf den individuellen Lebensstandard. Ich glaube, die Menschen dort würden gern all das haben, was wir in Deutschland jeden

Tag genießen dürfen, und das gilt es zu verteidigen oder fortzuentwickeln.

Zur Wahrheit gehört, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen dort wesentlich schlechter sind als bei uns. Das fängt bei den Löhnen an und geht über die arbeitsfreien Tage bis zu Urlaubsregelungen und Krankensystemen. Das ist weltweit einzigartig und dafür werden wir zu Recht vom Rest der Welt bewundert. Das ist gut so und dies gilt es zu verteidigen. Ich habe versucht, das in meiner Rede deutlich zu machen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt hat sich Herr Rausch gemeldet.

Daniel Rausch (AfD):

Herr Thomas, wie stehen Sie zu der Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten Böhmer? Er hat gesagt: Solange die Leute in Sachsen-Anhalt nicht ordentlich bezahlt werden, muss mir niemand etwas vom Fachkräftemangel erzählen.

Ulrich Thomas (CDU):

Dazu kann ich Ihnen sagen, Herr Rausch, dass die Äußerung schon etwas länger her ist.

Wenn man sich die Lohnentwicklung der letzten Jahre ansieht, dann wissen wir, dass wir in Sachsen-Anhalt gerade auch im Lohnsektor eine phänomenale Entwicklung genommen haben. Viele Unternehmen wissen momentan ganz genau, dass sie keine Arbeitskräfte mehr bekommen, wenn sie nicht ordentlich bezahlen. Diese Entwicklung wird so weiterlaufen. Ich habe an dieser Stelle im Prinzip keine Sorgen, sondern ich glaube, es wird sich eher wieder lohnen, nach Sachsen-Anhalt zurückzukommen, weil die Löhne hier weiter steigen werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist auch ein Erfolg der Wirtschaft hier in Sachsen-Anhalt; verbunden mit einer klugen Landespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Vielen Dank, Herr Thomas. Damit sind wir durch. - Herr Lange steht schon bereit. Er ist der nächste Debattenredner, und zwar für die Fraktion DIE LINKE. Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als gestern die Rede von einer fragwürdigen Klimapolitik war, konnte ich kaum glauben, dass diesen AfD-Sprecher der Kollege Zimmer von der CDU an den Tag legte.

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

Dass die Notwendigkeit des Umbaus der Wirtschaft infrage gestellt wird, hat natürlich die Ursache darin, dass manche so weitermachen wollen wie bisher. Ressourcenverschwendung, Luftverschmutzung, Kriege um Rohstoffe und die globale Verteilung von Armut und Reichtum, all das wird von rechtskonservativer Seite nicht kritisch hinterfragt - im Gegenteil: ihre Politik forciert genau diese Prozesse.

Als Argumentationsgrundlage nutzen Sie eine eiskalte Lüge, nämlich die, dass der Klimawandel nicht durch den Menschen verursacht wird.

(Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Das ist unwissenschaftlich und folgt nur einer Ideologie, nämlich Geld zu machen, koste es, was es wolle.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Ich halte es leider für notwendig, Ihnen erneut den Zusammenhang zwischen CO₂ und Erdtemperatur darzustellen, nicht weil ich hoffe, dass bei Ihnen von der AfD der Groschen fällt, sondern weil ich einfach die Kollegen von der CDU nicht aufgeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass CO₂ ein Treibhausgas ist, das trotz einer geringen Menge in der Luft hoch aktiv wirkt, habe ich schon in der Schule gelernt. Wir können froh sein, dass das so ist, weil wir sonst auf einem Eisball leben würden oder wir einfach gar nicht leben würden, weil es kein Leben auf der Erde gäbe. Das ist schon einmal so. Wir brauchen diesen Treibhauseffekt; denn sonst wird es kalt auf der Erde.

Derzeit besteht unsere Luft zu ca. 20,95 % aus Sauerstoff und zu 0,4 % aus CO₂. Vor 360 Millionen Jahren im Karbon war der CO₂-Gehalt anfangs doppelt so hoch. In dieser Zeit gab es ein üppiges Wachstum von Flora und Fauna und der Luft wurde CO₂ entzogen, nämlich dadurch, dass pflanzliche Reste nicht einfach abgebaut wurden und wieder zu CO₂ wurden, sondern sie wurden luftdicht eingelagert und es fand ein Inkohlungsprozess statt. Das CO₂ blieb also im Pflanzenmaterial gespeichert und es entstand? - Steinkohle.

(Alexander Raue; AfD: Braunkohle!)

- Steinkohle - Karbon!

(Hendrik Lange, DIE LINKE, stöhnt - Heiterkeit bei der LINKEN und bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Am Ende dieses Prozesses hatte die Erde nur noch 0,01 % CO₂ in der Luft. Es drohte, eine Schneeballerde gebildet zu werden. Das sind

neuere Erkenntnisse. Es wurde also viel CO₂ gespeichert.

Wir springen lockere 240 Millionen Jahre weiter ins Tertiär, also vor 65 Millionen Jahren. Kurz nachdem die Dinos ausgestorben sind, wird es warm, weil die CO₂-Konzentration stark ansteigt. Es bilden sich wieder Kohlelager - diesmal die Braunkohle. Das Einlagern von CO₂ lässt die Temperatur auf das heutige Niveau sinken.

Das war ein bisschen grob dargestellt, stimmt aber wissenschaftlich.

In den letzten 200 Jahren setzen wir Menschen nun das eingelagerte CO₂ sprunghaft frei und die Konzentration in der Atmosphäre erhöht sich dramatisch. Dadurch wird weniger Sonnenenergie ins All abgestrahlt und die Erde erwärmt sich, Polkappen schmelzen ab, der Meeresspiegel steigt, Extremwetter treten auf, Menschen verlieren die Existenzgrundlagen, woraus Flucht- und Migrationsbewegungen entstehen. All das sind Folgen unseres Handelns. Glauben Sie das von mir aus nicht mir, aber doch bitte der Wissenschaft, deren Erkenntnisse ich nur wiedergebe.

Wenn wir nachfolgenden Generationen - diejenigen, die das erleben werden, haben übrigens vorhin auf der Tribüne gesessen; sie sind also alle schon geboren - noch eine einigermaßen intakte Erde hinterlassen möchten, dann haben wir keine andere Chance, dann müssen wir umsteigen, weil uns sonst nämlich der Planet krachen geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens zeigt der Brief von Larry Fink, wie ernst die Lage ist. Der Chef von Blackrock zeigt die Kapitalumschichtung ja nicht an, weil Blackrock eine Vorfeldorganisation für den Ökosozialismus ist, sondern es sind knallharte Kapitalisten. Fink betont, dass er den Kapitalismus erhalten und stärken möchte.

Warum ich als Sozialist ihn trotzdem gern zitiere, liegt einfach daran, dass den Kapitalisten der Hintern auf Grundeis geht und deswegen ein solcher Brief geschrieben wird, der Handeln dringend einfordert. Selbst Fink fordert eine staatliche Lenkung der Prozesse ein.

In Bezug auf die Berichte von Blackrock, die er von den Unternehmen abfordert, habe ich mich schon darüber gewundert, dass der Kollege Thomas keine Entbürokratisierung gefordert hat; aber das nur nebenbei, meine Damen und Herren.

Nun ist die Frage, wie wir das machen wollen und was zu tun ist. Dass wir rationeller und ressourcenschonender wirtschaften müssen, ist klar. Aber ist das denn tatsächlich staatliche Lenkung und auch Planwirtschaft? Oder ist das gleichzu-

setzen, dass staatliche Lenkung Planwirtschaft ist? - Ich glaube, nicht.

Jedoch müssen wir planvoll vorgehen. Dass das seit Jahren in der Energieversorgung geschieht, das ist doch eine Binsenweisheit. Wir machen doch nicht Energieversorgung, ohne dass es an der Stelle eine gewisse Lenkung gibt.

Wo planloses, markgetriebenes Handeln nicht funktioniert, das hat uns der Breitbandausbau in Deutschland gezeigt. Da funktioniert es nicht. Die LINKE bleibt dabei: Öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur müssen öffentlich bleiben. Nur so kann der Staat die Daseinsvorsorge garantieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens, AfD, Sie machen sich doch mit dieser Debatte unmöglich und brauchen doch bei den aktuellen Krankenhausprotesten gar nicht mehr anzutreten. Wenn Sie vor Ort die Verstaatlichung fordern und hier sinnlos Ängste vor dem Staat schüren, meine Damen und Herren, dann brauchen Sie bei den Protestierenden nicht mehr dabei sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Gestern haben wir erlebt, dass auch die CDU beim Kohleausstieg den ordnungspolitischen Kompass der Marktwirtschaft verliert. Wenn gefordert wird, dass erst neue Arbeitsplätze entstehen, bevor wir aus der Kohle aussteigen, frage ich mich, ob Sie der ordnenden Kraft des Marktes nicht vertrauen und planvoll Arbeitsplätze schaffen möchten. Ich bin gespannt.

(Zuruf von der AfD)

Meine Fraktion hat übrigens einen guten Vorschlag gemacht, nämlich dass der hier gewonnene Ökostrom nicht in den Südwesten geschickt wird, sondern sich Firmen hier ansiedeln, die diesen Ökostrom hier nutzen wie bei Leuna oder bei Tesla in Brandenburg.

(Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren! Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe rückt in den Mittelpunkt, da die weltweite Logistik und der dadurch entstehende CO₂-Ausstoß nicht so weitergehen können. Darum ist der Ausbau des Flughafens Halle-Leipzig völlig kurzsichtig und überflüssig. Wir brauchen das nicht. Wir werden in der Logistik umsteuern müssen.

Meine Damen und Herren! Egal ob aus purem kapitalistischem Interesse oder einem humanistischen Anspruch der Gesellschaftsgestaltung heraus, der Strukturwandel wird kommen. Dass die von der AfD glorifizierte Autoindustrie den Glanz dabei verliert, liegt an der Trägheit der Konzerne und am knallharten Betrug beim Diesel, nicht aber

an der notwendigen Dekarbonisierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Anspruch als LINKE ist, dass der Umbau und der Strukturwandel nicht nur ökologischen Kriterien folgt, er muss sozialen Ausgleich mit sich bringen, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung steigt. Es kann nicht sein, dass Menschen, die wenig haben, der permanente Verzicht gepredigt wird, die Reichen sich aber dieser Notwendigkeit entziehen. Darum braucht es kluge staatliche Lenkung sowie internationale Kooperation und Koordination. Ich bin deswegen froh, dass wir die Europäische Union haben.

Wenn wir nicht wollen, dass unser Planet krachen geht, dann müssen wir handeln, und zwar jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie sind ein freier Abgeordneter und können dann entscheiden. Aber ich würde schon mal sagen, bleiben Sie vorn. Ich habe Fragen von Herrn Büttner, von Herrn Scheurell, von Frau Frederking und von Herrn Farle. - Okay. Dann fangen wir an, als Erster Herr Büttner. Bitte, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich muss sagen: Äußerst interessant, Ihre Rede. Ich dachte eigentlich immer, dass das Leben auf der Erde möglich ist, weil die Erde genau den richtigen Abstand zur Sonne hat, um Leben möglich zu machen. Ihre Ausführungen haben mich was Neues gelehrt.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Unruhe)

Aber jetzt mal eine Frage an Sie, was ich mich wirklich jedes Mal frage, wenn ich im Parkhaus bin und rein oder raus fahre. Ich sehe immer Ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende mit einem riesigen SUV, einem Range Rover.

Ich frage mich jetzt: Ist das die Doppelmoral, die in Ihrer Fraktion vorherrscht, dass Sie sich hier hinstellen und das alles ankreiden, in Wahrheit aber ganz anders handeln? Oder hat Frau von Angern einfach mehr Klimazertifikate gekauft? Das würde mich jetzt mal interessieren.

(Beifall bei der AfD)

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, ich gehöre nicht zu den Leuten, die anderen Leuten vorschreiben, welche Autos sie zu fahren haben. Das ist nicht mein Ding. Und ob die Frau von Angern Zertifikate hat, weiß ich nicht; fragen Sie

sie. Ich glaube aber, dass die Frage an sich schon mal Quatsch ist.

Und zum Leben auf der Erde und dem Sonnenabstand kann ich Ihnen sagen: Dass sich Leben auf der Erde gebildet hat, hat ganz viele Komponenten, unter anderem den Sonnenabstand. Unter anderem übrigens auch den Zufall, dass sich gerade mal die richtigen Proteine gefunden und zusammengewirkt haben.

Und wenn ich Ihnen mal noch was sagen darf: Wissen Sie denn, was die erste Urkatastrophe für das Leben auf der Erde war? Kennen Sie das? Die erste Urkatastrophe für das Leben auf der Erde war, dass sich das Methan reduziert hat, dass das Sonnenlicht aufgrund der stärker werdenden Sonne stärker eingefallen ist und dass sich dadurch Organismen gebildet haben, die Fotosynthese betrieben haben. Diese Organismen, die Fotosynthese betrieben haben, haben die Welt so gestaltet, dass CO₂ eingelagert wurde und sich Sauerstoff gebildet hat.

Sauerstoff war nämlich damals das Spurenelement und war Gift für all die anderen vielen Organismen, die damals gelebt haben. Das war vor zweieinhalb Milliarden Jahren. Das können Sie nicht wissen. Da waren wir alle nicht mit dabei. Aber es gibt dafür Beweise.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich möchte Ihnen nur sagen:

(Zurufe von der AfD)

- Ja, vielleicht sehe ich so aus, aber ich glaube es nicht. - Fakt ist jedenfalls, dass dieses ganze Gequatsche von Herrn Farle von wegen, dass wir dieses CO₂ - das ist ja so gesund, denn das schafft ja erst dieses Leben auf der Erde - für einen gewissen Treibhauseffekt brauchen, zunächst einmal richtig ist. Aber wenn wir es überziehen und wenn wir zu viel CO₂ in der Atmosphäre haben, dann gefährdet das auch nicht das Leben auf der Erde. Aber ich sage Ihnen, wen es gefährdet, nämlich die Menschheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist das Problem. Wenn Sie das nicht wollen, wenn Sie zukünftigen Generationen nicht zumuten wollen, was die Konsequenzen aus diesen Umweltveränderungen sind, dann müssen auch Sie handeln. Aber Sie wollen das nicht, weil Sie einfach nur kurzfristig Knete machen wollen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Dann würden wir fortfahren. Ich sage jetzt mal: Die Rednerliste ist inzwischen länger geworden. Lange Rede - kurzer Sinn: Ich weiß, das Thema ist so angelegt. Aber wir sollten versuchen, uns ein bisschen zu konzentrieren. Vor-

lesungen sind sicherlich interessant, aber Sie sprengen ein Stück weit unseren Zeitplan heute. - Herr Scheurell, Sie sind der Nächste. Bitte.

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrter Herr Lange, ich komme Ihnen jetzt nicht mit der Schöpfungsgeschichte und Haydn, der sie wunderbar vertont hat.

(Zustimmung bei der CDU - Unruhe)

Das war für mich so die ideale Vorstellung in meiner kindlichen Entwicklung damals.

Aber: Wenn Sie doch mit Zahlen um sich werfen, müssen diese auch stimmen. Sie sprachen von „0,4“.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Nein, 0,04!)

- Sie haben „0,4“ gesagt. Und 0,04 sind es. Ich glaube Ihnen, dass Sie es wissen, aber Sie haben es falsch gesagt.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Okay.

Frank Scheurell (CDU):

Das war mein Petitem. Und, sehr geehrter Herr Lange, ich weiß auch, dass wir mal 0,6 % CO₂ hatten. Zu dieser Zeit lebten die Menschen nicht auf der Erde und die Polkappen waren grüne Urwälder. Von daher: Leben gab es zu dieser Zeit auch.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Das sage ich ja.

(Unruhe)

Das ist doch genau das, was ich gesagt habe. Ich danke Ihnen für die Korrektur. Falls ich mich da tatsächlich versprochen habe, werde ich es auf jeden Fall auch im Protokoll korrigieren. Im Skript steht es richtig.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann können wir schon zur nächsten Frage kommen. Die kommt von Frau Frederking. - Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Lange, in Ihrer Rede haben Sie in Bezug auf den Klimawandel beklagt, dass keine kritische Hinterfragung des menschlichen Handelns erfolgt. Als Ursache für hohe CO₂-Emissionen nennen Sie die Motivation - ich zitiere -: „Geld machen, koste es, was es wolle.“ - Sie nennen also das kapitalistische Interesse als Ursache für den Klimawandel.

Meine Frage an Sie: Stimmen Sie mit mir darin überein, dass es mehr Ursachen für hohe CO₂-Emissionen gibt, auch persönlich motivierte Ursachen wie Spaßhaben, Urlaubmachen, Bequemlichkeit? Und stimmen Sie mit mir überein, dass neben der Wirtschaft auch die Menschen ihr privates Handeln hinterfragen müssen?

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Frau Frederking, diese Einlassung, die ich gemacht habe, bezog sich auf das, was gestern hier gesagt wurde, und auf das, worauf die AfD abhebt, nämlich die Frage: Können wir einfach so weitermachen - das ist ja deren Aussage, das mit diesem CO₂ hat sowieso nichts mit uns zu tun - oder können wir das nicht? Darauf hat sich das bezogen. Die Motivation auf rechtskonservativer Seite ist im Prinzip ein Beschützen der althergebrachten Produktionsform. Das halte ich schon für ein großes Problem.

Dass es vieldimensional ist und dass auch jeder Einzelne seinen Beitrag leisten muss, ist völlig klar. Aber ich glaube, dass wir dafür erstens eine vernünftige staatliche Steuerung brauchen. Zweitens halte ich es wirklich für fatal, wenn wir uns allein auf Mechanismen wie CO₂-Bepreisung oder solche Dinge beschränken und dabei denjenigen, die viel Geld haben, die Möglichkeit geben, einfach so weiterzumachen wie bisher,

(Beifall bei der LINKEN)

und diejenigen, die wenig Geld haben, fallen hinten runter. So kann es auch nicht gehen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann kommen wir zur nächsten Frage. Die kommt jetzt von Herrn Farle.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur einige Zahlen. Der CO₂-Anteil in der Luft - das sagte schon der Kollege - ist 0,038 %. Davon sind 3 % CO₂-Emissionen menschengemacht, also 3 % menschengemacht. Deutschland beeinflusst den CO₂-Anteil in der Atmosphäre mit 0,00025764 %. Selbst wenn wir unsere menschengemachten CO₂-Emissionen auf null herunterfahren, beeinflussen wir als Deutsche unter Verwendung der offiziellen Formel des IPCC die zukünftige Welttemperatur um 0,000653 °C. Und diese Energiewende, die man noch nicht mal messen kann,

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Es sollen doch alle mitmachen! - Unruhe)

- es macht ja keiner -

(Unruhe)

diese Energiewende, die wir in Deutschland bewirken wollen -

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

denn Sie wollen ja in Deutschland die Welt retten; das ist ja Ihr Ziel -,

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

die kostet nach Schätzungen von vier Wissenschaftsorganisationen etwa 4,6 Billionen €. Das ist der gesamte Wohlstand, den sich unser Land in den letzten Jahrzehnten aufgebaut hat. Wollen Sie das, Herr Lange? Das ist meine Frage an Sie. Wollen Sie das für 0,000653 °C weniger Erderwärmung? Wollen Sie dafür unseren Wohlstand aufgeben?

Zweite Frage.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nein, stopp, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Gut.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben schon für die erste zwei Minuten gebraucht. Damit sind wir am Ende dieser Frage angelangt und Herr Lange kann reagieren.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Also, Herr Farle, Sie können hier gern mit sehr kleinen Zahlen jonglieren, Sie kommen aber nicht um die Erkenntnis herum, dass die Menschheit insgesamt genau die große Menge CO₂ ausstößt, die uns zukünftig klimatische Probleme macht. Und wenn Sie

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- nun lassen Sie mich ausreden, Herr Kirchner - sich jetzt mal umgucken, was in der Welt passiert - gucken Sie mal nach China -, dann sehen Sie, die sind für ein Land, das gerade sozusagen den Aufschwung durchgemacht hat, in einer wahnsinnigen Geschwindigkeit dabei, genau diese CO₂-Emissionen nach unten zu fahren.

(Robert Farle, AfD: Nö, nö!)

- Doch, Herr Farle!

(Widerspruch bei der AfD)

- Doch! - Und wenn Sie einmal zugehört haben, was ich gesagt habe, dann stellen sie fest, ich habe nicht gesagt, dass Deutschland das allein stemmen kann oder die Welt retten kann. Das ist schon eine Menschheitsaufgabe. Deswegen habe ich von internationaler Kooperation und Koordination gesprochen. Aber Sie als Nationalisten haben

ja dazu überhaupt gar keine Lust. Deswegen wollen Sie einfach so weitermachen wie bisher. Das werfe ich Ihnen vor; das ist verwerflich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt kommt Herr Thomas noch an die Reihe. Immer daran denken: Wer eine Frage stellt, sollte zumindest theoretisch die Erwartung haben, dass er eine Antwort bekommen möchte. Die kann er nur bekommen, wenn er zuhört und dann nicht selbst redet. - Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte das Hohe Haus darum bitten, wieder auf den Kern der Debatte zurückzukommen.

(Oliver Kirchner, AfD: Sehr gerne!)

Denn wir diskutieren ja, welches Wirtschaftssystem in den kommenden Jahren hier Anwendung finden soll, ob wir bei der sozialen Marktwirtschaft bleiben, ob wir sie bessermachen wollen oder ob wir fundamental wieder in die sozialistische Planwirtschaft einsteigen wollen.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Huch!

Ulrich Thomas (CDU):

Herr Lange, ich staune darüber, dass Sie für Ihre Fraktion sprechen. Ich hatte eigentlich erwartet, dass der geschätzte Herr Höppner als Wirtschaftspolitiker zu uns spricht. Nun haben Sie das mehr oder minder als Umweltpolitiker gemacht und haben die Sache aus Ihrem Blickwinkel beleuchtet.

Das kann man so machen, aber ich will Sie noch einmal fragen - das kann man mit einem Ja oder mit einem Nein beantworten -, weil Sie für Ihre Fraktion sprechen: Für welche Wirtschaftsform steht denn Ihre Fraktion: für die soziale Marktwirtschaft oder, wenn Sie es dann in den Händen hätten, für eine sozialistische Planwirtschaft? Sie sprechen ja immer von mehr Staat und von lenkender Wirkung des Staats. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir diese Frage kurz beantworten können. - Vielen Dank.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Erst einmal, Herr Thomas, hat meine Partei natürlich von Anfang an einen sozialistischen Ursprung, genau wie übrigens auch die SPD.

(Matthias Büttner, AfD: SED heißen die!)

- Halten Sie - - Wissen Sie was, Sie - - Nein, da drüben diese Truppe.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Sie wissen, dass meine Partei früher die Partei des Demokratischen Sozialismus hieß.

(Robert Farle, AfD: Ja!)

Das beinhaltet für mich vor allem, dass wir es nie wieder so machen werden, dass wir von oben herab bestimmen werden, wie das zu laufen hat, sondern mit den Menschen gemeinsam, also demokratisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass wir auf staatliche Lenkung setzen und dass wir das für vernünftig halten, dürfte Ihnen ja nicht entgangen sein. Dass das beim Breitbandausbau nicht funktioniert - das habe ich Ihnen vorhin gesagt; das liegt Ihnen ja am Herzen, aber es funktioniert marktgetrieben überhaupt nicht -, ist auch klar.

Deswegen habe ich vorhin gesagt: Für meine Partei ist ganz klar, dass die Dinge, die zur Daseinsvorsorge zählen, in staatliche Hand gehören. Da stellt sich für mich auch überhaupt nicht die Frage, ob wir Sozialismus oder Marktwirtschaft haben. Das schließt sich auch gar nicht aus. Ich glaube, dass ein Sozialismus auch mit Marktmechanismen funktionieren kann.

(Matthias Büttner, AfD: Ach so!)

Warum soll denn der Sozialismus Privateigentum automatisch negieren? Der Sozialismusversuch, an dem meine Partei beteiligt war, hat irgendwann nicht mehr funktioniert. Von daher halte ich es schon für richtig,

(Zuruf von der AfD: Kuba! - Hagen Kohl, AfD: Nordkorea!)

- Sie quatschen ein Zeug da drüben, das ist unfassbar - dass wir uns darüber unterhalten: Wie bekommen wir es denn hin, ein ressourcenschonenderes und rationelleres Wirtschaftssystem aufzubauen, ohne dass wir automatisch sagen, dass das Planwirtschaft ist? Vielmehr müssen wir einfach einmal gucken: Wo liegen denn eigentlich die Bedürfnisse der Menschheit und wie kriegen wir das gesellschaftspolitisch organisiert und befriedigt? Darüber würde ich mit Ihnen gerne einmal diskutieren.

Ich glaube, dass das, was wir jetzt haben, nämlich dass der Staat immer weiter zurückgedrängt wird, dass der Staat immer weiter seine Regelungsmechanismen aufgeben soll, der falsche Weg ist. Wir brauchen, um tatsächlich zu einem vernünftigen Wirtschaften in der Welt zu kommen, mehr staatliche Steuerung. Aber nicht, indem wir Privateigentum verbieten, sondern indem wir die Anreize richtig setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Thomas, Sie haben noch eine kurze Nachfrage, die sich bestimmt auch kurz beantworten lässt, ja?

Ulrich Thomas (CDU):

Die Länge der Antwort liegt ja nicht in meinem Ermessen. Ich bitte um Verständnis, Herr Präsident. Aber vielen Dank.

Ich verstehe Sie jetzt so in Bezug auf meine Ja-oder-Nein-Frage, Kollege Lange: soziale Marktwirtschaft nein, soziale Planwirtschaft eigentlich auch nicht mehr. Das, was Ihnen vorschwebt, gibt es noch gar nicht,

(Heiterkeit bei der AfD)

aber das soll uns Erfolg und Wohlstand bringen. Das war nur eine Verständnisfrage.

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

Das nehme ich so zur Kenntnis. Wir können über viele Sachen reden.

Ich habe Sie übrigens nicht nach Ihrer persönlichen Meinung gefragt, sondern nach der Meinung Ihrer Fraktion. Aber ich stelle für mich fest: Ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft habe ich nicht vernommen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich danke Ihnen für diese Klarstellung. - Vielen Dank.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Thomas, Sie werden von mir niemals ein Bekenntnis zum Kapitalismus bekommen.

(Beifall bei der LINKEN - Dorothea Frederking, GRÜNE: Oh! - Robert Farle, AfD: Jetzt wird das klar!)

Aber dass wir im Moment mit der sozialen Marktwirtschaft die Folgen des Kapitalismus - wir leben in einem kapitalistischen System - noch einigermaßen abfedern, finde ich erst einmal durchaus gut. Ich möchte, dass wir das zukünftig noch besser machen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich stelle fest, dass es keine weiteren Nachfragen mehr gibt.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Oh, schade.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende dieses Debattenbeitrags.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir kommen zum nächsten Debattenbeitrag, nämlich zu dem von Herrn Meister, der jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort hat. - Bitte sehr.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Debattenbeitrag der AfD hat in der Kategorie „Ideologisches Geschwurbel“ - das muss man anerkennen - neue Maßstäbe gesetzt. Aber gut, stürzen wir uns in die Debatte.

Stehen wir wirklich, wie von der AfD verkündet, vor einer epochalen Auseinandersetzung zwischen Marktwirtschaft und ökosozialistischer Planwirtschaft? Baut sich ein planwirtschaftliches Monster auf, das dazu ansetzt, die Marktwirtschaft vom Antlitz der Erde zu tilgen? Wird es nur Herrn Farle zu verdanken sein, wenn diesem Monster das Handwerk gelegt werden würde? - Ich meine, nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem Punkt ist schon ein bisschen Realsatire enthalten. - Herr Farle, ich habe mich schon für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und auch für marktwirtschaftliche Konzepte eingesetzt, als Sie mit der DKP im Westen noch die Planwirtschaft aufbauen wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das gehört dann vielleicht auch ein bisschen zur Geschichte dazu. Das regt ein bisschen meinen Realsatire-Detektor an.

Die Planwirtschaft hat in der Geschichte unseres Landes eindrucksvoll bewiesen, dass sie als Organisationsform der Wirtschaft eines Landes völlig ungeeignet ist. Die Idee, man könnte durch Vermeidung von privaten Gewinnen, Konkurrenzen und den ganzen Begleiterscheinungen marktwirtschaftlicher Betätigungen, wie zum Beispiel auch Insolvenzen, zu einer besseren Wirtschaft, zu mehr Wohlstand kommen - das war die ursprüngliche Idee Ende der 40er-Jahre -, ist krachend gescheitert. Die Effizienzverluste gegenüber dem marktwirtschaftlichen System waren so dramatisch, dass ich mir eine Wiederholung des Experiments nur schwer vorstellen kann.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Bevor wir nun aber Hosianna singend die Marktwirtschaft umjubeln, müssen wir auch ihre Grenzen verstehen. Marktwirtschaft ist letztlich ein sehr effizienter Wirkmechanismus in der Gesellschaft.

Sie hat aber für sich allein zunächst noch keine moralischen Werte, noch keine Ethik, die dahintersteht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Wenn Sie die reine unregulierte Marktwirtschaft einfach mal so, zum Beispiel im Gesundheitssystem, rauschen ließen, bekäme am Ende der das Organ, der dafür am meisten zahlen kann, und nicht etwa derjenige, der es am dringendsten braucht. Das mag finanziell effizient sein, ethisch ist es nicht.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Man kann solche Beispiele in den verschiedensten Bereichen in der Daseinsvorsorge tatsächlich sehen.

Um Ethik und Werte zur Geltung zu bringen, braucht es eine Rahmensetzung durch die Politik. Soziale Marktwirtschaft ist eine solche Rahmensetzung. Über Art und Umfang des Rahmens kann man natürlich heftig streiten, ohne Rahmen kommt man aber nicht aus. Es ist genau diese notwendige Rahmensetzung, die Sie von der AfD nun unsinnigerweise als die böse Planwirtschaft ausgemacht haben.

Es kommt noch ein Aspekt hinzu: Marktwirtschaft ist effizient, aber nur bezüglich der Elemente, die sich monetär in der Kalkulation abbilden. Ich mache das an einem Beispiel deutlich. Wenn zwei Unternehmen das gleiche Produkt herstellen und dabei - das kommt ja vor - giftiger Abfall entsteht, gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, damit umzugehen.

Man könnte sich aufwendig um Deponierung und Wiederverwertung kümmern oder im Vorfeld um die Abfallvermeidung. Oder - das macht dann vielleicht ein anderer - man kippt den Giftmüll auf die Wiese hinter das Werk. Wer würde sich in einem unregulierten Markt durchsetzen? - Natürlich derjenige, der das einfach hinter das Werk kippt, weil er billiger produziert und damit vermeintlich effizienter.

Nun ist Giftmüll auf Wiesen aber unerfreulich und irgendwie kein akzeptables Ergebnis. Wie kommt es trotzdem dazu, dass die Marktwirtschaft, wenn man nicht eingreifen würde, zu solchen Ergebnissen kommt?

(Zuruf von Guido Heuer, CDU)

Weil der Wert „saubere Wiese“ bzw. der Schaden einer verseuchten Umwelt in der Kalkulation keine Rolle spielt. Wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie den Rahmen ändern. In Bezug auf mein Giftmüllbeispiel müssten Sie das verbieten. Es gibt natürlich noch andere Möglichkeiten, die wir in

den vergangenen 100 Jahren entwickelt haben. Man kann Grenzwerte einrichten, es gibt Subventionierungen oder auch Besteuerungen. Man greift so regelnd ein.

Innerhalb des gesetzten, für alle Marktteilnehmer gleichermaßen geltenden Rahmens kommt die Marktwirtschaft weiter zu effizienten Ergebnissen, aber jetzt unter Einbeziehung des bisher fälschlicherweise unberücksichtigten Aspekts. Die Rahmensetzung ist nicht ökosozialistische Planwirtschaft, sie ist erst Voraussetzung für das ordentliche Funktionieren des Marktes.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Man kann in meinem Beispiel natürlich das Wort „Giftmüll“ schlichtweg durch „CO₂“ ersetzen und hat dieselbe Wirkung. Herr Lange ist schon unfähig auf die Frage eingegangen, wieso CO₂ klimaschädlich ist. Ich staune immer wieder, dass das vonseiten der AfD gänzlich negiert wird. Ich bin mir gar nicht sicher, ob das wirklich alle von Ihnen so sehen, wie das Herr Farle vorträgt.

(Oliver Kirchner, AfD: Alleinstellungsmerkmal übrigens!)

- Ja, das scheint ein Alleinstellungsmerkmal zu sein. - Mit niedrigen Werten zu argumentieren ist wirklich unsinnig. 0,04 % ist ein klitzekleiner Wert, das ist schon richtig, aber wenn Sie 0,04 % Strychnin im Blut haben, dann sind Sie tot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein ganz kleiner Wert, der aber eine erhebliche Wirkung hat.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

CO₂ braucht, um in diesem marktwirtschaftlichen System zu bleiben, einen Preis. Wir sind dann tatsächlich in der Lage, das über marktwirtschaftliche Mechanismen abzubilden, weil es eine schädliche Wirkung hat, die sich im Preis widerspiegeln muss. Wenn wir in die Vermeidung gehen wollen, ist eine Bepreisung sinnvoll.

Die Auseinandersetzung des Jahrzehnts oder sogar des Jahrhunderts - wenn Sie es denn so dramatisch mögen - verläuft nicht zwischen Plan- und Marktwirtschaft; sie verläuft zwischen denen, die erkannt haben, dass wir nachhaltig wirtschaften müssen, also so, dass wir unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht zerstören, und denen, die absurderweise eine Zerstörung dieser Grundlagen ganz okay finden. Soziale Marktwirtschaft und nachhaltige Wirtschaft sind kein Widerspruch, sie bedingen letztlich einander.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Es gibt noch einige weitere große Auseinandersetzungen, zum Beispiel im Bereich Soziales und

Teilhabe oder auch darüber, ob wir auf Rechtsstaat, Demokratie und internationale Zusammenarbeit - heute tritt Großbritannien aus der Europäischen Union aus - setzen oder lieber auf autoritäre Ansätze à la Putin, Erdoğan, Trump, Orbán oder eben auch der AfD.

Bleiben wir aber bei der Wirtschaftspolitik. Sie, meine Dame und Herren von der AfD, betreiben letztlich keine Wirtschaftspolitik. Sie sitzen einfach nun in Ihrer Grube, haben die Augen ganz fest geschlossen und wünschen sich mit aller Kraft, dass alles so bleibt wie 1960, die Energie, der Verkehr, die Hautfarben, die Rollen der Geschlechter usw. Das ist nicht sonderlich gut durchdacht.

Mit Blick auf die Geschichte kann man nämlich eines sicher sagen: Es ist noch nie so geblieben, wie es war. Ja, wir haben seit mehr als 100 Jahren Verbrennungsmotoren gebaut. Die Annahme, dass das einfach immer so weiterläuft, finde ich aber recht fernliegend. Wir brauchen eine Verkehrswende; diese ist bereits im Gang. Wir brauchen eine Energiewende; auch da sind wir schon mittendrin. Auch die Land- und Forstwirtschaft wird sich grundlegend ändern.

Die Digitalisierung wird kaum einen Stein auf dem anderen lassen. Die Globalisierung verändert den Planeten. Diese radikalen Veränderungen sind keine hinterhältigen Ideen irgendwelcher ökosozialistischer Planwirtschaftler, die sich das in verdächtigen links-grünen Kulturzentren ausdenken. Wieso sollten wir das überhaupt machen? Ich verstehe das gar nicht. Welche Motivation unterstellen Sie uns eigentlich?

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Es sind gesellschaftliche Realitäten und zum erheblichen Teil Notwendigkeiten. Ja, diese Entwicklungen sind auch beunruhigend, das haben solche Veränderungen an sich, wenn man guckt, wie sich die Welt entwickelt, und wenn man das Aufkommen des Rechtspopulismus betrachtet.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Den haben wir nicht nur in Sachsen-Anhalt - Sie sind ja insoweit kein Einzelfall -, wir haben ihn nicht nur in Deutschland, wir haben ihn weltweit.

(Robert Farle, AfD: In Amerika vor allem!)

Wir haben ihn in Europa, aber auch in Südamerika, wo man auch immer hingucken will. Es mag tatsächlich sein, dass diese Entwicklung, die wir dort sehen, eine Reaktion auf diese Veränderungen ist, die wir weltweit erleben, eine Reaktion auf diese Anforderungen an die Gesellschaften, die weltweit in gleicher Weise wirken.

Diese Veränderungen bieten aber vor allem auch Chancen. Gerade für ein Land wie unseres, das aus den bekannten Gründen mit den alten Industrien jetzt nicht so geküsst ist.

Die Ministerin hat vorhin einige Beispiele genannt, wo wir als Land in jüngerer Zeit Erfolge hatten, weil wir tatsächlich aufgrund dieses Strukturwandels, der stattfindet, dann auch Arbeitsplätze generieren müssen, um in der Wirtschaft nach vorne zu kommen.

Für uns muss gelten: Nicht Angst machen, nicht von Ökosozialisten schwurbeln, nicht Veränderungen mit aller Kraft bekämpfen, sondern den Rahmen so setzen, dass nachhaltige Wirtschaft möglich ist, die anstehenden Veränderungen gestalten und für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung nutzen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Meister, ich habe mir bereits den Wunsch nach drei Nachfragen notiert. Bevor wir aber dazu kommen, begrüßen wir ganz herzlich auf unserer Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Landsberg. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun geht es los. Als Erster spricht Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Meister, es ist natürlich immer wieder schön, Sie als Landespolitiker zur Marktwirtschaft reden zu hören und als Kommunalpolitiker zu ökosozialer Planwirtschaft. Denn es war ja Ihr Antrag, Herr Meister, im Stadtrat von Magdeburg, für einen Radweg einfach mal so einen Eigenheimbesitzer zu enteignen, übrigens gegen die Stimmen der CDU, der AfD, der FPD und einiger SPD-ler.

Es hat für mich schon etwas von ökosozialistischer Planwirtschaft, wenn man einen Menschen enteignet, nur weil man einen Radweg bauen will. Das ist für mich auch eine Art der Enteignungswirtschaft und das ist das, wofür Ihre grüne Partei steht und eben nicht für eine soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Für Braunkohle darf man das! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Mir ist neu, dass ein Chamäleon nur grün ist; in Ihrem Fall ist es auch tiefrot oder, wie man auch sagen könnte, regenbogenfarben.

Denn für einen Radweg einen Eigenheimbesitzer zu enteignen und von seinem langjährigen - -

(Zurufe von der CDU - Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber für die A 14 darf man das?)

- Für einen Radweg, nicht für eine Straße, für einen Radweg.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Für Braunkohle ist es okay?)

Das hat schon etwas Besonderes und das finde ich tief verwerflich. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können reagieren.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja, das würde ich gern. - Würden Sie die Frage genauso stellen, wenn es um eine Autobahn oder um eine Straße ginge?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich verstehe den Unterschied nicht, den Sie an der Art und Weise festmachen, wie sich die Leute fortbewegen. Wenn jemand mit dem Fahrrad fährt, dann ist das verwerflich. Wenn er hinter dem Steuer sitzt und einfach nur fährt, ist es nicht verwerflich. Das ist für mich schwer nachzuvollziehen.

Was Sie jetzt anbringen, ist grober Unfug, weil natürlich keine Enteignung beschlossen worden ist. Sie wissen, dass die Kommunen das Planungsrecht haben. Das ist festgelegt in den Gesetzmäßigkeiten, die wir auf den verschiedenen Ebenen beschlossen haben. Die Stadt Magdeburg hat eben zwei Enden einer Straße und sagt, diese hätte sie ganz gern verbunden, und legt dann planungsrechtlich fest, dass man sie künftig durch einen Fuß- und Radweg verbinden möchte.

Ob es am Ende funktioniert, wenn man die Strecke durch den Garten eines Eigenheimbesitzers führen würde, ist eine ganz andere Frage. Eine Enteignung ist also nicht beschlossen worden, sondern es besteht lediglich der Wunsch der Stadt, die Verbindung zu schließen. Das ist nicht so ganz fernliegend.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann kommen wir zur nächsten Frage. Die kommt von Herrn Farle.

Robert Farle (AfD):

Es habe keine Frage, sondern eine Intervention.

Ich zitiere Herrn Prof. Nir Shaviv; er ist Professor für Physik und kommt aus Jerusalem:

„In der Erdgeschichte gab es Zeiten mit dreimal, ja sogar zehnmal so viel CO₂ wie heute.“

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Da haben aber keine Menschen gelebt! - Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

- Sind Sie eigentlich in der Lage, einmal Ihren Mund zu halten?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp! Lassen Sie den Abg. Herrn Farle bitte seine Frage stellen.

Robert Farle (AfD):

Ich beginne noch einmal mit dem Zitat. Das kann aber nicht auf Kosten meiner Redezeit gehen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Na, ich gucke mal.

Robert Farle (AfD):

„In der Erdgeschichte gab es Zeiten mit dreimal, ja sogar zehnmal so viel CO₂ wie heute. Wenn CO₂ aber einen so großen Einfluss auf das Klima hat, dann hätte sich die Erde auch damals massiv erwärmen müssen.“

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Hat sie auch!)

- Nein, das hat sie nicht. Die Erde hat sich nicht - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Natürlich!)

Wissen Sie, wann die Erdtemperaturen nach oben gegangen sind? - Ach, Sie sind doch nicht zu belehren. Sie nehmen nicht einmal mehr Fakten wahr.

(Ach! bei der LINKEN - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Prof. Timothy Ball, Klimatologe und Klimaskeptiker, sagte - Zitat -:

„Bis 1940 stiegen die Temperaturen massiv - zu einer Zeit, als es wenig CO₂-Ausstoß gab. Aber dann, in der Nachkriegszeit [...] nahmen Industrieproduktion und Konjunktur weltweit Fahrt auf und mit ihnen der CO₂-Ausstoß - doch es wurde nicht wärmer, sondern kälter. Weltweit. Die Theorie haut also nicht hin.“

Und weil das so ist, dass die CO₂-Menge, die vom Menschen produziert wird, überhaupt nicht das Klima bestimmen kann, können wir nicht unseren Wohlstand für eine fixe Idee opfern, die Marktwirtschaft aufgeben und das gesamte Wirtschaften am CO₂-Ausstoß ausrichten. Das ist die Kernbotschaft.

Genau das wollen Sie. Sie wollen Deutschland wieder zurückbringen in eine Zeit von vor 150 Jahren. Das wollen wir nicht.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie wollen nach 33!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich verstehe nicht, wieso Sie mir unterstellen, dass ich wollen würde, dass Deutschland ins frühe Mittelalter zurückfällt. Das ist mir nicht ganz klar. Wieso sollten wir das wollen? - Nein, das wollen wir natürlich nicht.

Aber Sie leugnen konsequent das - Sie führen gern mal wirre Zitate an -, was die Wissenschaft komplett erforscht hat, nämlich den Klimawandel.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Dass es in der Geschichte der Erde schon einmal höhere CO₂-Konzentrationen gegeben hat, ja klar, das kann man nachweisen. Das führt dann eben auch zu entsprechend höheren Temperaturen; die würden sich dann einstellen. Dem Planeten ist es ziemlich wurst, der existiert einfach weiter und fällt in ein neues ökologisches Gleichgewicht. Aber die Frage ist, ob das für uns Menschen so angenehm wäre.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir hatten vorhin ein Beispiel; da gab es noch Wälder auf den Polkappen. Die Frage ist, ob wir mit der Umstellung leben könnten, wenn es Wälder auf den Polkappen gäbe. Dann können Sie sich überlegen, was in den gemäßigten Breiten ist.

(Robert Farle, AfD: Das ist super! Wenn es hier wärmer wird, ist das schön! Dann brauchen wir nicht mehr zu verreisen!)

Das ist, meine ich, ziemlich wirr. Ich staune, dass Sie das so konsequent leugnen.

(Robert Farle, AfD: Wir leugnen gar nicht! Wir gucken mit offenen Augen!)

Ich weiß nicht, ob das wirklich Ihre ganze Partei so macht; denn ich höre es nur von Ihnen und vielleicht noch von Herrn Kirchner. Schauen Sie doch einmal, wie sich die Temperatur entwickelt. Die hat natürlich eine große Schwankungsbreite, wenn man für Millionen von Jahren eine Grafik zeichnet. Aber am Ende dieser Grafik, in den letzten 50 Jahren, geht die Kurve wie eine Wand nach oben.

(Robert Farle, AfD: Das ist falsch! Weil die Hockeystick-Kurve gefälscht wurde, darum geht die nach oben! - Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Das sollte Ihnen zu denken geben. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt versuchen wir einmal, wieder ein geordnetes Verfahren hinzukriegen. Das ist auch in unmittelbarem Interesse der AfD-Fraktion, weil jetzt Herr Büttner die Chance hat, seine Wortmeldung zu realisieren. Bitte denken Sie auch daran, dass der Zeitplan gerade ein bisschen aus dem Ruder läuft. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine eigentliche Frage hat sich erledigt. Aber weil Sie zum Ende Ihrer Ausführungen noch einmal auf diese Wand zu sprechen kamen, möchte ich Sie fragen: Herr Meister, sind Sie sich eigentlich dessen bewusst, dass es Gerichtsurteile gibt, die es verbieten, genau diese Grafik zu verbreiten, weil das Panikmache ist? Beschäftigen Sie sich einmal damit! Es ist nachgewiesenerweise Schwachsinn. Es ist gerichtlich festgestellt worden, dass das Schwachsinn ist. - So viel zu Ihrer Mauergrafik, die sich über Millionen Jahre erstreckt. Beschäftigen Sie sich einmal damit.

Noch etwas, das mir auch ganz wichtig ist: Ich finde es befremdlich, dass sich hier jemand hinstellt und erzählt, es solle mal jemand den Unterschied zwischen einem Radweg und einer Autobahn erörtern. Ist das Ihr Ernst?

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Sie haben doch den Unterschied gemacht!)

Wollen Sie eine Autobahn gleichsetzen mit einem Radweg? Eine Autobahn hat doch wohl eine größere Gewichtung als ein Radweg.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Herr Meister, ich muss schon sagen, das war schon sehr befremdlich.

(Zustimmung von Ulrich Siegmund, AfD - Dorothea Frederking, GRÜNE: Das kam doch von der AfD!)

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Büttner, das ist Ihre Einschätzung. Mir geht es beim Verkehr eigentlich nur darum, dass Leute von A nach B kommen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Wenn eine Person von A nach B fährt, ist das erst einmal volkswirtschaftlich gesehen das Gleiche. Ob der jetzt mit den Füßen das Rad tritt oder ob er in einem Auto sitzt, ist für mich nicht das entscheidende Argument aus volkswirtschaftlicher Sicht.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Für das Klima schon!)

Und für das Klima ist es natürlich deutlich schöner, wenn man mit dem Fahrrad fährt.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Das muss man schon sehen. Aber rechtlich ist es halt dasselbe.

(Ulrich Thomas, CDU: Und die Lkw fahren dann auch auf dem Radweg!)

- Das wäre nicht gut.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Grube. - Nein, Herr Grube verzichtet. Dann ist der Debattebeitrag an dieser Stelle beendet. Wir kommen nun zum möglicherweise abschließenden Debattebeitrag, dem der SPD-Fraktion. Herr Hövelmann, Sie haben das Wort.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Du bist heute die Allzweckwaffe! - Rüdiger Erben, SPD, lacht)

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Hohes Haus! Wenn man sich die Aufzählung von Parolen anschaut, die die AfD in ihren Antrag für diese Aktuelle Debatte hineingeschrieben hat, dann fällt es einem tatsächlich schwer, sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen. Ich will es dennoch versuchen. Ich versuche es einmal an dem Begriff der ökosozialistischen Planwirtschaft in der Überschrift.

Mir sind dazu ein paar Fragen gekommen: Droht uns die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln? Werden Eigentümer enteignet und Manager aus den Betrieben verbannt?

(Minister Marco Tullner: Hoffentlich nicht! - Oliver Kirchner, AfD: Hatten wir gerade!)

Werden konkurrierende Betriebe zu Kombinatzen zusammgelegt? Gibt es staatliche Planziele, Gängelung von Konsumenten,

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Beschränkungen bei der Berufswahl? - Das habe ich nicht gemerkt, gibt es nicht.

Das Wort von der Planwirtschaft ist so grotesk, so fern jeder Realität, dass auch Sie, meine Herren von der AfD,

(Oliver Kirchner, AfD: Wir haben auch eine Dame! Nicht vergessen!)

es eigentlich nicht wirklich ernst meinen können mit diesem Antrag.

(Zustimmung von Kerstin Eisenreich, DIE LINKE)

Das Gegenteil ist richtig. Der Kampf gegen den Klimawandel wird sogar mit bemerkenswert wenig staatlichen Vorgaben angegangen.

(Daniel Roi, AfD, lacht)

- Hören Sie zu! - Mit der Einführung eines Preises für CO₂ ist der zentrale Hebel des Klimapakets ein ausschließlich marktwirtschaftliches Instrument; es ist überhaupt kein staatliches Instrument. Ja, man konnte sogar fragen, ob nicht angesichts der Größe der Herausforderung deutlich mehr gesetzliche Zielvorgaben und Normensetzungen hilfreich wären,

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, von Dr. Katja Pähle, SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

um die technologische Innovation anzukurbeln. Dazu kann man ja unterschiedlicher Auffassung sein.

Ich ziehe mal eine Zwischenbilanz meiner Überlegungen und stelle fest: Von der ökosozialistischen Planwirtschaft müssen wir den Plan abziehen und den Sozialismus auch. Es bleiben Öko und Wirtschaft. Ich stelle fest: Beides werden wir brauchen. Denn eine Wirtschaft, die keine ökologisch tragfähige Wirtschaft ist, wird keine Zukunft haben und wird sich ihre eigene materielle Basis unter den Füßen wegziehen. Und wer hat das längst erkannt, meine sehr verehrte Dame und meine Herren von der AfD?

(Oliver Kirchner, AfD: Sehr gut!)

Die Wirtschaft selbst; sie hat es erkannt. Denn einen solch ideologischen Blick auf die Welt, wie ihn die AfD pflegt, kann sich kein Unternehmen erlauben, wenn es denn morgen noch Gewinne erwirtschaften will.

Sie brauchen nur auf die Schlagzeilen in den heutigen Zeitungen zu schauen: 550 Millionen € für eine Investition in Leuna für chemische Produktion aus nachwachsenden Rohstoffen.

(Zustimmung bei der SPD und von Olaf Meister, GRÜNE)

Oder führen Sie sich einmal zu Gemüte, welche Diskussionen in diesem Jahr in Davos geführt worden sind. Oder schauen Sie sich die Trends in der internationalen Automobilindustrie an.

Das Bild ist doch klar. Immer mehr Unternehmen machen sich selbst auf die Suche, wie sie in der Produktion, beim Rohstoffeinsatz, beim Energieverbrauch, im Vertrieb und im Umgang mit einem sich verändernden Verbraucherbewusstsein und Verbraucherverhalten den Anforderungen von Klima- und Umweltschutz gerecht werden können. Sie machen sich Gedanken, weil sie sonst nicht überleben können.

Das ist eine mindestens ebenso wichtige Entwicklung wie die politische Debatte und die gesetzgeberische Arbeit am Klimapaket und an der weiteren Ausgestaltung der Energiewende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen uns vor allem - das ist jedenfalls der Ansatz meiner Partei - verstärkt damit auseinandersetzen, wie wir eine klimafreundliche Politik und eine klimafreundliche Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung so gestalten, dass sie allen in unserem Lande zugutekommt.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Wer in einer Region lebt, in der außer dem morgendlichen Schulbus kein öffentliches Verkehrsmittel fährt, dem muss man nicht damit kommen, dass er umsteigen soll. Wer vom Mindestlohn lebt, dem muss man nicht raten, öfter mal in den Bioladen zu gehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Und wer sich nur einen Gebrauchtwagen leisten kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem brauchen wir keinen Tesla anzubieten. Wir müssen den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wagen. Aber wir dürfen es nicht so anlegen, dass die soziale Spaltung und das Reichtumsgefälle dabei noch zunehmen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt erst recht im globalen Maßstab. So wie es im Moment aussieht, halten sich die unmittelbaren Folgen des Klimawandels im Alltag bei uns in Westeuropa noch in überschaubaren Grenzen. Die eigentliche Zeche zahlen im Moment die ärmeren Länder dieser Welt:

(Oliver Kirchner, AfD: Die Arbeiter bei VW und überall, die zahlen die Zeche!)

durch Ernteausfälle, durch Versteppung, durch den Anstieg der Meeresspiegel. Man könnte die Reihe weiter fortsetzen.

Wenn wir zulassen, dass sich die Waage im Klimawandel immer weiter zulasten des globalen Südens neigt, wird das wirtschaftliche, politische und nicht zuletzt auch kriegerische Erschütterungen nach sich ziehen.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, treffen sich die Staaten dieser Welt in immer kürzeren Abständen zu Klimakonferenzen. Deshalb beraten Manager und Ökonomen in Davos mittlerweile über Themen, die man von ihnen überhaupt nicht gewohnt ist. Und deshalb vernetzen und verbünden sich die Aktivisten von Fridays for Future mit ihren Altersgenossinnen und Altersgenossen in Südafrika, in Lateinamerika und überall woanders auf der Welt.

Dass wir bei dieser Entwicklung den Anschluss nicht verlieren, verehrte AfD, das ist die Herausforderung des Jahrzehnts. Wir müssen dafür sorgen, dass die Politik das Primat behält. Ich will zitieren: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

(Oliver Kirchner, AfD: Oh!)

In unserem Grundgesetz steht nicht: Alle Staatsgewalt geht von der Wirtschaft aus. Wir brauchen also eine klare Zuständigkeit der Politik für den Rahmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Rahmen muss ein sozialstaatlicher Rahmen sein. Er darf nicht dazu führen, dass die freien Kräfte des Marktes alleine entscheiden. Wir haben Verantwortung für diesen Sozialstaat.

Es geht auch darum, einen fairen Wettbewerb zu organisieren und sicherzustellen. Kollege Meister hat an einem sehr anschaulichen Beispiel dargestellt, was das im Einzelfall bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zum Schluss meines Debattenbeitrages noch einmal auf den eigentlichen Antrag zur Aktuellen Debatte zurückkommen. In Ihrer Begründung, verehrter Herr Farle, machen Sie sich Sorgen darum, dass wir in den vor uns liegenden 2020er-Jahren die Erfahrungen der 1920er-Jahre womöglich noch einmal durchleben müssen. So habe ich es gelesen.

Ich muss sagen, vielleicht hätten Sie bei Karl Marx richtig nachlesen sollen - vielleicht haben Sie es auch getan und haben es bis heute einfach nur vergessen.

(Oliver Kirchner, AfD: Ist ein bisschen komisch geschrieben! - Siegfried Borgwardt, CDU: Damals, damals!)

Er schreibt nämlich im 18. Brumaire des Louis Bonaparte - ich zitiere -:

„Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Merken Sie etwas, meine Herren von der AfD?

(Robert Farle, AfD: Ja, dass Sie keine Ahnung haben! - Matthias Büttner, AfD, und Volker Olenicak, AfD, lachen)

Die Farce, verehrter Herr Farle, das sind Sie in diesem Parlament. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Erwartungsgemäß gibt es auch hierzu mehrere Nachfragen. Wir beginnen mit Herrn Büttner.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Hövelmann, es hat mich verwundert, dass Sie sich hier hinstel-

len und so tun, als ob die AfD den Teufel an die Wand malt,

(Dr. Falko Grube, SPD: Ja!)

wenn Sie davon sprechen, dass wir davor Angst haben, dass die Planwirtschaft eingeführt wird oder dass irgendetwas oder irgendjemand enteignet wird. Aber es ist doch ausgerechnet Ihre Partei, die Kevin Kühnert als stellvertretenden Bundesvorsitzenden bei der letzten Wahl des Bundesvorstandes eingesetzt hat.

(Oliver Kirchner, AfD, lacht)

Das ist der Mann, der offen darüber schwadroniert, dass man doch BMW enteignen bzw. verstaatlichen könne,

(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

dass man Wohnungseigentümer oder Hauseigentümer in Berlin enteignen solle. Das sind doch genau die Bewegungen, vor denen wir warnen. Wieso können Sie sich dann hier hinstellen und so tun - gerade als Vertreter dieser Partei -, als ob das keine ernst zu nehmenden Probleme wären, über die in Deutschland schon längst diskutiert wird?

(Daniel Roi, AfD: Ihre Parteichefs!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Büttner!

(Robert Farle, AfD: Ist das Heuchelei? Oder was ist das?)

- Herr Farle, diese Zwischenrufe von Heuchelei und wir hätten hier alle keine Ahnung - -

(Robert Farle, AfD: Ich sage es ja nur!)

- Nein, nehmen Sie sich selbst doch einfach ein bisschen zurück und respektieren Sie, dass es Menschen mit anderen Meinungen in diesem Parlament gibt, die auch eine Ahnung haben, die auch eine Meinung haben, die sie hier auch sagen dürfen. Das ist doch nicht zu ertragen, was Sie hier machen.

(Robert Farle, AfD: Ist doch klar! Das dürfen sie doch!)

- Das will ich auch gern tun. Ich will auch gern die Frage beantworten. Wissen Sie, wenn wir alle abwägen, was Vertreter unserer jeweiligen Parteien so sagen - -

(Volker Olenicak, AfD: Wir werden immer darauf reduziert!)

Na ja, Sie haben mich gerade gefragt, wie ich mit den Aussagen von Kevin Kühnert umgehe. Ich bin

froh darüber, dass es in meiner Partei Leute gibt, die um die Ecke denken, die sich Sorgen um die Zukunft dieses Landes machen und die sich auch nicht davor scheuen, Dinge anzusprechen, die jedenfalls im politischen Diskurs nicht ganz so einfach ankommen und durchaus auch kontroverse Diskussionen - auch in meiner Partei - auslösen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Das finde ich gut und dabei will ich Kevin Kühnert ausdrücklich einschließen. Ich finde es gut, dass wir solche klugen jungen Leute bei uns haben. Aber wissen Sie, wenn ein Parteivorsitzender, und zwar Ihrer Partei,

(Robert Farle, AfD: Der Vogelschiss!)

- nein, nein, ich komme jetzt nicht auf den Vogelschiss; das ist schon so abgetreten, das muss man nicht auch noch bringen - öffentlich fordert, die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD, dann müssen die Menschen in diesem Lande Angst davor haben,

(Robert Farle, AfD: Nein!)

dass ihre soziale Sicherung abgeschafft wird. Und das betreiben Sie.

(Robert Farle, AfD: Nein!)

Erklären Sie das mal den Leuten.

(Beifall bei der SPD)

Dann relativiert sich vielleicht manche Frage, die Sie hier in diesem Landtag stellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay. Herr Farle hat als Nächster das Wort.

(Holger Hövelmann, SPD: Es wird nicht besser!)

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehen Sie, auch wir freuen uns, dass wir solche Leuten in unserer Partei haben und dass die dann sofort Widerspruch aus der Partei bekommen, sogar innerhalb einer Woche, indem andere Mitglieder unserer Partei auf einer öffentlichen Konferenz sagen: Mit uns wird es keine Abschaffung der gesetzlichen Rente geben. Auch darüber freuen wir uns. Wir werden einen Rentenparteitag durchführen, und dort wird mit Sicherheit nicht die Forderung gestellt werden, dass die gesetzliche Rente abgeschafft wird. - So weit dazu.

(Zustimmung bei der AfD)

Der zweite Punkt ist: Sie bestreiten, dass es eine Planwirtschaft gibt. Es ist doch eine völlig irrsinnige Frage, die ich da aufgeworfen habe: soziale

Marktwirtschaft gegen ökosozialistische Planwirtschaft. Ja, lesen Sie eigentlich nicht die Beschlüsse dieser Bundesregierung, die den Plan aufgestellt hat, bis 2050 soundsoviel Prozent CO₂ abzuschießen, bis zum Jahrhundertende aus den fossilen Energien auszusteigen? Das ist Planwirtschaft! Da werden Kennziffern erfunden.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Die zentrale Kennziffer in dieser Planwirtschaft ist die CO₂-Bepreisung, die CO₂-Reduktion. Dafür sollen Billionen ausgegeben werden, die jeden Steuerzahler wahnsinnig viel Geld kosten werden. Die Regierung steigt erst mit 10 € ein. Jetzt haben sie es schon auf über 20 € eingestellt und dann soll es auf 130 €, 180 € ansteigen. Das bedeutet, sie wollen dem Menschen etwas klauen - pro Monat mehr als 100 €, hat das „Handelsblatt“ ausgerechnet - von dem, was er für den täglichen Lebensunterhalt hat, indem sie CO₂-Steuern erheben. Wissen Sie, wie viele Milliarden schon jetzt in jedem Jahr dafür abkassiert werden, nämlich über das Energievorranggesetz?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp, Herr Farle! Zwei Minuten sind um.

Robert Farle (AfD):

24 Milliarden €!

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt hat Herr Hövelmann die Chance zu antworten.

Robert Farle (AfD):

Das ist Planwirtschaft.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp, Herr Farle!

Robert Farle (AfD):

Ja, ist gut.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Hövelmann, Sie können jetzt antworten.

(Lydia Funke, AfD: So hätten Sie bei Ihren eigenen Kollegen auch mal durchgreifen können!)

Holger Hövelmann (SPD):

Na ja, Herr Farle, wir haben eine unterschiedliche Auffassung davon, was Planwirtschaft ist. Wenn Sie jeden politischen Rahmen, der durch den Gesetzgeber gesetzt wird oder vorgegeben wird, jeden Grenzwert, der ja auch politisch in Gesetzen festgelegt wird, sei es für irgendwelche Le-

bensmittelinhaltsstoffe oder für Emissionswerte, was auch immer, gleichsetzen mit Planwirtschaft,

(Robert Farle, AfD: Sie hebeln den Markt aus!)

dann kann man Ihnen - - Aber ich will nicht unhöflich sein. Das ist jedenfalls keine Planwirtschaft,

(Robert Farle, AfD: Doch!)

sondern das ist die verantwortliche Wahrnehmung von politischer Verantwortung durch Gremien in dieser Republik, die nämlich genau die Aufgabe haben, durch Grenzwerte dafür zu sorgen, dass es einen Arbeitsschutz gibt, dass es einen Gesundheitsschutz gibt, dass es gesunde Lebensmittel gibt, dass wir gesunde Luft zum Atmen haben, dass wir Feuerstätten haben, die nicht unheimlich viel Emission, sondern möglichst wenig Emission haben. Das ist Aufgabe von uns allen, auch die unseres Landtags von Sachsen-Anhalt. Deshalb ist das das genaue Gegenteil von Planwirtschaft; das ist nämlich soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung von Herrn Thomas.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Hövelmann, ich danke Ihnen für Ihre Rede, auch für das klare Bekenntnis zur Planwirtschaft.

(Holger Hövelmann, SPD: Zur Planwirtschaft habe ich das nicht abgegeben!)

- Sie haben zumindest aus Ihrer Sicht gesagt, Sie sehen - -

(Holger Hövelmann, SPD: Zur Marktwirtschaft habe ich eines abgegeben!)

- Was habe ich gesagt?

(Holger Hövelmann, SPD: Du hast Planwirtschaft gesagt!)

- Entschuldigung. Ich komme jetzt gleich zur Planwirtschaft. - Also fürs Protokoll noch einmal: für das klare Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

Kollege Hövelmann, Sie haben aus Ihrer Sicht auch geschildert, dass Sie nicht erkennen können, dass es in Richtung sozialistische Planwirtschaft geht, weil es - unter anderem damit haben Sie das begründet - keine Drangsalierung von Verbrauchern gibt.

Jetzt sage ich einmal, ich bin Handwerksmeister und habe mir vor fünf oder sechs Jahren einen Transporter mit Dieselmotor gekauft im Vertrauen darauf, dass ich damit meine Aufträge erfüllen kann. Jetzt werde ich mit einem Dieselfahrverbot

in der Innenstadt konfrontiert, eben weil ich dieses Auto habe, das ich einmal gekauft habe im Vertrauen darauf: Das ist es jetzt; keine CO₂-Belastung; das ist der bessere Motor. Geben Sie mir darin recht, dass das doch eine gewisse Art von Drangsalierung der Verbraucher ist

(Zuruf von der AfD: Jawohl! - Robert Farle, AfD: Genau!)

und dass wir bei dem Vertrauen der Verbraucher vor allen Dingen dann zulegen können, wenn wir sicherstellen, dass das Produkt, das sie kaufen, das heute noch richtig ist, zumindest über einen angemessenen Zeitraum auch einen gewissen Bestandsschutz hat?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten.

(Jens Kolze, CDU: Sie dürfen!)

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank. - Nein, darin kann ich nicht zustimmen. Warum nicht?

(Zurufe von der AfD)

Hätte der Hersteller Ihres Transporters sich an die damals geltenden gesetzlichen Regelungen gehalten,

(Jens Kolze, CDU: Hä?)

würde es heute kein Fahrverbot für diesen Diesel geben. Das Fahrverbot für diese Diesel gibt es doch nur, weil wir eine

(Robert Farle, AfD: Falsche Grenzwertfestlegung haben! - Zurufe von der CDU)

- doch, genau so ist es - ausufernde Emissionssituation bei den Fahrzeugen haben, weil sie die Grenzwerte nicht eingehalten haben

(André Poggenburg, fraktionslos, lacht)

und auch heute nicht einhalten, die die Politik gesetzt hat, indem sie gesagt hat, soundsoviel Gramm CO₂ pro Kilometer darf emittiert werden oder soundsoviel Stickoxide dürfen emittiert werden. Das ist doch das Problem. Das ist doch die Ursache für das Fahrverbot. Das ist die Ursache für den Vertrauensverlust. Aber diesen Vertrauensverlust der Politik anzulasten, die den Grenzwert eingeführt hat, ist falsch.

(Robert Farle, AfD: Nein!)

Das muss denen angelastet werden, die den Grenzwert bei der Herstellung ihres Produkts nicht eingehalten haben. Das sind die Hersteller der Fahrzeuge.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist der Punkt, wenn es darum geht, das Vertrauen wiederherzustellen.

Ich finde, auch aus einem anderen Grund muss man Nein sagen; denn die Politik hat nicht verantwortungslos darauf reagiert, sondern sie hat Ausnahmetatbestände geschaffen, gerade für Handwerksbetriebe, damit gerade sie auch den Zugang in Bereiche haben, in denen ein allgemeines Zufahrtsverbot für Diesel unterhalb einer bestimmten Klassifizierung besteht. Insofern hat die Politik also auch da wieder versucht - ich sage es einmal so -, im Sinne des Vertrauensschutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher, hier insbesondere der wirtschaftlich Tätigen, zu handeln.

Die Ursache hat aber nicht die Politik gesetzt, die Ursache an dieser Stelle hat tatsächlich eine betrügerische Herstellungswirtschaft, die Fahrzeugindustrie in diesem Lande, gesetzt.

(Zurufe von Robert Farle, AfD, und von Matthias Büttner, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine kurze Nachfrage. Herr Thomas, bitte.

Ulrich Thomas (CDU):

Ganz kurz, Herr Präsident. - Wir wissen, dass betrogen wurde, aber es wurde nicht von allen Herstellern betrogen.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Aber es werden alle mitbestraft, die so ein Auto fahren.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Deswegen der guten Ordnung halber: Ich warne immer davor, eine ganze Branche unter Generalverdacht zu stellen. Es waren einzelne Teile, darin gebe ich Ihnen recht, aber wir bestrafen alle. Wenn Sie jetzt davon reden, wir schaffen aber wieder Ausnahmen - also wieder ein Antrag, wieder Papier und wieder Bürokratie -, dann ist das, glaube ich, nicht in unserem Sinne. Trotzdem herzlichen Dank für Ihre Antwort.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt haben wir die Gelegenheit, diesen Redebeitrag zu beenden. Herzlichen Dank.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Rüdiger Erben, SPD)

Damit sind wir aber noch nicht am Ende der Debatte angelangt; denn Herr Farle hat angekündigt hat, dass er zum Schluss noch einmal die Chance ergreifen will, die drei Minuten, die ihm noch zustehen, zu reden. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angela Merkel sagte kürzlich in ihrer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos:

„Europa will der erste Kontinent sein, der CO₂-frei [...] lebt.“

(Matthias Büttner, AfD: Cool!)

„Aber [...] das sind natürlich Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen [...] und zu völlig neuen Wertschöpfungsformen zu kommen [...]“

Ich frage mich, wann Frau Merkel in unserem Volk eine Befragung zu dem Thema durchgeführt hat, dazu, ob wir das wollen, was hier von oben verkündet wird. Ich kann Ihnen sagen, die Menschen stimmen mit den Füßen ab, sie wollen ihre Dieselfahrzeuge auch weiterhin fahren, so lange es geht, weil sie die brauchen, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Und sie wollen auch die deutsche Wirtschaft und Industrie nicht zerstören lassen.

(Beifall bei der AfD)

In Verbindung mit Flugscham und Anti-SUV-Kampagnen, Fridays for Future und der Mobilisierung von Schülern für die große Transformation

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

ist das im Grunde nichts anderes als Mao Tse-tungs Großer Sprung nach vorn und die Kulturrevolution in einem.

(Jens Kolze, CDU: Ja! - Matthias Büttner, AfD, lacht)

Zu diesem ganzen Theater kann man Ihnen nur gratulieren. Unterstützung kommt von Teilen des Großkapitals. Wenn Sie die „Wirtschaftswoche“ gelesen haben, dann wissen Sie, woher zum Beispiel Luisa Neubauer ihre Informationen dazu, wohin Siemens was liefert, was andere Konzerne aus Deutschland liefern und wo überall in der Welt Kohlefirmen aufgebaut werden, bekommt - die Informationen kommen von Blackrock. Schauen Sie in die „Wirtschaftswoche“ von vor 14 Tagen. So wird das Ganze gesteuert und so werden junge Menschen in die Irre geleitet für diesen ganzen Klimaschwindel, der hier öffentlich verbreitet wird.

Und keiner auf der Welt macht dabei mit. Keiner! In Indien entsteht das größte Kohlekraftwerk, in China wird jede zweite Woche ein Kohlekraftwerk neu erbaut. Die bauen sie sogar mitten in die

Städte hinein. Und Sie reden davon, dass wir auf Elektromobilität umsteigen sollen. Die waren in Japan mit einer Delegation und haben sich davon überzeugt: Das wollen wir gar nicht; wir wollen es den Japanern nachmachen; wir steigen um auf Kernenergie plus Wasserstoffwirtschaft und Brennstoffzellen. Recht haben sie! Das geht dort schneller.

(Oliver Kirchner, AfD: Ja!)

Aber wir wollen gar nicht, dass das so schnell geht.

(Zustimmung von Jens Kolze, CDU)

Ihr grüner Herr Habeck hat China so toll gefunden,

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

weil die dort so schnell in der Lage sind, irgendetwas umzubauen, eben diese Planwirtschaft einzuführen.

Das wollen wir aber nicht. Wir wollen Freiheit. Und wissen Sie, wie Sie das kaputt kriegen und steuern? - Mit Verboten. Wir alle sollen gezwungen werden, mit E-Autos zu fahren.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, kommen Sie zum Ende.

Robert Farle (AfD):

Ja, ich komme jetzt zum Ende.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Schön.

Robert Farle (AfD):

Wir alle sollen dazu gezwungen werden, weil E-Autos dann im Verhältnis zu den guten Autos so billig werden, dass die Leute nicht mehr anders können. Am Ende wollen Sie, dass gar keiner mehr Auto fahren kann. Das haben Sie hier im Parlament kürzlich noch erklärt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Nun sind wir tatsächlich mit allen Debattenbeiträgen durch. Damit sind wir am Ende der Aktuellen Debatte angelangt. Wir fassen wie immer hierzu keine Beschlüsse in der Sache.

Wir führen hier vorn einen Wechsel durch und machen dann mit Tagesordnungspunkt 4 weiter.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine Damen und Herren!

Wie bereits angekündigt kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Straßenausbaubeiträge rückwirkend abschaffen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5537**

Der Einbringer ist der Abg. Herr Büttner.

(Zustimmung bei der AfD)

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wir hier schon ausgiebig über alle Aspekte der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gesprochen haben, fange ich mit einem kleinen Rückblick an, nämlich in den März 2018.

Die AfD forderte damals in ihrem Antrag die Landesregierung auf, ein Konzept zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auszuarbeiten und vorzulegen, über das wir dann gemeinsam im Parlament beraten hätten und das wir gemeinsam so verändert hätten, dass es für die Bürger in unserem Land gut gewesen wäre. Doch leider wurde dieser Antrag natürlich abgelehnt.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Weil er schlecht war!)

Die CDU, die SPD und die anderen Fraktionen sahen zu diesem Zeitpunkt keinen Grund, die Beiträge abzuschaffen; ganz im Gegenteil. Das wurde auch in einer Rede des Innenministers Holger Stahlknecht deutlich, der sagte: Wir sehen keinen Grund, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.

(Markus Kurze, CDU: Auch gut so!)

Silke Schindler, die direkt nach dem Minister sprach, sagte stellvertretend für die SPD-Fraktion: Ich mache es kurz. Den Ausführungen des Ministers ist nichts hinzuzufügen.

(Zuruf: Das hat sie so gesagt!)

Die SPD stellt sich heute hin und so tut, als wäre sie in der Angelegenheit der große Retter. In Wahrheit macht die SPD in der nun schon seit dem Jahr 2018 andauernden Debatte jedoch klar, was sie ist: eine Fraktion der Wendehälse, die alles machen, um ein paar von den vielen Stimmen, die sie auf allen Ebenen verloren haben, wieder zurückzugewinnen. Dabei hat sie nicht erkannt, dass das genau der Grund für den Verlust ist.

Die Bürger spüren, wenn man versucht, sie an der Nase herumzuführen. Wenn man erst dagegen

und dann dafür ist, weil man merkt, dass die Sache medial Fahrt aufnimmt und Bürgerinitiativen dafür demonstrieren, dann ist das nichts weiter als pure Heuchelei, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Ähnlich ist das bei den LINKEN, die sich gern vor den Bürgern unseres Landes großmachen und behaupten, sie haben zuerst die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt gefordert.

Fakt ist, dass der erste Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im März 2018 von der AfD-Fraktion in den Landtag eingebracht wurde und die LINKEN dagegen gestimmt haben. Der erste Antrag der LINKEN zu diesem Thema wurde erst knapp ein Jahr später eingebracht. Das alles ist nachvollziehbar und dokumentiert worden.

Die SPD lässt noch länger auf sich warten. Sie entdeckt dann aber das Thema für sich, als sie begreift, dass man damit bei den Bürgern unseres Landes vielleicht punkten kann.

Spätestens als die SPD plötzlich den Wunsch nach der Abschaffung formulierte, dachten einige Gutgläubige: Jetzt geht es vorwärts. Aber Fehlanzeige! Gute Beobachter wissen schon lange, dass die SPD nicht in der Lage ist, Forderungen und Positionen gegen die große CDU und die kleinen GRÜNEN durchzusetzen. Darum nahm die CDU, wie sie es bis heute tut, einfach eine Blockadehaltung ein und versucht alles, um das Thema weiter hinauszuschieben.

(Zustimmung bei der AfD)

Wer nun denkt, dass angesichts der Zeitspanne seit dem Jahr 2018 die Mühlen in Sachsen-Anhalt langsam mahlen, der hat erst einmal grundsätzlich recht. Aber dem kann man nur sagen, es geht noch viel langsamer.

Denn jetzt kommt die CDU mit dem Vorschlag „2021“ um die Ecke. Es wird das Ruder auch nicht mehr herumreißen, wenn Sie im Wahljahr 2021 die Beiträge abschaffen, um zu punkten. Bis dahin sind Sie durch die Kenia-Koalition noch verbrannt, als Sie es ohnehin schon sind. Dann müssen Sie leider zuschauen, wie wir in diesem Land Wahlsieger werden.

(Zustimmung bei der AfD - Frank Bommersbach, CDU: Was? - Ulrich Thomas, CDU: Oh! - Unruhe)

Das ist Ihr Leid, das Sie sich in Sachsen-Anhalt mit Ihrem Bündnis, das kein Mensch wollte und noch immer kein Mensch will, selbst eingebrockt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Darum sagen wir an der Stelle: Es reicht!

(Ulrich Thomas, CDU: Fahren Sie das Pult ein bisschen runter!)

Darum fordern wir Sie heute auf, sicherzustellen, dass in Sachsen-Anhalt die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2020 abgeschafft werden. Das können wir heute hier beschließen, und das müssen wir auch beschließen; denn zwei Jahre lang hat sich nichts getan. Jetzt muss etwas passieren, um die Verunsicherung der Bürger und der Kommunen endlich auszuräumen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der AfD)

In jeder Woche liest man in der Presse, dass die Kenia-Koalition sich einig ist, diese nutzlose Zwangsabgabe abzuschaffen. Aber es tut sich nichts. Daraus kann man nur schließen, dass die Kenia-Koalition sich nicht einmal einig ist, wenn sie sich eigentlich einig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist sehr schlecht für unser Land. Man kann nur feststellen, dass die Regierungskoalition die Straßenausbaubeiträge abschaffen möchte. Aber sie weiß irgendwie nicht, wie.

Die Steuereinnahmen sprudeln und auf der Bundesebene werden Milliardenüberschüsse gemeldet. Doch in Sachsen-Anhalt kommt nichts an. Dabei sitzen doch auf der Bundesebene genau die Parteien in der Regierung, die hier auf der Landesebene das Klagelied von den fehlenden Finanzmitteln singen.

Das Problem wäre einfach zu lösen. Man müsste nicht einmal zusätzliche Einnahmequellen akquirieren, sondern vorhandene Mittel anders einsetzen. Das ist der Schlüssel. Allein im Jahr 2019 gab das Land Sachsen-Anhalt 182,3 Millionen € für Asyl aus. Im Jahr 2020 will das Land nach dem derzeitigen Haushaltsplanentwurf wieder mehrere Millionen Euro für Gender-Ziele ausgeben. Das versteht auch keine Frau, die Sie mit dem Geld für Gender-Ziele gleichstellen wollen,

(Zuruf von Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen)

wenn sie zeitgleich mit ansehen muss, wie zum Beispiel die Schule ihres Kindes in der eigenen Kommune geschlossen wird, weil dafür kein Geld da ist, oder wenn deren Familie durch die Zusage eines Kostenbescheides für die Straße vor ihrer Haustür in finanzielle Nöte kommt.

Erkennen Sie doch endlich, was wirklich wichtig ist, und setzen Sie die Prioritäten anders. Geben Sie das Geld für vernünftige Dinge aus und nicht für solch einen Unfug, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der AfD)

Welcher Bürger soll noch verstehen, dass bis heute für den Betrag von ca. 30 Millionen € für die Abschaffung der Ausbaubeiträge keine finanziel-

len Möglichkeiten gefunden werden konnten, außer dem Vorschlag, diese mithilfe einer Steuererhöhung zu finanzieren?

Aber wie heißt es aus SPD Kreisen immer so schön: Niemandem wird etwas weggenommen. Das kennen wir ja. Mittlerweile dürfte auch der Letzte begriffen haben, dass das nichts weiter als purer Populismus ist. Ich frage mich, warum wir nicht einfach einen Teil der knapp 180 Millionen € für Asyl nehmen und die Straßenbaubeiträge abschaffen können.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Weil es Bundesmittel sind!)

Alles, was Sie, liebe Landesregierung, ausgeben können, sind Steuergelder, die die Bürger erarbeitet haben. Deshalb können die Bürger auch erwarten, dass das Geld so ausgegeben wird, dass sie etwas davon haben.

Wir sagen, weniger Geld für Asyl, Gender oder sinnlose Studien und Gutachten und endlich einmal etwas für unsere Bürger tun und die Straßenausbaubeiträge abschaffen.

(Zustimmung bei der AfD)

Von sehr vielen Kommunen und Grundstückseigentümern wird die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von Straßenbaumaßnahmen ohnehin als ungerecht empfunden, weil sie der Auffassung sind, dass die Maßnahmen nicht nur den Beitragspflichtigen, sondern auch der Allgemeinheit zugutekommen. Genau diese Auffassung vertritt die AfD-Fraktion auch, zumal die teilweise enormen Summen, die Anliegern auferlegt werden, zu wirklich existenziellen finanziellen Problemen führen. Wir sagen: Schluss mit dieser Ungerechtigkeit.

In dieser Republik und in diesem Land werden die Gelder verprasst, ins Ausland verschenkt und der EU zur Umverteilung in den Rachen geworfen. Nur für unsere Bürger hat man nichts übrig. Das ist ein unerträglicher Zustand.

(Zustimmung bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Jawohl!)

Wenn Sie jetzt nicht endlich handeln - das sage ich Ihnen ganz deutlich -, dann bekommen Sie die Quittung dafür. Die Quittung wird es bei den nächsten Wahlen geben. Immer mehr Menschen haben die Schnauze voll. Das werden Sie, wenn Sie jetzt nicht endlich handeln, im Jahr 2021 zu spüren bekommen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, es gibt drei Fragen. Als Erster spricht Herr Erben. - Herr Erben, Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Büttner, Sie haben sehr viel Ihrer Redezeit verwendet, um so etwas wie eine politische Strategieberatung für CDU und SPD zu machen. Aber Sie haben verhältnismäßig wenig Redezeit verwendet, um zu erklären, wie Sie die Straßenausbaubeiträge rückwirkend abschaffen wollen, wie Sie schreiben.

Sie sind offensichtlich der Straßenausbaubeitragsexperte Ihrer Fraktion. Ansonsten würden Sie das jetzt nicht einbringen. Deswegen können Sie mir sicherlich auch die Frage beantworten: Welche Voraussetzungen müssen an dem Stichtag 1. Januar 2020 erfüllt sein, damit eine Maßnahme nicht mehr beitragspflichtig ist? - Das wäre Frage 1.

Frage 2: In Anbetracht Ihrer hervorragenden Kenntnisse in Sachen Straßenausbaubeitragsrecht werden Sie vermutlich wissen, dass der wiederkehrende Beitrag am 31. Dezember des jeweils abgelaufenen Jahres entsteht. Was machen Sie denn nun mit den Leuten, deren wiederkehrender Beitrag am 31. Dezember 2019 entstanden ist? Das wäre der Anknüpfungspunkt. Fallen sie dann durch den Rost? Oder haben Sie dafür eine andere Lösung? Denn Ihnen ist sicherlich bekannt, dass man die Straßenausbaubeiträge nicht durch

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Beschlüsse, sondern nur durch Gesetze abschaffen kann?

(Alexander Raue, AfD: Beschlüsse sind Voraussetzungen für Gesetze!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben jetzt das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die Voraussetzung, Herr Erben, muss zunächst sein, dass der wirkliche politische Wille zur Abschaffung besteht. Den kann ich in diesem Parlament leider nicht erkennen. Sie versuchen, sich so zu verkaufen, als ob Sie den politischen Willen haben. Aber ich stelle fest, die Straßenausbaubeiträge sind faktisch noch immer nicht abgeschafft.

Dass das möglich ist, macht das Beispiel Bayern klar. Die haben die Straßenausbaubeiträge rückwirkend abgeschafft. Sie sollten sich vielleicht einmal mit dem Fall Bayern beschäftigen. Wir hatten sie im Übrigen auch im Ausschuss und die haben dort ausgeführt. Ich will es jetzt kurz machen: Schauen Sie sich das Beispiel in Bayern selbst an. Ich denke, das wird Sie erhellen. Ansonsten

mache ich meine Strategieberatung natürlich gern. Aber in Zukunft werde ich dafür Geld verlangen.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, eine kleine Nachfrage?

Rüdiger Erben (SPD):

Nein. Ich möchte nur feststellen, dass Herr Büttner weder Frage 1 noch Frage 2 beantwortet hat. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt einen weiteren Redner, und zwar Herrn Gebhardt von der Fraktion DIE LINKE. - Herr Gebhardt, Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Büttner, wir sind als Landtag ein gesetzgebendes Organ. Ich stelle Ihnen jetzt die Frage, die ich vorhin in meiner Rede im Prinzip schon an die AfD gerichtet habe.

Als gesetzgebendes Organ müssen wir hier auch Gesetze verabschieden. Die Straßenausbaubeiträge lassen sich nicht beenden, wenn wir hier über einen Antrag beschließen, in dem steht, sie werden jetzt einfach rückwirkend nicht mehr erhoben. Dazu bedarf es eines Gesetzes, das den Vorgang regelt.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass es bisher nur einen Gesetzentwurf diesbezüglich gibt. Dieser ist von meiner Fraktion eingereicht worden. Wenn es die AfD mit der Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen ernst meint, warum liegt dann kein Gesetzentwurf Ihrer Fraktion vor? Das ist meine Frage.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Also die erste Frage lautet: Warum nicht?

Die zweite konkretisierende Frage: Können Sie keinen vorlegen oder wollen Sie keinen vorlegen? Denn ohne Gesetzentwurf wird es nicht zu einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt kommen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ich glaube: können!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Wenn wir in diesem Landtag bezüglich der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge tatsächlich einen politischen Willen erkennen, dann sind wir sofort bereit, einen Gesetzentwurf einzubringen.

(Lachen bei der SPD - Ulrich Thomas, CDU, lacht)

Aber der politische Wille ist hier bisher nicht erkennbar, um das ganz klar zu sagen.

(Zustimmung bei der AfD)

Um auf Ihren Gesetzentwurf zu sprechen zu kommen:

(Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

Der war richtig schlecht, um es mal so zu sagen. Ansonsten hätten wir dem gern zugestimmt. Der war aber leider schlecht.

(Rüdiger Erben, SPD: Das sagt der Experte für das KAG!)

Ich möchte an der Stelle sagen, dass es mich verwundert, dass ausgerechnet Sie sich hier hinstellen und fragen, warum wir keinen Gesetzentwurf einbringen. Ihre Fraktion geht doch sogar so weit, eigene Anträge zurückzuziehen und in den Ausschuss zu überweisen - aus Angst, dass wir zustimmen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: So ein Quark!)

Sie stellen sich hier hin und echauffieren sich darüber, dass wir keinen Gesetzentwurf einbringen. Aber wir wissen ja, dass dieser ohnehin abgelehnt würde.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Sie nehmen sich viel zu wichtig!)

Denn wir haben Parteien und Fraktionen in diesem Parlament, die sogar eigene Anträge lieber zurückziehen.

(Silke Schindler, SPD: Dann hätten Sie sich den Antrag auch sparen können!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich an Ihrer Stelle wäre lieber ein bisschen still. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Das sagt der Richtige!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gebhardt hat eine Nachfrage. Herr Gebhardt, Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Ich habe eine Feststellung, Herr Präsident. - Herr Büttner, was Sie eben gesagt haben, ist geschäftsordnungsmäßig totaler Unsinn.

(Rüdiger Erben, SPD: Nicht nur das!)

Gesetzentwürfe müssen immer nach dem Zweileitungsprinzip verabschiedet werden. Deswegen können wir die nicht zurückstellen und in den Ausschuss überweisen. Sie müssen in den Ausschuss überwiesen werden, ansonsten können sie nicht in Kraft treten. Das ist der erste Fakt zu dem Umgang mit unseren Gesetzentwürfen.

Das Zweite: Da muss ich festhalten, dass Sie betont haben, dass Sie ein Gesetz angeblich für überflüssig halten.

(Oliver Kirchner, AfD: Das hat der doch gar nicht gesagt! - Robert Farle, AfD: Können Sie überhaupt nicht zuhören, oder was? Da lachen ja die Hühner!)

Es gibt nur einen Gesetzentwurf, der darauf abzielt, die Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt abzuschaffen, und den haben Sie eben als schlecht bezeichnet. Also kann man nur davon ausgehen, dass Sie die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht ernst meinen, weil der einzige Gesetzentwurf dazu aus Ihrer Sicht als schlecht bezeichnet wird und Sie keine Alternative dazu anbieten können.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, wenn Sie darauf antworten wollen?

Matthias Büttner (AfD):

Da weiß ich, ehrlich gesagt, gar nicht, wo ich anfangen soll, bei so viel verschwirbelten - -

(Rüdiger Erben, SPD: Das glauben wir gern!)

Ich rede gar nicht von Ihrem Gesetzesentwurf. Ich rede einfach nur von Ihrer Art, Politik zu machen.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Sie bringen hier Anträge ein und verkaufen die vor den Bürgern als Ihre Rettung des Landes, zum Beispiel zur Abschaffung des Lehrermangels. Es gibt auch viele andere Beispiele. Wir lernen ja aus Ihrem Verhalten. Das macht der Mensch. Der Mensch besteht aus der Summe seiner Erfahrungen. Wenn wir erfahren, dass Sie Ihre eigenen Anträge zurückziehen und die gar nicht abstimmen wollen - -

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Wir nehmen sie gar nicht für voll. Uns interessiert es eigentlich gar nicht, was Sie hier zu dem Thema zu sagen haben, weil wir wissen, dass das, was Sie hier im Schilde führen, nichts anderes ist als Wählertäuschung.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Kolze, jetzt haben Sie das Wort.

Jens Kolze (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ihre Sorge um unsere Aussichten bei der Landtagswahl 2021 berührt mich zutiefst, verehrter Kollege Büttner.

(Lachen bei der AfD)

Meine Frage: Ist Ihnen bekannt, in welchem Verhältnis bereits vollzogener Ausbau und noch ausstehender Ausbau in diesem Lande steht? Wenn Sie diese Frage beantwortet haben, würden Sie dann Ihre Aussage wiederholen, dass es sich bei der avisierten Abschaffung der Ausbaubeiträge um einen - ich nenne es einmal salopp so - Wahlkampf der Koalitionsfraktionen handelt?

Matthias Büttner (AfD):

Wenn Sie jetzt darauf abzielen, dass der Ausbau in unserem Land, wenn man zurückschaut, seit den 90er-Jahren relativ gut vorangegangen ist, geben ich Ihnen zum Teil recht, aber auch zum Teil unrecht.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Zu 80 %!)

- Ich will es gerade ausführen, wenn Sie es hören wollen.

(Jens Kolze, CDU: Ja, was denn?)

Wenn ich zum Beispiel in meine Heimatstadt gucke, da gibt es Straßenzüge, die sind meines Erachtens, seitdem sie vor 150 irgendwann mal mit Kopfsteinpflaster gepflastert wurden, nie wieder angefasst worden. Es kann durchaus möglich sein, dass eine Vielzahl Straßen gemacht worden ist. Aber die, die nicht gemacht worden sind, sind in einem so schlechten Zustand, dass das für die Anwohner absolut nicht mehr tragbar ist, um es mal ganz klar zu sagen. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt - - Wie war der zweite Punkt Ihrer Frage?

(Jens Kolze, CDU: Würden Sie dabei bleiben, dass es sich bei der avisierten Abschaffung der Ausbaubeiträge um einen Wahlkampf handelt?)

- Ja, dabei bleibe ich, und zwar aus dem einfachen Grund, weil ich immer noch der festen Überzeugung bin - so wie ich das in meiner Rede auch ausgeführt habe -, dass die Mittel in unserem Land einfach völlig falsch eingesetzt werden, und ich der Meinung bin, dass man die 30 Millionen € bis 40 Millionen € auch dieses Jahr im Haushalt finden könnte, wenn man wollte, und nicht erst nächstes Jahr.

Ich mache das einfach, um mich auch selbst zu beruhigen, denn ansonsten muss ich Ihnen ja unterstellen, dass Sie keine guten Absichten mit den Bürgern unseres Landes haben. Um mich auch selbst zu beruhigen, muss ich Ihnen unter-

stellen, dass Sie versuchen, das Ganze ein Jahr zu verschieben, und es dann als Wahlkampf abtun.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Kolze, haben Sie noch eine Nachfrage?

Jens Kolze (CDU):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Dann haben Sie jetzt das Wort.

Jens Kolze (CDU):

Lieber Kollege Büttner, Sie haben jetzt viel geredet, aber nichts gesagt. Meine Frage war, ob Sie konkret wissen, in welchem Verhältnis vollzogener und noch ausstehender Ausbau von Straßen stehen.

(Zuruf von der AfD: 80 zu 20 %!)

Ich kann Ihnen da ein bisschen weiter helfen. Es sind etwa 80 zu 20 %.

Matthias Büttner (AfD):

Das hat vorhin schon der Kollege hier gesagt.

Jens Kolze (CDU):

Das bedeutet, noch etwa 20 % offene, ausbaufähige Straßen. Natürlich - da gebe ich Ihnen durchaus recht - gibt es in Ortschaften überall in unserem Lande und anderswo noch Straßen, die haben es verdammt noch einmal nötig. Aber stimmen Sie mir zu, dass es letztendlich auch ein Stück weit die kommunale Verantwortung ist, was zu welchem Zeitpunkt einer Ertüchtigung zugeführt wird?

Dann noch einmal: Wir sprechen über 20 %. Meinen Sie tatsächlich, dass diese 20 % im Jahr 2021 wahlentscheidend sind? - Ich glaube, da sind Sie klug genug, dass Sie das nicht bestätigen können.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben noch einmal das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich muss jetzt einmal Ihren Denkfehler geradebügeln. Sie sind der Meinung, dass es bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausschließlich darum geht, dass man die 20 %, die noch nicht saniert worden sind, quasi in den Fokus nimmt und die Bürger dort entlastet. Aber das ist ein Denkfehler. Denn

Straßen müssen ständig und immer wieder gewartet und saniert werden,

(Jens Kolze, CDU: Das hat doch nichts mit dem Straßenausbau zu tun! Das ist Ertüchtigung!)

auch in Zukunft. Das hat auch etwas mit Straßenausbau zu tun. Wenn die Straße kaputt ist, muss man die grundhaft sanieren. Dann ist das Straßenausbau.

(Jens Kolze, CDU: Nein, aber nicht im Sinne von Straßenausbau!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Kolze, Sie hatten ja schon die Möglichkeit, eine Nachfrage zu stellen. - Als Nächster hat Herr Knöchel jetzt das Wort. - Herr Büttner, es gibt noch zwei Fragen. - Herr Knöchel, Sie haben jetzt das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich würde den Herrn Kollegen Büttner gern fragen, in was für einer Zeit er lebt, wenn er davon ausgeht, dass zwischen März und November ein Jahr vergeht. Aber das sei ihm geschenkt. Er scheint sich in die Dokumentation nicht reingelesen zu haben.

Aber, Herr Büttner, können Sie sich daran erinnern, dass ich Ihnen, als Sie das letzte Mal den Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingebracht haben, erklärt habe, dass man, wenn man das wirklich will und hier in einem Parlament ist - damals waren Sie noch neu, deswegen habe ich es Ihnen nachgesehen -, dann einen Gesetzentwurf einbringt?

Ich meine, jetzt sind viele Monate, in denen Sie Diäten bekommen haben, vergangen. Aber warum bringen Sie immer noch keinen Gesetzentwurf ein? Meinen Sie es nicht ernst? Wollen Sie hier nur eine Propagandashow abziehen?

Und wieso beantragen Sie jetzt - Sie finden ja unser Gesetz schlecht; wir wollten die Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 abschaffen - zu einem Gesetzentwurf, der bereits im Landtag ist, dass es noch einmal ein Jahr später sein soll, als wir ihn im Landtag schon verhandeln?

(Beifall bei der LINKEN)

Können Sie mir hier mal Ihre Propagandashow erklären?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank. - Herr Knöchel, ich stelle Ihnen jetzt eine Gegenfrage.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Ich denke, die wird alles aufklären. - Wir bringen einen Gesetzesentwurf ein. Wir würden den sogar im Vorfeld mit Ihnen abstimmen und beraten. Stimmen Sie dem dann zu?

(Zurufe von der LINKEN)

Würden Sie dem dann zustimmen? Das ist jetzt die Frage, die ich Ihnen stelle.

(Unruhe bei der LINKEN)

Denn Sie tun ja so, wenn ich das so höre, als ob die AfD hier nur einen Gesetzentwurf einbringen müsste und das ganze Land würde sich verändern und alles wird besser.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Das ist doch nicht der Fall, Herr Knöchel.

(Unruhe bei der LINKEN)

Das, was Sie hier gerade gemacht haben, das ist eine populistische Show und nichts anderes.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke, mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel hat noch eine Nachfrage. Herr Knöchel, Sie haben jetzt das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Wenn es nichts mehr zu sagen gibt, dann wollen Sie sicher nicht antworten. - Aber, Herr Kollege Büttner, stimmen Sie mir zu, es gibt bereits einen Gesetzentwurf dazu, von der LINKEN eingebracht?

Matthias Büttner (AfD):

Ein schlechter!

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Wenn Sie ihn schlecht finden, kann man Änderungsanträge stellen. Aber man muss hier nicht im Plenum jedes Mal neu mit dem Wunsch kommen, die Regierung möge etwas tun.

Der dafür zuständige Minister hat gesagt, er möchte nichts tun. Wir haben im Parlament einen Vorgang. Und Sie ziehen hier noch einmal eine Propagandashow ab, statt zu sagen, was in unserem Entwurf so schlecht ist. Ich habe es noch immer nicht verstanden, was daran so schlecht sein soll.

Matthias Büttner (AfD):

Herr Knöchel, Sie haben einiges nicht verstanden.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, wenn Sie jetzt darauf antworten wollen? - Ansonsten haben wir noch einen Fragesteller.

Matthias Büttner (AfD):

Ich antworte ganz kurz: Unser Antrag hat heute den Sinn, Druck in die Debatte zu bringen, damit wir eben nicht 2021 oder später - - Oder vielleicht gibt es 2021 neue Probleme, die sich auftun, und wir haben wieder kein Geld. Vielleicht passiert auch das.

Darum wollen wir hier heute klar und deutlich formulieren, dass wir weiterhin zu unserer Forderung stehen, die Straßenausbaubeiträge umgehend abzuschaffen. Das ist der Sinn unseres Antrages.

Wenn Sie das nicht verstehen, dann sind Sie vielleicht als Parlamentarier falsch beraten und sollten wieder zurück ins Finanzamt gehen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Falsch beraten?)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Grube hat noch eine Frage. Ich denke, dann können wir diese Befragung beenden, denn wir drehen uns langsam im Kreise. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Büttner, eine Vorbemerkung und eine Frage. Die Vorbemerkung, damit das hier nicht falsch im Raum stehen bleibt: Straßenausbaubeiträge werden nur dann fällig, wenn es eine Verbesserung des Ausbaustandes der Straße gibt. Also, wenn bei der von Ihnen beschriebenen Huckelstraße, wo Kopfsteinpflaster liegt, eine vernünftige Asphaltdecke darauf kommt, Fuß- und/oder Radweg, Straßenbeleuchtung installiert werden, das sind Ausbaustände, die straßenausbaubeitragsfähig sind. Das reine Flicker und die Sanierung einer Straße ist das nicht.

Ich habe eine Frage - denn den politischen Willen, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, hat meine Fraktion -:

(Rüdiger Erben, SPD: Wir bekommen ja doch keine Antwort!)

Wir haben bei der Diskussion in Bayern erlebt, dass zwischen der Formulierung des politischen Willens und der Bekanntmachung des Gesetzes ungefähr drei Jahre gelegen haben, weil eben der Teufel im Detail steckt. Das heißt, in unserer Fraktion diskutieren wir tatsächlich nicht das Ob, sondern das Wie. Deswegen würde mich - Sie haben den Gesetzentwurf der LINKEN als einen schlechten Gesetzentwurf bezeichnet - die inhaltliche Begründung interessieren.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Nein, darauf werde ich jetzt nicht antworten.

(Zuruf von der LINKEN: Kann er nicht! - Heiterkeit bei der SPD - Oliver Kirchner, AfD: Da hätten Sie im Ausschuss aufpassen müssen!)

Dass ich das nicht mache, heißt nicht, dass ich das nicht kann. Ich bin bloß nicht mehr willens. Ich muss es Ihnen ganz ehrlich sagen: Das war jetzt eine sinnlose Fragetirade, wozu ich sagen muss, jetzt ist Schluss, jetzt ist es vorbei, ich nehme jetzt Platz und trinke vorher noch einen Schluck.

(Zurufe von der LINKEN und von der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Büttner für die Einbringung des Antrages.

Bevor wir in der Debatte fortfahren, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Zörbig in unserem Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

In der Debatte sind fünf Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht der Minister Herr Stahlknecht.

(Minister Holger Stahlknecht schüttelt den Kopf)

- Herr Stahlknecht verzichtet. - Für die SPD spricht jetzt die Abg. Frau Schindler. Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse jetzt einmal zusammen: Alle anderen machen mit dem Thema Wahlkampf, nur die AfD nicht.

(Ulrich Siegmund, AfD: Genau!)

Die AfD legt keinen Gesetzentwurf vor, weil der ja sowieso nur abgelehnt werden würde.

(Matthias Büttner, AfD: Wie alles hier!)

Dann frage ich mich, warum Sie denn diesen Antrag einbringen, mit der Gefahr, dass er auch abgelehnt wird.

(Oliver Kirchner, AfD: Er hat es doch gerade gesagt!)

Dann brauchen Sie doch gar nicht hier zu diskutieren.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Richtig! - Zuruf von der AfD: Na, im Ausschuss!)

Aber so viel zu Ihrer Argumentation.

Ich möchte jetzt zur SPD und der Meinung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kommen. Ich stelle es voran: Die SPD will die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

(Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD)

Wir setzen uns mit unseren Koalitionspartnern zusammen dafür ein.

Wissen Sie, die Kollegen von der AfD, was der Unterschied zwischen Ihnen und unseren Bemühungen ist?

(Matthias Büttner, AfD: Das merken wir!)

Nämlich dass wir sie durchsetzen können, dass wir sie umsetzen können, dass wir daran arbeiten und dass wir die Möglichkeit haben, dieses auch zu realisieren.

(Unruhe bei der AfD)

Die Leute setzen auf uns, dass wir dieses schaffen.

(Oliver Kirchner, AfD: Ankündigungen nur!)

Vorschläge gibt es dafür. Die von Ihnen eingebrachten Vorschläge waren bisher alle untauglich dafür, liebe AfD. Ich erinnere nur an Ihre Vorschläge zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Es war alles untauglich.

Wir haben ein Konzept erarbeitet. Wir sind mit den Koalitionspartnern im Gespräch. Genau das, was mein Kollege Rüdiger Erben dargestellt hat, haben wir sehr, sehr ausführlich und intensiv diskutiert, nämlich die Frage, nicht nur einen Stichtag festzulegen, sondern diese Stichtagsregelung auch genau zu untermauern und zu sagen, worauf sich dieser Stichtag bezieht.

Zum Beispiel kann sich dieser Stichtag beziehen auf den Erlass des Beitragsbescheides oder auf die Entstehung der Beitragspflicht. Aber wahrscheinlich können Sie diesen Unterschied schon gar nicht mehr wirklich erklären.

Wir haben uns auch darauf geeinigt, in den Beratungen zum Haushalt Vorsorge für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorzusehen. Das wird in Kürze geschehen. Deshalb sind wir weiter darum bemüht, dieses Vorhaben zu einem Abschluss zu bringen. Wir stehen in der Koalition dazu zusammen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Schindler, es gibt zwei Fragen seitens der AfD. Als Erster Herr Siegmund. - Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Schindler, Sie haben eben gesagt, die SPD sei für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Ich zitiere aus dem Stenografischen Bericht vom 9. März 2018.

Silke Schindler (SPD):

Ja, das hat der Kollege auch schon gemacht.

Ulrich Siegmund (AfD):

„Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport): Ich will es abkürzen, weil es schon spät ist. - Wir sehen keine Notwendigkeit, diese Straßenausbaubeiträge abzuschaffen.“

Zuruf Silke Schindler - das müssten Sie sein -, wenige Minuten später:

„Silke Schindler, SPD: Den Ausführungen des Ministers ist nichts hinzuzufügen! Ich verzichte auf einen Redebeitrag!“

Meine Frage an Sie lautet: Wann und woher kam Ihr Sinneswandel?

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Erstens war das zu dem damaligen Zeitpunkt eine Absprache zwischen den Koalitionsfraktionen. Ich habe gesagt, dass wir uns in den Koalitionsfraktionen besprechen. Deshalb hat zu dem Zeitpunkt kein Redner darüber diskutiert.

Zweitens gibt es natürlich einen Unterschied in der Entstehung. Es ist vorhin bereits nachgefragt worden: Der Unterschied ist, dass diese Straßenausbaubeiträge jetzt vielleicht noch bei 20 % fällig werden und sich bei etwa 80 % schon erledigt haben.

(Daniel Rausch, AfD: Wie lange sollen wir denn noch warten? Mann!)

Aber wir haben die Entwicklung - die haben Sie selbst noch nie geleugnet -, dass es in den letzten Jahren zu massiven Baupreiserhöhungen gekommen ist und es dadurch natürlich eine ganz andere Dimension angenommen hat, als es der Gesetzeslage vor vielleicht zehn, 15 oder 20 Jahren entsprochen hat. Dies haben wir natürlich in unsere Überlegungen einbezogen.

Auch auf der kommunalen Ebene hat eine Veränderung stattgefunden. Die Bürgermeister haben in der Vergangenheit auf der Grundlage des Geset-

zes immer dazu gestanden und gesagt, es gehöre zu unserem rechtsstaatlichen System, dass sich die Betroffenen an den Kosten beteiligen. Das ist immer so durchgesetzt worden. Ich selbst habe als Bürgermeisterin - das leugne ich nicht - genauso die Satzung zu den Straßenausbaubeiträgen durch den Rat beschließen lassen und Bescheide unterschrieben.

Mittlerweile höre ich von vielen Bürgermeistern: Wir können es nicht mehr vertreten; wir können es unter diesen Bedingungen nicht mehr verantworten. Die Beträge haben sich verdoppelt, verdreifacht, teilweise vervierfacht. Das ist natürlich eine ganz andere Belastung für die Bürger als vielleicht vor 15, 20 Jahren.

(Ulrich Siegmund, AfD: Das war vor zwei Jahren aber auch schon der Fall!)

Deshalb gibt es die Änderung. Keiner in der Politik - auch Sie - ist nicht lernfähig.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi hat eine Frage. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Keiner ist lernfähig?

Silke Schindler (SPD):

Nicht lernfähig.

Daniel Roi (AfD):

Meine Damen und Herren! Wir reden nicht über Anträge, die vor mehr als zehn Jahren gestellt wurden. Damals gab es die Partei AfD noch gar nicht. Vielmehr reden wir über einen Antrag - das haben Sie nun selbst schon eingeräumt - aus dem Jahr 2018. Jetzt kommen wir vielleicht einmal zu dem Sinn von Anträgen. Wir haben es damals beantragt. Übrigens haben sich die LINKEN für diesen Antrag nicht einmal erhoben, um an das Rednerpult zu gehen. Ich bin froh, dass jetzt nicht nur vier Leute hier sitzen, sondern ein paar mehr zu dieser wichtigen Debatte gekommen sind.

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

Damals hat sich keine Fraktion dazu geäußert. Der Antrag hat keine Mehrheit erhalten. Sie haben ausdrücklich gesagt, den Worten des Innenministers Stahlknecht sei nichts hinzuzufügen.

Dann fanden die Kommunalwahlen statt. Sie haben sich bei den Kommunalwahlen auch dafür ausgesprochen, die Beiträge abzuschaffen. Nun ist es aber so, dass das offensichtlich noch nicht überall zu Ihrer Basis durchgedrungen ist. Zum Beispiel gab es eine Abstimmung in mehreren

kommunalen Parlamenten zu der Resolution. Im Kreistag Mansfeld-Südharz hat Ihre SPD dieser Resolution nicht zugestimmt.

Die erste Frage ist, warum das eigentlich so ist. Denn das, was Sie hier machen, ist aus meiner Sicht auch nur Show. Wenn Sie uns wirklich ernsthaft entgegentreten wollten, dann müssten Sie heute wirklich einmal das Datum nennen, zu dem die Kenia-Koalition beabsichtigt, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Ist das 2019, 2020 oder 2021? - Das ist die konkrete Frage.

Zum Kommunalabgabengesetz, das Sie gerade angesprochen haben, haben wir einen Entwurf vorgelegt.

(Silke Schindler, SPD: Ja, der war auch - -)

In dem Entwurf ging es darum, eine Kannbestimmung als Zwischenschritt einzufügen. Viele Bundesländer sind diesen Weg gegangen zu sagen: Wir überlassen es erst einmal den Kommunen. Auch gegen diesen Vorschlag haben Sie gestimmt. Also, so zu tun, als hätte die AfD hier nichts eingebracht, ist völliger Quatsch. Sie haben alles abgelehnt. Damals waren Sie für die Straßenausbaubeiträge.

Jetzt bitte ich Sie: Nennen Sie das Datum. Denn das erwarten die Bürgerinitiativen, damit es in den Kommunen Planungssicherheit gibt. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Zu dem ersten Punkt habe ich gerade Stellung bezogen. Ich war die erste Rednerin - ich bin nach dem Minister meistens die erste Rednerin - und habe deshalb natürlich Bezug auf die Rede des Ministers genommen. Die anderen Kollegen haben sich dem angeschlossen.

(Matthias Büttner, AfD: Das kontrollieren wir!)

Zum zweiten Punkt. Ich habe Ihnen gerade dargestellt, dass wir ganz intensive Diskussionen mit unseren Koalitionspartnern führen und derzeit über zwei Termine - nämlich über den 1. Januar 2020 und den 1. Januar 2021 - sowie über die Voraussetzungen sprechen, die zu dem entsprechenden Zeitpunkt vorliegen müssen. Ich habe Ihnen in meiner Rede gerade gesagt, welche Voraussetzungen zu welchem Stichtag wie vorhanden sein müssen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das verstehen die nicht!)

Diese Diskussionen werden derzeit geführt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Zu der Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Genau diese Kannregelung - das haben wir damals begründet; ich habe auch in meinem gerade gehaltenen Redebeitrag gesagt, dass die Vorschläge, die Sie unterbreitet haben, alle untauglich waren, um das Problem zu klären - führt nämlich dazu,

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

dass die Kommunen in die schwierige Situation versetzt werden zu entscheiden, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben oder nicht. Die Situation, die Sie gerade beschrieben haben, nämlich dass die Kommunen nicht wissen, wie sie entscheiden sollen, würde keinen Deut anders werden.

Vielmehr haben wir gesagt: Wir wollen das Problem nicht von der Landesebene auf die kommunale Ebene verlagern - nach dem Motto: Den schwarzen Peter haben dann die Gemeinden, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden und letztlich gar nicht über die Regelung entscheiden können, sondern in die Zwangssituation kommen, trotzdem Straßenausbaubeiträge zu erheben. Wir wollten es nicht auf diese Ebene herunter delegieren. Das wäre eine Scheinlösung gewesen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Schindler für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Knöchel. Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Mit einem lapidaren Satz versucht die antragstellende Fraktion, ihrer eigenen Verantwortung als Teil dieses Parlaments aus dem Weg zu gehen. Vor zwei Jahren noch hatten wir Verständnis dafür, dass Sie keinen Gesetzentwurf vorlegen konnten. Jetzt sind zwei Jahre ins Land gegangen. Sie stellen sich wieder hin und außer heißer Luft haben Sie nicht viel zu bieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu kommt noch, dass die vor zwei Jahren aufgestellte Forderung hieß, alle gezahlten Straßenausbaubeiträge sollen zurückgezahlt werden. Jetzt wollen Sie einen Stichtag: 1. Januar 2020.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Ja, was denn nun? - Die Menschen wollen Verlässlichkeit, aber mit der AfD wird das nichts. Das muss man hier ganz klar herausstellen.

Ich darf an dieser Stelle daran erinnern - ich habe es vorhin schon getan -, dass seit November 2018

unser Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 einschließlich eines Vorschlags zur Kompensation der Einnahmeausfälle für die Städte und Gemeinden vorliegt. Aber: Ja, die Koalitionsfraktionen konnten sich noch immer nicht einigen. Das mag ein Armutszeugnis sein. Einen solchen Umgang mit ihren Interessen haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie die Menschen und die Kommunen im Land nicht länger im Ungewissen, meine Damen und Herren von der Koalition. Sie brauchen endlich Planungssicherheit und Beitragsgerechtigkeit. Die Diskussion um einen Stichtag und einen Wettbewerb um Stichtage brauchen wir allerdings nicht.

Vielleicht noch ein kleiner Hinweis. Sie haben wahrscheinlich den Eindruck, dass unser Gesetzentwurf die Ausgeburt linkssozialistischen Gedankenguts ist. - Ich muss Sie enttäuschen. Er lehnt sich an das an, was im Freistaat Bayern Praxis und Regelungsgehalt ist. Vielleicht hilft Ihnen das ein bisschen weiter. Wir haben also geschaut, was andere Bundesländer gemacht haben.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Und auf die Klagen, die dort anhängig sind?)

- Nichts wird ohne Rechtsstreit ablaufen, Herr Fraktionsvorsitzender Borgwardt. - Aber dort funktioniert es. Dort sind sie abgeschafft worden. Wie gesagt: Sie können Bayern gern als linkssozialistisches Experiment bezeichnen; das ist aber Quatsch.

Wir haben einen machbaren Vorschlag unterbreitet. Wir haben auch gesagt, die Kommunen sollen nicht allein gelassen werden. Wir haben einen Vorschlag zur Finanzierung unterbreitet: Ein Teil soll aus den Schlüsselzuweisungen im FAG kommen; ein Teil muss aus den allgemeinen Haushaltsmitteln kommen, die das Land noch immer nicht an die Kommunen weitergegeben hat. All das kommt von Ihnen nicht. Stattdessen führen Sie uns immer wieder in eine Debatte hinein, die zu nichts führt.

Ihre Kannregelung - Frau Schindler hat es nicht deutlich genug gesagt; wir haben es damals gesagt - führt dazu, dass in unserem Bundesland, in dem es sehr wohl wohlhabende Gemeinden gibt und in dem es sehr arme Gemeinden gibt, diejenigen Gemeinden, in denen tatsächlich viel Geld vorhanden ist, bessere Straßen haben. In denjenigen Gemeinden, in denen kein Geld vorhanden ist, werden die Bürger dann noch stärker zur Kasse gebeten. Eine Kannregelung führt nicht zu Gerechtigkeit. Sie führt auch nicht zu Gerechtigkeit für die Bürger. Deswegen lehnen wir sie ab.

Wenn, dann müssen gleiche Maßstäbe für alle gelten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, es gibt eine Frage seitens Herrn Raue.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Gern.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Knöchel, Sie verbinden permanent die Ernsthaftigkeit einer parlamentarischen Initiative mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist Aufgabe des Parlaments!)

Die erste Frage: Können wir daraus jetzt ableiten, dass alle bloßen Anträge, die Sie im Parlament vorlegen

(Zuruf von der LINKEN: Ah!)

und nicht gleich mit einem Gesetzentwurf verknüpfen, nicht ernst gemeint sind und nur für den Showeffekt gestellt werden?

Die zweite Frage: Rechnen Sie damit, dass der Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben - wie gut er ist, sei dahingestellt -,

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Er ist toll! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE, lacht)

selbst wenn die AfD ihm zustimmt, in diesem Haus eine Mehrheit findet? Oder sagen Sie nicht auch: Die LINKE kann sich zwar Gesetzentwürfe ausdenken, sie wird sie aber niemals gemeinsam mit der CDU, der SPD und den GRÜNEN umsetzen? Denn die folgen Ihren Gesetzentwürfen nicht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Das war wieder so viel. Also, Punkt 1: Zu Sachverhalten, zu denen man eine klare Position hat und weiß, was man will, und zu denen es in anderen Ländern klare Regelungen gibt, die das unterstreichen, was man will, kann man einen Gesetzentwurf vorlegen. Das ist richtig. Wir führen nachher zum Beispiel eine Debatte zum Thema Krankenhausfinanzierung, bei der es noch ganz viele

Fragestellungen gibt. Dazu legt man einen Antrag vor, weil man genau in diesem Punkt vielleicht gemeinsam im Parlament nach Lösungen sucht und die Regierung, die über umfassendes Wissen verfügt, in die richtige Richtung drängen möchte. In dem Fall stellt man einen Antrag.

(Matthias Büttner, AfD: Haben wir ja gemacht!)

Herr Raue, Sie sollten wissen - Sie sind jetzt schon eine ganze Weile Mitglied des Parlaments -, dass Sie einen Antrag gestellt haben, der völlig an der Sache vorbei geht. Denn dazu gibt es schon gesetzliche Regelungen.

Es ist tatsächlich das Schicksal von Oppositionsfraktionen, dass ihre Anträge nicht immer positiv beschieden werden. Aber seitdem wir unseren Gesetzentwurf vorgelegt haben, hat die gesellschaftliche Debatte doch einiges an Fahrt aufgenommen. Die SPD hat eine innerparteiliche Debatte dazu geführt, die GRÜNEN haben sie geführt, auch die CDU führt sie. Ich glaube, diesbezüglich haben wir ein Stück vorgelegt. Das ist Wirkung von Opposition. Aber Wirkung von Opposition erzielt man nicht, indem man zum 100. Mal unvollständige Sachen ins Parlament einbringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi hat sich noch zu Wort gemeldet. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Ich danke dem Kollegen Knöchel wirklich ausdrücklich dafür, dass er jetzt erklärt hat,

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

wie das in einem Parlament funktioniert, wenn Anträge eingereicht werden. Denn auch DIE LINKE hat schon einmal einen Antrag zu dem Thema gestellt, in dem es auch um das Beitragsmoratorium ging - ja, Sie nicken. Uns haben Sie etwas vorgeworfen und gefragt, warum wir Anträge stellen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Nee, wir haben Ihnen vorgeworfen, dass Sie im Gegensatz zu uns kein Gesetz einreichen!)

Also das war vorhin wirklich - -

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Wir haben gefragt, warum Sie nach vier Jahren immer noch denselben Antrag stellen.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Daniel Roi (AfD):

Lassen Sie mich einmal ausreden. - Es war wirklich neben der Spur. Ich will nur sagen: Sie haben das richtig erklärt, aber die gesellschaftliche Debatte und die Debatte hier im Haus in den Fraktionen hat mit dem ersten Antrag der AfD-Fraktion begonnen, bei dem Sie sitzen geblieben sind und sich nicht einmal zum Thema geäußert haben. Das wollen wir einmal festhalten. Aus dem Grund bin ich sehr stolz, dass wir die Debatte angestoßen haben und Sie dann irgendwann auf den Zug aufgesprungen sind. - Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, Sie haben noch einmal das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Na ja, wir können jetzt in die historische Betrachtung übergehen. Dabei müsste man sagen: Der Anfang der Debatte war wohl unser Wahlprogramm, in dem wir klar und deutlich Stellung dazu bezogen haben.

Es ist normal, dass man dann auch nach umsetzbaren Wegen sucht, dass man das auch in entsprechende Gesetze einfügt, Herr Roi.

Es geht in einem Parlament tatsächlich nicht um einen Wettlauf. Herr Büttner redete nicht davon, dass Sie die Straßenausbaubeiträge abschaffen wollen. Seine Rede war vielmehr davon geprägt, dass Sie die Sieger im Antragstellen seien.

(Matthias Büttner, AfD: Nö, wir wollen sie abschaffen!)

Man kann allerdings nicht Sieger sein, wenn man in die falsche Richtung läuft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das funktioniert nicht. Vielmehr muss man in einem Parlament schon wissen, was man tut. Wie gesagt, lesen Sie noch einmal die Rede Ihres Kollegen nach. Sie haben diese ja auch gehört. Darin ging es selten um Straßenausbaubeiträge. Es ging darum, dass die CDU die Wahl verliert, dass unser Gesetzentwurf schlecht ist, ohne das näher zu begründen, dass die SPD doof ist. Alles das hat er erzählt.

(Matthias Büttner, AfD: Das habe ich nicht gesagt!)

Aber er hat sehr wenig dazu gesagt, was die Menschen in diesem Land wirklich bewegt, nämlich die Frage, wann die Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden und zu welchen Bedingungen.

(Daniel Roi, AfD: Das steht im Antrag!)

Das steht in unserem Gesetzentwurf. Sie haben nur ein Datum genannt, Herr Roi; mehr ist es nicht. Das ist so schwach, dass wir den Antrag heute ablehnen, zumal wir für die rückwirkende Abschaffung ab dem 1. Januar 2019 sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es besteht kein weiterer Redebedarf. Dann danke ich Herrn Knöchel für den Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Meister das Wort. Aber bevor ich Herrn Meister das Wort erteile, begrüße ich ganz herzlich Damen und Herren des Teutloff-Bildungszentrums Wernigerode in unserem Hohen Hause. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Meister, jetzt haben Sie das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe Zweifel daran, dass es sinnvoll ist, die Anträge zu den Straßenausbaubeiträgen nur in kurzen Intervallen auf die Ausschüsse niederprasseln zu lassen.

Herr Büttner, auch in Ihrer Rede habe ich das nicht wirklich verstanden; denn es war ja eine Wahlkampfreden. Machen wir uns nichts vor.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Wir sind zwar noch gar nicht im Wahlkampf, aber es war eine Wahlkampfreden. Ihre Rede war recht unsachlich, beschäftigte sich mit Schuldfragen und damit, wer wann was zuerst machte.

Wir sind bei dieser Frage momentan aber in einer anderen Phase. Das Haus ist sich einig - das ist nicht so oft der Fall - in dem Ziel, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Jetzt geht es um die Umsetzung. Diese ist knifflig und von daher wäre jetzt ein anderes Vorgehen angezeigt. Aber gut, der Antrag gibt zumindest Gelegenheit, vor versammelter Öffentlichkeit den aktuellen Sachstand der Diskussion zu erörtern. Ich kann das natürlich nur für die Koalition bzw. für meine Fraktion machen.

Die Koalition schwitzt weiterhin in ihrer Arbeitsgemeinschaft über den verschiedenen Optionen. Problematisch ist aktuell der Zeitdruck, der jetzt nicht durch den x-ten Abschaffungsantrag entsteht, sondern schlicht durch die Terminkette des Haushaltplans.

Wenn wir eine sinnvolle Lösung finden, dann wird diese in den Jahren 2020/2021 Geld kosten, da wir die Kommunen mit den Ausfällen nicht im Regen stehen lassen können. Das heißt aber,

dass wir im aktuell verhandelten Doppelhaushalt schon Vorsorge treffen müssen. Wir müssen also im Februar bzw. März zumindest in den Grundzügen eine Lösung präsentieren. Das wird angesichts des jetzigen Verhandlungsstandes zumindest sportlich.

Aktuell liegen erst einmal die grundsätzlichen Optionen unabhängig von den Fraktionen vor. Es liegen schlicht und einfach nur die Optionen auf dem Tisch. Es sind insgesamt sechs Optionen, zwischen denen man, so meine ich, eine Entscheidung treffen muss. Ich verzichte bewusst auf eine Bewertung der vorläufigen Verhandlungspositionen der Koalitionspartner. Das wäre weder sinnvoll noch fair. Die Möglichkeiten unterscheiden sich nach drei Anknüpfungspunkten und jeweils zwei unterschiedlichen Stichtagen.

Eine Möglichkeit ist ein Abstellen auf den Beginn der Planungen von Straßenbaumaßnahmen. Diese Option hat allerdings gravierende Nachteile. In den nächsten zehn Jahren würden, wenn man sich für eine solche Variante entscheiden würde, noch Beitragserhebungen erfolgen, weil dann die Planungen erst beginnen und Kommunen vor der absurden Situation stünden, dass die Weiterführung begonnener Planungen für ihre Bürger teuer würde, die Neuplanung der Nachbarstraße allerdings nicht, weil sie vom Land bezahlt wird.

Ich halte diesen Weg, egal ob der Stichtag 2020 oder der Stichtag 2021 gewählt wird, nicht für gangbar. Kurioserweise würde dieses ziemlich absurde Vorgehen mit Ihrem Antrag übereingehen, weil Sie sich nicht mit der Frage befassen, welches eigentlich der Anknüpfungspunkt ist, sondern schlicht die Jahreszahl genannt haben. Insofern ist der Antrag in der Qualität nicht so schön.

Eine andere Option ist das Brandenburger Modell. Es stellt auf die Entstehung der Beitragspflicht, also die Fertigstellung der Straße ab. Der Anknüpfungspunkt ist dabei schon deutlicher. Nachteil ist aber auch hier, dass über einen Zeitraum von etwa vier Jahren noch Beitragsbescheide eintrudeln können.

Die dritte Option ist das bayerische Modell, dem ich zuneige. Bescheide würden danach ab einem bestimmten Stichtag verboten. Jeder kann also durch einen Blick auf seinen eigenen Bescheid feststellen, ob er noch zahlen muss oder nicht. Diese Variante kann am besten den Frieden herstellen, führt aber naturgemäß auch zu den höchsten Beitragsausfällen und damit auch zu den höchsten Kosten für das Land.

Hinzu kommt die Frage des Stichtags. Diskutiert wird darüber, ob rückwirkend ab 2020 oder zukünftig ab 2021.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

- Ja, aber ich rede hier über die Diskussion innerhalb der Koalition. Ich weiß, dass DIE LINKE noch einen anderen Vorschlag hat, aber in der Koalition standen diese beiden Stichtage zur Diskussion. Zukünftige Stichtage haben einen Nachteil, nämlich dass dann zulasten des Landes ungünstige Fallgestaltungen auftreten können und sich zugleich die dann noch Betroffenen extrem ungerecht behandelt fühlen. Bei einem rückwirkenden Stichtag stellt sich dieses Problem nicht, aber diese Variante ist natürlich teurer.

Ob es vor dem Hintergrund der Missbrauchsanfälligkeit eines zukünftigen Termins tatsächlich viel teurer ist, kann man aber bezweifeln. In der Tendenz spricht, so meine ich, einiges für einen rückwirkenden Termin. Das Problem ist dann, wie bei allen anderen Punkten auch, die Finanzierung. Aktuell werden gerade die unterschiedlichen fiskalischen Auswirkungen geklärt, um eine Entscheidungsgrundlage zu haben und dann auch die derzeit zwischen den Koalitionspartnern noch völlig offene Frage der Form der Finanzierung zu klären.

Es zeichnet sich ab, dass wir natürlich den konkreten Beitragsausfall der Kommunen an betroffenen Maßnahmen per Spitzabrechnung erstatten müssten. Für zukünftige Maßnahmen sollte aber eine unbürokratische Pauschale angestrebt werden.

Das ist der aktuelle Stand der Diskussion. Ich hoffe, dass wir in der Koalition einen zügigen Durchbruch erreichen. Das werden die weiteren Verhandlungen zeigen. - Danke.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, es gibt zwei Fragen. - Als Erster Herr Harms.

Uwe Harms (CDU):

Herr Meister, Ihre Fraktion hat einen konkreten Vorschlag zur Finanzierung der ganzen Sache unterbreitet. Den kennen wir. Nun würde eine solche Steuererhöhung dazu führen, dass man als Einnahme eine allgemeine Steuer erhebt anstelle einer zweckgebundenen Abgabe, bei der ja der entsprechende Entscheidungsträger, also die Kommune, die Wahl hat, wie die Mittel verwendet werden.

Würden Sie erwarten, dass in Zukunft durch diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Entscheidungsfindung mehr oder weniger Straßenbaumaßnahmen stattfinden? Und halten Sie es für wahrscheinlich, dass eine Kommune abzuwägen hat, ob sie diese Mittel dann für Maßnahmen der Kinderbetreuung oder für die Förderung des

öffentlichen Nahverkehrs oder für Straßenbaumaßnahmen einsetzt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Sie haben recht. Wenn ich die Ausbaubeiträge abschaffe, wird es immer, egal wie ich es genau finanziere, durch Steuern finanziert sein. Es ist nur die Frage, ob ich diese schon erhoben habe oder ob ich etwas Neues einführe. Das ist der erste Punkt.

Dann zu der Frage, ob es mehr Maßnahmen geben wird. Ich würde davon ausgehen, dass die Bedürfnisse nach Ausbaumaßnahmen steigen würden und der Druck auf die Kommunalpolitik - „Jetzt baue bitte meine Straße aus“ - steigen wird. Ich kenne das aus eigenem Erleben. Die Bürger erscheinen tatsächlich beim Stadtrat Meister und sagen: „An unserer Straße wurde seit 120 Jahren nichts gemacht; ganz schön ist sie nicht, aber ausbauen müsst ihr sie jetzt nicht.“ Es besteht oftmals tatsächlich der dringende Wunsch, dem Ausbau einen Riegel vorzuschieben, weil die Leute Angst vor dem Bezahlen haben.

An dem Tag, an dem wir das ändern, stellt sich die Motivation natürlich anders dar; das ist mir klar und das ist auch menschlich. Dieselben Leute werden kommen und werden sagen: „Herr Meister, an unserer Straße wurde seit 120 Jahren nichts gemacht; die Stadt müsste da jetzt mal ran.“ Natürlich wird das so sein. Aber solche Wünsche hat man natürlich in allen Politikbereichen. Das muss sich in den Gesamtkontext des Haushaltes der Kommune einbetten lassen. Das ist Kommunalpolitik und das entspricht dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung.

Wir als Land sind natürlich darum bemüht, den Kommunen die Mittel, die wir ihnen mit dem Gesetz streichen würden, wieder zur Verfügung zu stellen. Das ist unsere Aufgabe im Rahmen der Konnexität.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms hat noch eine Nachfrage.

Uwe Harms (CDU):

Müssten, um diesen Konflikt zu lösen, diese Zuweisungen an die Kommunen dann zweckgebunden erfolgen, damit auch tatsächlich die Rettungswege - Straßen sind ja auch Rettungswege - Beachtung finden, oder sind Sie dafür, dass man den Kommunen die Entscheidung überlässt, ob sie das Geld für die Verbesserung des Nahverkehrs, für Kinderbetreuung oder für Straßenbau-

maßnahmen, die eben auch Rettungswege sind, einsetzt?

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich selber bin für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und würde es tatsächlich den Leuten vor Ort überlassen, zu entscheiden, in welcher Reihenfolge sie das machen. Das kann von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sein. Es kann sein, dass die eine Kommune etwas für die Kindergärten tut. Es kann aber auch sein, dass die Gemeinden sagen, die Schulen und Kindergärten hätten sie saniert und jetzt stünden dringend die Straßenbaumaßnahmen an. Das ist ein Entscheidungsprozess, der vor Ort stattfinden muss.

Es ist auch schwierig, einen festen Betrag für die Investitionen in Straßenbaumaßnahmen vorzugeben. Der Umfang des Betrages ist ja eigentlich nur gegriffen aufgrund finanzieller Gegebenheiten, die wir einst entschieden haben, und hat mit dem tatsächlichen Ausbaubedarf, der regional unterschiedlich ist, nichts zu tun.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi hat noch eine Frage. - Herr Roi Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Herr Meister, Sie haben uns recht hastig beschrieben, wie die Verhandlungen ablaufen. Sie schwitzen in den Arbeitsgruppen, haben Sie gesagt.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja. Aber die Redezeit ist nicht so lang.

Daniel Roi (AfD):

Ja. Das ist alles in Ordnung. Aber wir haben ja gesehen, wie die öffentlichen Debatten vonstatten gingen. Für uns ist wichtig, dass man irgendwann einmal zum Punkt kommt. Deswegen wollen wir Ihnen auch helfen.

Sie werden mir darin recht geben, dass wir als Landtag irgendwann zumindest einmal den politischen Willen aufbringen müssen, um ein konkretes Datum festzulegen. Ich glaube, vor allem erst dann macht es Sinn, wenn Sie in den Haushaltsberatungen die Maßnahmen einleiten, um es umzusetzen. Aber vorher muss man doch erst einmal das Datum festlegen.

Das ist der Hintergrund unseres Antrages. Wir wollen Sie in Ihren Arbeitsgruppen sozusagen treiben, damit Sie vielleicht noch ein bisschen mehr schwitzen. Aber wir wollen Ihnen gleichzeitig

auch helfen, indem wir vorher das Datum festlegen wollen, und dann müssen Sie liefern. Denn letztlich entscheiden wir hier alle über den Haushalt. Aber dafür brauchen wir irgendwann einmal ein Datum, damit man die Regeln entsprechend umsetzen und die Mittel im Haushalt beschaffen kann. Das ist der Hintergrund.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Sie wollen erst das Datum!)

- Sie hätten ja auch einen Alternativantrag stellen können, der Ihr Datum enthält.

Meine Frage ist diese: Welches ist das von Ihnen favorisierte Datum, mit dem Sie in die Beratungen gehen wollen? - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich kann nur für meine Fraktion sprechen. Wir favorisieren das bayerische Modell mit einer Rückwirkung zum 1. Januar 2020. Das wäre meine Vorstellung.

(Robert Farle, AfD: Das ist doch unser Antrag!)

Die Finanzierung ist aber offen. Wie wir uns die Finanzierung vorstellen, habe ich gesagt. Aber welche Größenordnungen das sind, weiß ich nicht.

Das Absurde an Ihrem Antrag ist: Sie fragen nach einem Datum, klären aber gar nicht, was zu diesem Datum eigentlich passiert. Ich habe die verschiedenen Beispiele genannt.

Wenn man die erste Variante nimmt, die ich genannt habe, also Anknüpfung an den Planungsbeginn, dann können Sie den 1. Januar 2020 als Stichtag beschließen; Beitragsbescheide kommen aber noch bis 2030. Das ist nach Ihrem Antrag möglich. Ich weiß, dass Sie das nicht wollen. Aber das haben Sie nicht geregelt. Insofern fragen Sie nach einem Datum, sagen aber gar nicht, was passieren soll.

Wenn Sie die harte bayerische Variante nehmen, dann sind Sie mit dem 1. Januar 2021 als Stichtag immer noch relativ gut dabei, weil es dann tatsächlich zu Ende ist. Insofern ist die Frage, die Sie in Ihrem Antrag stellen, nicht wirklich hilfreich.

Ich habe nur den momentanen Diskussionsstand aufgelistet. Dazu habe ich eine Meinung. Aber was sich am Ende durchsetzt, werden wir sehen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie sehen, Frau Funke hat noch eine Frage.

Lydia Funke (AfD):

Herr Meister, ich verstehe die ganze Herumeierei um ein Datum an dieser Stelle nicht,

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

und auch nicht die ganze Diskussion darüber. Warum kann nicht einfach der Antrag gestellt werden, dass wir das im Ausschuss besprechen? Dort kann man darüber doch miteinander reden. Auch von den LINKEN wurde schon gesagt, wir müssten überparteilich eine gemeinsame Lösung finden. Aber dies findet per se nicht statt, weil dieser Antrag von der AfD kommt; so scheint es mir zumindest. Für alle wäre es doch nützlich, wenn zumindest Sie als Koalitionsfraktionen eine Ausschussüberweisung beantragen, um es dort und nicht hier im Plenum sachlich und in aller Ruhe zu besprechen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Der Witz ist eben, dass wir momentan innerhalb der Koalition eine einheitliche Meinung brauchen; diese ist noch nicht da. Das kann ich ganz offen sagen. Ich habe die verschiedenen Optionen aufgezählt und jetzt muss die Koalition zu sich finden. Diese Situation würde durch eine Ausschussberatung auch nicht besser werden. Jeder kann eine Ausschussberatung herbeiführen. Sie können einen Selbstbefassungsantrag stellen und, zack, beraten wir darüber im Ausschuss.

Der Gesetzentwurf der LINKEN wird ohnehin im Ausschuss beraten. Das Problem, dass das nicht einfach im Landtag beraten wird, geht darauf zurück, dass wir zwar wissen, dass die Mehrheit für die Abschaffung im Landtag gegeben wäre, aber noch keine Mehrheit haben hinsichtlich der konkreten Form der Abschaffung.

Das ist eben tatsächlich nicht mit einem Federstrich zu machen, sondern bringt - Sie merken es - diffizile Probleme mit sich. Diese müssen am Ende gelöst werden; es muss letztlich auch passen, sowohl finanziell als auch für die Leute.

Wenn ich mit der Variante, die ich als negativ beschrieben habe, um die Ecke komme, dann können wir zwar sagen, dass die Beiträge abgeschafft worden sind, aber die Leute hauen uns auf der Straße - jetzt natürlich nur verbal -, weil es natürlich nicht wirklich eine Abschaffung wäre, wenn ich mit einer solchen Anknüpfungstat um die Ecke komme. Das ist meine Meinung.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Meister für den Redebeitrag. Für die CDU-

Fraktion spricht jetzt der Abg. Herr Krull. - Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschäftigt uns schon seit geraumer Zeit. Wir machen uns die Diskussion nicht einfach, auch weil es nicht Thema des Koalitionsvertrages von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist.

Es ist kein Geheimnis, dass meine Fraktion bezüglich der avisierten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht in Gänze in Jubelstürme ausgebrochen ist. Diese kritische Betrachtung des Sachverhalts wurde auch von den kommunalen Spitzenverbänden lange geteilt.

Bezüglich der Rechtmäßigkeit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen möchte ich beispielhaft ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2018 zitieren. Darin heißt es:

„Ein Straßenbaubeitrag ist grundsätzlich als nichtsteuerliche Abgabe mit Gegenleistungscharakter gerechtfertigt. [...] Der Straßenbaubeitrag wird zur Finanzierung des Straßenausbaus oder -umbaus [...] gegenleistungsbezogen erhoben. Der durch den Straßenbaubeitrag ausgeglichene Sondervorteil des Grundstückseigentümers besteht in der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeit der Zufahrt oder des Zugangs zu einer öffentlichen Verkehrsanlage. Entgolten wird nicht die schlichte, auch der Allgemeinheit zustehende Straßenbenutzungsmöglichkeit, sondern die einem Grundstück [...] zugutekommende Erhaltung der wegemäßigen Erschließung. Dieser Vorteil ist geeignet, den Gebrauchswert der begünstigten Grundstücke positiv zu beeinflussen [...]. Diese Grundsätze gelten sogar für einen wiederkehrenden Beitrag [...].“

Soweit die rechtlichen Aspekte.

In der aktuellen Diskussion geht es aber um den politischen Willen, Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Wir stehen als CDU-Fraktion einer möglichen Abschaffung dann offen gegenüber, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die zahlreichen Fragen geklärt sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Als Erstes muss geklärt werden, wie eine Abschaffung erfolgen könnte. Folgen wir dem bayerischen Modell eines Beitragserhebungsverbotes? - Das hieße, zu einem bestimmten Stichtag würden keine Bescheide mehr erlassen. Damit wäre für die Bürger klar, wann und welche Art von Be-

lastungen auf sie zukommen. Was den Zeitraum davor betrifft, gilt der Grundsatz: Bescheid ist Bescheid, bezahlt ist bezahlt.

Eine andere Möglichkeit wird in Brandenburg gewählt. Dort hat man auf das Entstehen der sachlichen Beitragspflicht abgehoben. Es wurde festgelegt, dass zu einem Stichtag, soweit eine solche sachliche Beitragspflicht zum Beispiel durch die Beendigung der Baumaßnahme nicht bestand, keine Bescheide mehr erstellt werden dürfen.

Jetzt wird es etwas komplizierter: Denn sollte die Beitragspflicht bereits tatsächlich entstanden sein, müssten im Rahmen der bisherigen Festsetzungsverjährungsfrist die Kommunen immer noch entsprechende Bescheide erlassen. Das ist aber bei Weitem noch nicht die letzte Frage, die geklärt werden muss.

Kommen wir nun zu dem Thema der Wahl des Stichtags, das hier heute schon mehrfach thematisiert worden ist. Nehmen wir einmal den 1. Januar 2021 an. Dann wäre für alle Beteiligten klar, wohin die Reise geht. Eine Planbarkeit wäre vorhanden.

Sollte es, wie in dem Antrag vorgeschlagen, eine Rückwirkung geben, kommen noch erhebliche rechtliche Herausforderungen auf die Beteiligten zu: Welche Bescheide müssen aufgehoben werden? Welche Gelder müssen gegebenenfalls zurückgezahlt werden? Usw. usw.

Jetzt kommen wir auf ein ganz wesentliches Problem bei dieser Herausforderung zu sprechen, nämlich auf die Frage der Finanzierung. Für unsere Fraktion war es immer wichtig, die Bürger und die Kommunen zu entlasten. Das durch das Land wahrscheinlich gegenzufinanzierende Kostenvolumen würde sich auf 10 Millionen € bis 40 Millionen € jährlich belaufen. Belastbare Zahlen liegen uns noch nicht vor. Sicherlich wäre es im ersten Jahr weniger, aber in den Folgejahren würden uns diese Belastungen beim Haushalt Handlungsspielräume nehmen. Wenn ich meinen Finanzpolitikern richtig zugehört habe - das mache ich immer -,

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU)

dann komme ich zu dem Schluss, dass wir diese Spielräume gar nicht haben, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU)

Der nächste Aspekt ist die Frage, wie wir die Erstattung der Ausfälle bei den Kommunen regeln. Arbeiten wir mit Pauschalen? - Wenn wir das tun, dann müssen wir auch entsprechende Kriterien festlegen. Machen wir eine Spitzabrechnung? - Dann brauchen sowohl die Kommunen als auch das Land Fachpersonal, um die entsprechenden Prüfungen vornehmen zu können. Eine Änderung

des Kommunalabgabengesetzes wird Zeit erfordern, gerade weil hierbei umfangreiche Beteiligungs- und Anhörungsverfahren notwendig sind.

Sehr geehrte Damen und Herren der AfD-Fraktion, vielleicht sehen Sie, dass das Thema deutlich komplexer ist als das, was man mit einem einzigen Satz, aus dem der Antrag im Wesentlichen besteht, umsetzen könnte.

In Ihrem Antrag fehlt komplett der Deckungsvorschlag. Sie haben mündlich dazu etwas vorgetragen. Ich halte das aber - vorsichtig formuliert - für ungeeignet.

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU, von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Seien Sie sicher, wir arbeiten als Koalition sehr intensiv daran und Sie müssen uns nicht anregen, zu schwitzen. Wenn Sie dabei wären, wüssten Sie, dass wir bei diesen Diskussionen schon genug im Saft stehen - im positiven Sinne.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Der Antrag ist wegen Ungeeignetheit abzulehnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Herr Raue hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Sie haben jetzt relativ viel dazu gesagt, was zu bedenken ist. Zum Schluss sind Sie auf das einzig Wesentliche zu sprechen gekommen. Sie sind der Auffassung, dass bei einem Betrag von 10 Millionen € bis 40 Millionen € der finanzielle Rahmen im Land zurzeit nicht gegeben ist, zu dem Stichtag irgendwie zu handeln und die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Sie blockieren im Prinzip diese Sache seitdem.

Jetzt meine Frage: Sind Sie mit mir der Auffassung, dass zum Stichtag 1. Januar 2020 die Bundesregierung mindestens 100 Milliarden € - und die Landesregierung mindestens 1 Milliarde € - verschwendet hat, weil sie politisch völlig falsche Akzente setzt und weil sie dem Land eine Aufgabe und eine Verantwortung zuweist, die für Deutschland letztlich nie bestanden hat, nämlich Millionen von Menschen ins Land zu lassen, um für die eigenen Bürger nicht handlungsfähig zu sein?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Die Frage, was Verschwendung ist und was nicht Verschwendung ist, scheint in diesem Haus etwas unterschiedlich beantwortet zu werden. Ich glaube, jeder in unserer Fraktion hat dazu eine andere Auffassung. Ist Ihre Forderung, dass man Menschen, die in Not sind und die deshalb in diesem Land sind, verhungern lassen soll, weil das Geld dafür nicht zur Verfügung steht? Sollen wir diese Menschen nicht unterbringen? - Das wurde durch Ihre Frage doch gerade suggeriert.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Man kann sicherlich darüber streiten, ob jede Maßnahme korrekt ist. Aber mit solch einer pauschalen Aussage negieren Sie das Sozialstaatsprinzip unseres Landes.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine leistungsfähige Sozialstaatsstruktur in diesem Land haben.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei der LINKEN und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, es gibt eine Nachfrage von Herrn Raue. - Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Die Handlungen damals wurden immer mit der Asylgewährung für die Personen begründet, die nach Deutschland geflüchtet sind. Die damalige Grenzöffnung ist ein massiver Rechtsbruch gewesen.

(Unruhe - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch Unfug!)

Es gab keinerlei Begründung für die Bundesregierung, diese Menschen aufzunehmen, weil sie aus sicheren Herkunftsstaaten gekommen sind.

(Starke Unruhe - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch Käse!)

Aus diesem Grund ist es eine Verschwendung von Steuergeld gewesen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Können Sie mal aufhören, diese völkischen Ideen zu verbreiten? - Weitere Zurufe)

Denn es hat schlicht die Rechtsgrundlage gefehlt, diese Menschen in diesem Umfang aufzunehmen.

(Anhaltende Unruhe - Zurufe)

Das wollen Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Das hat nichts mit Straßenausbaubeiträgen zu tun!)

Die Asylfolgekosten belasten über Generationen hinweg. Sie wirken aber auch jetzt in der Gegenwart so stark, dass Sie sich selbst handlungsunfähig gemacht haben, selbst wenn es um 10 Millionen € bis 20 Millionen € im Haushalt geht. Ich glaube kaum, dass es um 40 Millionen € geht. Denn in Bayern ging es auch nur um 26 Millionen €. Und Bayern ist wesentlich größer als Sachsen-Anhalt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, fassen Sie sich kurz.

Alexander Raue (AfD):

Ich bitte Sie! Sie stellen nicht einmal Peanuts für die eigene Bevölkerung zur Verfügung,

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue!

Alexander Raue (AfD):

während Sie der Welt helfen wollen.

(Zustimmung bei der AfD - Oh! bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fassen Sie sich kurz! - Herr Krull, Sie können ihm antworten.

Herr Raue wollte mehr oder weniger begründen,

(Unruhe - Zuruf von der SPD)

warum es eine Steuerverschwendung gab.

(Unruhe - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Tobias Krull (CDU):

Herr Vizepräsident, es sei mir gestattet. Ich bin in der Lage, die Frage zu verstehen, die formuliert worden ist.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Sie haben jetzt das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Die Frage betrifft nicht das Sachthema. Deswegen werde ich die Frage nicht beantworten. Ich gebe nur einen Hinweis: Die 26 Millionen € in Bezug auf Bayern entstammen vielleicht Ihrer Fantasie, sind aber keine realen Zahlen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Krull für den Redebeitrag.

(Oliver Kirchner, AfD, meldet sich zu Wort - Tobias Krull, CDU, entfernt sich vom Rederpult)

Herr Krull! - Dann können Sie nur noch eine Kurzintervention tätigen.

Oliver Kirchner (AfD):

Es ist eben auch so: Wenn sich Herr Krull da vorn hinstellt und meint, wir würden Menschen in Not nicht helfen wollen,

(Unruhe)

dann muss ich Ihnen natürlich sagen, dass wir jedem Menschen in Not helfen wollen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE, lacht)

Nun frage ich mich aber: Wenn es so viele negative Asylbescheide gibt, waren die Menschen dann wirklich in Not, Herr Krull?

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Das ist die Frage, die wir uns stellen sollten. Wir sollten überlegen, ob wir Sachleistungen statt Geldleistungen geben. Viele Menschen, die hierher kommen, sind eben nicht in Not. Denn es gibt viele negative Bescheide.

(Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull steht nun doch zur Beantwortung der Frage zur Verfügung. - Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Wir können gern bei einer anderen Gelegenheit über die verschiedenen Schutzstatus, die im deutschen Recht vorhanden sind, diskutieren, auch darüber, was Asyl ist und was andere Rechtsgrundlagen sind, um Schutz bzw. einen Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Der Asylstatus ist ein sehr herausgehobener Schutzstatus. Es gibt aber andere Schutzstatus, die an der Stelle auch zur Anwendung gekommen sind. Deswegen würde ich mich nicht auf die Quote tatsächlich anerkannter Asylbewerber beziehen. Denn dafür sind die Hürden sehr hoch. Es gibt auch andere Rechtsauslegungen. Diese kennen auch Sie. Aber vielleicht ist das wieder zu komplex für Sie. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Dann ist diese Runde abgehakt. Jetzt spricht noch einmal der Abg. Herr Büttner für die AfD-Fraktion.

(Oh! bei der SPD)

Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es gleich vorweg: Ich werde nach diesem Redebeitrag wirklich keine Fragen mehr beantworten.

(Lachen - Rüdiger Erben, SPD: Das kann ich gut verstehen! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Gott sei Dank!)

Ich habe vorhin ausgiebig Fragen beantwortet. Dabei kam nicht wirklich etwas herum, weil Ihre Fragen inhaltlich nicht so gestellt worden sind, dass sie einen Sinn ergaben.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen jetzt, was heute passiert ist. Es ist Folgendes passiert: Die AfD-Fraktion hat einen Antrag gestellt. Der Antrag hat das Ziel oder das, was man damit bezweckt hat, erfüllt.

(Zurufe von Oliver Kirchner, AfD, und von Dr. Falko Grube, SPD - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Wir wollten wieder Bewegung in die Debatte bringen.

(Zustimmung bei der AfD - Unruhe)

Das Problem, das wir in Sachsen-Anhalt haben und das auch jedem Bürger in diesem Land auffällt, ist Folgendes: Die Kenia-Koalition behauptet, sie will die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Aber die Straßenausbaubeiträge sind immer noch nicht abgeschafft worden. Wenn man ganz ehrlich ist, dann kann auch niemand sagen, wann sie abgeschafft werden sollen. Wir wollen mit unserem Antrag einfach mehr Klarheit für die Bürger und die Kommunen, damit sie Planungssicherheit haben.

(Zuruf von Jens Kolze, CDU)

Ich denke, das müsste in aller Interesse und im Interesse aller Vertreter in diesem Parlament sein. Diese Debatte macht deutlich, was in diesem Land falsch läuft. Kenia lähmt Sachsen-Anhalt. Kenia führt nicht zu einer Verbesserung für die Menschen in unserem Land, sondern Kenia führt dazu, dass die Menschen unsicher sind und dass einige Kommunen aufgehört haben, Straßenausbaumaßnahmen durchzuführen.

(Jens Kolze, CDU: Das liegt an uns!)

- Das liegt an uns. Denn wir treffen keine Entscheidung. Das ist doch logisch.

(Zuruf: Das doch Quatsch! - Jens Kolze, CDU: Das ist eine kommunale Aufgabe!)

- Ja, es ist eine kommunale Aufgabe. Aber natürlich sagen die Stadträtinnen und Stadträte jetzt:

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Moment mal! Wir werden jetzt erst einmal nichts mehr tun, solange die sich nicht geeinigt haben, weil wir nicht wissen, wie es am Ende ausgeht und weil keine Planungssicherheit besteht.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf das Schreiben der Hansestadt Salzwedel eingehen, das mir übersandt worden ist. Ich denke, es werden auch viele andere dieses Schreiben übersandt bekommen haben. In der Hansestadt Salzwedel hat der Stadtrat einstimmig - ich sage das noch einmal ganz, ganz deutlich: einstimmig - eine Resolution verabschiedet. Die Resolution beinhaltet ganz deutlich die Forderung nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Hierdurch wird deutlich, dass die Menschen von Ihnen erwarten, dass Sie handeln

(Robert Farle, AfD: Genau!)

und sich nicht hier hinstellen und sagen: Da ist das nicht korrekt, da ist dies nicht korrekt - Herr Meister -, Sie haben dieses und jenes nicht aufgeschrieben. Ich frage mich deshalb, warum Sie keinen Änderungsantrag zu unserem Antrag stellen.

(Olaf Meister, GRÜNE: Wir brauchen den Antrag nicht!)

Sie sagen in diesem Parlament, dass wir nicht aufgeschrieben haben, was wir tatsächlich zum 1. Januar 2020 wollen. Das ist im Übrigen eine Frage, die ich sogar verstanden hätte, wenn sie mir denn jemand gestellt hätte.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Haben wir doch gestellt! - Weitere Zurufe)

Sie haben nur irgendwelche anderen unnützen Fragen gestellt. Ich beantworte Ihnen jetzt Ihre Frage: Wir wollen, dass kein Kostenbescheid gilt, der nach dem 1. Januar 2020 verschickt wird. Das heißt, nicht die Baumaßnahme ist der Beginn, auch nicht das Ende der Maßnahme,

(Zuruf von Jens Kolze, CDU)

sondern der Bescheid ist entscheidend. Wenn ein Kostenbescheid nach dem 1. Januar 2020 verschickt wird, dann soll er hinfällig sein und nicht mehr bezahlt werden müssen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das, was in diesem Land abläuft, ist ein Trauerspiel. Ich muss es noch einmal ganz deutlich sagen: Ich kann nur hoffen, dass Kenia nicht das Modell der Zukunft sein wird, dass dieses Land in der nächsten Legislaturperiode in irgendeiner

Form eine Besserung erfährt und dass wir endlich diesen Stillstand aufheben können und uns nach vorn gerichtet und positiv in die Zukunft gewandt mit diesem Land auseinandersetzen. Das ist das, was ich mir für Sachsen-Anhalt wünsche, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Büttner für den Redebeitrag. Herr Erben verzichtet auf seine Wortmeldung. Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 4 angelangt. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

Den Wunsch auf eine Überweisung des Antrags in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Daher stimmen wir jetzt direkt über den Antrag der AfD-Fraktion in der Drs. 7/5537 ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die Fraktion DIE LINKE.

(Matthias Büttner, AfD: Das war klar! Die Blockierer und Verhinderer!)

Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung von einem fraktionslosen Abgeordneten. Damit hat dieser Antrag nicht die Mehrheit des Hauses erhalten und ist abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt 4 ist somit erledigt.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 5

Erste Beratung

Öffentlich vor privat - Die Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts kurzfristig retten, langfristig sichern und zukunftsorientiert gestalten!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5544**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5576**

Einbringer für die Fraktion DIE LINKE ist der Abg. Herr Lippmann. Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was sich derzeit in der Krankenhauslandschaft in unserem Land abspielt, ist wirklich dramatisch. Seit Montag befinden sich die Beschäftigten in allen Ameos-Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt in einem unbefristeten Streik. Sie sehen keine andere Möglichkeit mehr, um ihren Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen und damit

endlich zur Regelung ordentlicher Arbeitsbedingungen zu zwingen.

Genau dieser Konzern, der uns gerade ungeschminkt die Folgen fortschreitender Privatisierung vorführt, hätte fast das nächste Krankenhaus in Sachsen-Anhalt kaufen können.

(Harry Lienau, CDU: Hat er aber nicht!)

Damit wäre er dem Ziel einer Monopolstellung in der Krankenhausversorgung wieder einen Schritt nähergekommen. Ameos, liebe Kolleginnen und Kollegen, schadet dem Land Sachsen-Anhalt,

(Beifall bei der LINKEN)

schadet den betroffenen Landkreisen, erst recht den Patienten und vor allem den Beschäftigten.

(Beifall bei der LINKEN - Guido Heuer, CDU: Also doch Planwirtschaft!)

Sie stehen jetzt Tag für Tag auf der Straße statt im OP-Saal und kämpfen für ihre Rechte. Wir wissen, wie schwer eine solche Entscheidung für die Beschäftigten und für die Gewerkschaft zu treffen ist, und wir ahnen, welche persönlichen Herausforderungen mit einem solchen Tarifkampf verbunden sind, aber diese Ansage an Ameos ist bitter nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben den größten Respekt vor diesen Beschäftigten und wir hoffen, dass es an jedem Tag mehr werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir stehen fest an ihrer Seite und werden sie weiterhin solidarisch unterstützen.

Dass das Burgenlandklinikum in letzter Minute doch nicht an Ameos verkauft wurde, verdanken wir auch diesem Arbeitskampf der Beschäftigten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben vielen die Augen geöffnet, mit wem wir es hier zu tun haben. Solche Konzerne dürfen sich nicht noch weiter in unserer Krankenhauslandschaft ausbreiten, sondern ihr Einfluss muss zurückgedrängt werden. Diese Lektion sollte jetzt auch die CDU gelernt haben. Die lautstarke Empörung über das Gebaren von Ameos ist zwar ein Anfang, aber kaum glaubhaft, wenn weiterhin nicht anders gehandelt wird.

Mit dem Verkauf des Burgenlandklinikums an einen frei-gemeinnützigen Träger ist zwar vorerst das Schlimmste verhindert worden, es ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Kritik; denn es bleibt eine Privatisierung.

Die Landesregierung hätte sich von Beginn an konsequent engagieren müssen, um die Insolvenz

und letztlich den Verkauf eines weiteren kommunalen Krankenhauses zu verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Land hat den Landkreis im Regen stehen lassen und nicht alles unternommen, um das Burgenlandklinikum in öffentlicher Trägerschaft zu erhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist glattes Staatsversagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Landesregierung, die kommunales Tafelsilber vergeudet und die Sicherung der Gesundheitsversorgung aufs Spiel setzt, braucht dieses Land nicht.

Die Alternativen lagen auf dem Tisch.

(Oliver Kirchner, AfD: Hier sitzt sie!)

Die Übernahme durch die Uniklinik Halle wäre ein Weg gewesen. Sie ist bewusst verhindert worden; denn ohne Unterstützung durch das Land konnte das Uniklinikum das Übernahmeangebot nicht stemmen. Am Ende mussten undurchsichtige Risikobewertungen herhalten, um den Rückzug der Uniklinik zu begründen.

Es gab den Vorschlag der Sozialministerin, einen Investitionsfonds in Höhe von 700 Millionen € zu schaffen, um endlich in die Offensive zu gehen. Hiermit hätten auch Bürgschaften für offene Forderungen der Gläubiger an das Burgenlandklinikum gesichert werden können. Das Geld wäre am Ende vermutlich nicht einmal geflossen, und selbst wenn, dann wäre es nicht weg gewesen; denn das Klinikum ist ja weiter da, anders übrigens als die 46 Millionen € an Zinsverlusten des Pensionsfonds im Jahr 2018; das Geld war einfach weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch alle Rettungspläne wurden vom Finanzminister verhindert, aber nicht, weil für eine so wichtige Aufgabe kein Geld zu mobilisieren wäre, sondern weil er ein überzeugter Fan von Privatisierungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie er denkt, konnten wir ja erst großformatig nachlesen. 200 Millionen € für die NordLB mussten sein. Daran hängen ja die Sparkassen. Aber kommunale Krankenhäuser? Die Sozialministerin soll erst einmal ihre Krankenhausplanung überarbeiten und festlegen, was überhaupt erhalten werden soll und was nicht. Das ist nicht nur eine Demütigung für die Kabinettskollegin, es ist das Signal, dass die bisherige Politik ungebrochen fortgesetzt wird und das Land auch weiterhin seinen Investitionsverpflichtungen gegenüber den Krankenhäusern nicht nachkommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die wesentlichen Gründe für die ganze Misere liegen in der systematisch herbeigeführten Finanznot der Kommunen und Krankenhäuser. So wird immer wieder der Druck aufgebaut, um der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen Tür und Tor zu öffnen.

Das Land hat über ganze Legislaturperioden hinweg seine Investitionsverpflichtungen gegenüber den Krankenhäusern nicht ansatzweise erfüllt. Auch für den nächsten Doppelhaushalt gibt es keine Aussicht darauf, dass diese schlimmen Zustände irgendwie angepackt werden sollen. Im Gegenteil: Die mickrigen Summen, die das Land den Krankenhäusern zubilligt, reichen nicht einmal aus, um wenigstens eine weitere Verschlechterung der Situation zu verhindern.

Die meisten Häuser stehen mit dem Rücken zur Wand. Der Ministerpräsident und sein Finanzminister schauen tatenlos zu, wie alles weiter den Bach hinuntergeht. So ist absehbar, dass dem Burgenlandklinikum weitere kommunale Krankenhäuser in die Privatisierung folgen werden.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt sind aufgrund der Ereignisse zu Recht verunsichert; denn es geht um nicht weniger als um ihre Gesundheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb dürfen nach dem Burgenlandklinikum, für das es jetzt zu spät ist, keine weiteren Privatisierungen mehr folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es müssen kurz- und längerfristige Lösungen her, die sowohl aktuelle Notsituationen abfedern als auch langfristige, zukunftsorientierte Wege zu einer soliden Gesundheitsversorgung ebnen. Solche Lösungen sind möglich, wenn man es will und die Prioritäten anders setzt.

Die Privatisierung unserer Krankenhäuser in der Vergangenheit war ein Fehler, der korrigiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist einfach nur kindisch, gegen diese Erkenntnis wieder die alten Gruselgeschichten über die schlimmen Zustände im Staatssozialismus ins Feld zu führen. Vom Ministerpräsidenten war das ja in den letzten Wochen wiederholt zu hören.

Wer radikalen Kapitalisten wie Ameos keine weiteren Kliniken überlassen will, wer sich die Rückführung privatisierter Krankenhäuser in öffentliche Hände auf die Fahne schreibt, der will angeblich zurück in die DDR. Das ist ein wirklich schwacher Versuch, vom Versagen der Landesregierung bei der Sicherung der Gesundheitsversorgung abzulenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Gesundheit ist keine Ware.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist keine sozialistische Kampfparole. Das ist ein politisches Stoppzeichen in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das bei seinen Verteilungskämpfen immer Gewinner und Verlierer produziert. Bei der Gesundheit darf es aber keine Verlierer geben und deshalb dürfen eben auch keine privaten Gewinne erzielt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Um die Gewinne zu maximieren, werden unrentable Einrichtungen oder ganze Häuser früher oder später abgestoßen. Dem leisten auch die Fehlanreize durch das DRG-System erheblichen Vorschub.

Es ist derzeit nicht möglich, die wirtschaftlichen Interessen privater Krankenträger so zu beschränken, dass die Versorgungsinteressen der Patienten wirklich im Vordergrund stehen. Deshalb ist ein Engagement der Landesregierung gegenüber dem Bund zur Korrektur der Krankenhausfinanzierung unabdingbar.

Neben einer grundlegenden Überarbeitung des DRG-Systems ist zur Regulierung vor allem im privaten Bereich die Vorgabe von Spielregeln für den Betrieb von Krankenhäusern unbedingt erforderlich.

Die Beschäftigten müssen verpflichtend eine Bezahlung nach Tarif erhalten.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Das heißt in unserer Perspektive, nach dem öffentlichen Tarif; denn ihre gute Arbeit ist überall gleich viel wert.

(Beifall bei der LINKEN)

Träger dürfen nicht auf dem Rücken und aus dem Portemonnaie der Beschäftigten verdienen. Die Ausschüttung von Gewinnen aus öffentlichen Zuwendungen und Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung muss verboten werden.

Außerdem ist inzwischen den meisten klar, dass es neue Finanzierungsregelungen für die Universitätsklinika geben muss. Hierbei kann die Kenia-Koalition zeigen, ob sie noch handlungsfähig ist und Zukunftsfragen in Angriff nimmt.

Die Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt ist in der Krise und der Staat muss seiner Verantwortung gerecht werden; denn der Markt kann und wird es nicht richten.

Es wird immer deutlicher, dass wir mehr öffentliche und weniger private Krankenhäuser brauchen. Ansonsten können die Kommunen ihrem Sicherstellungsauftrag immer weniger gerecht

werden und die Planungsbemühungen des Landes laufen weiter ins Leere.

Im Übrigen ist die Monopolstellung eines privaten Betreibers in ganzen Landkreisen das Gegenteil der immer ins Feld geführten Trägervielfalt. Die allseits geforderte Spezialisierung findet gerade nicht im Wettbewerb privater Unternehmen statt; denn jeder versucht einfach, ein möglichst großes Stück vom Kuchen abzubekommen.

Wenn der Staat sinnvoll steuern will - das ist aus unserer Sicht ohne Zweifel erforderlich -, dann kann er es nur, wenn er auch die Steuer in die Hand nimmt und nicht weiterhin marktradikalen Fantasien hinterherläuft.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben unsere grundlegenden Vorschläge für eine Stabilisierung und Gesundung unserer Krankenhauslandschaft bereits auf den Tisch gelegt und machen das mit unserem Antrag heute erneut.

Entscheidend sind deutliche Schritte zur Auflösung des Investitionsstaus, mit denen sofort, also für den vorliegenden Doppelhaushalt, begonnen werden muss. Dafür haben wir in den Haushaltsberatungen bereits Anträge vorgelegt.

Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, jede weitere Privatisierung zu verhindern und private Krankenhäuser schrittweise wieder in die öffentliche Trägerschaft zurückzuführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür müssen mittel- und längerfristig solide öffentliche Trägerstrukturen unter Beteiligung der Landkreise geschaffen werden. Mit der Salus gGmbH und dem Altmarkkreis Salzwedel gibt es dafür ja bereits ein funktionierendes Beispiel.

Wir arbeiten hier intensiv an konkreten Vorschlägen, die wir im Sommer vorstellen werden. Außerdem muss die Krankenhausplanung so weiterentwickelt werden, dass sie als verbindliches Steuerungsinstrument notwendige Strukturveränderungen voranbringen kann.

Inzwischen sind wir mit unseren Forderungen offenbar auch nicht mehr allein. Eine nüchterne Analyse und klare Beschlüsse auf Parteitag sind wichtig für ein politisches Umsteuern. Sie helfen aber nicht sehr weit, wenn Koalition und Regierung nicht in Gänze ihren Kurs ändern. In der akuten Situation unserer Krankenhäuser reicht auch kein Vertrösten auf kommende Wahlperioden. Die Privatisierer à la Bullerjahn, Richter und Haseloff sind dann verschwunden,

(Beifall bei der LINKEN)

aber mit ihnen möglicherweise auch unsere kommunalen Krankenhäuser. Deshalb fordern wir die

Koalition auf, jetzt zu handeln, sich unsere Vorschläge zu eigen zu machen, bevor weiterer Schaden für das Land entsteht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, Herr Schröder hat sich gemeldet.
- Herr Schröder, Sie haben das Wort.

André Schröder (CDU):

Sehr geehrter Herr Lippmann, Sie haben ja die Trägervielfalt unserer Krankenhauslandschaft scharf kritisiert, weil Sie Privatisierungen grundsätzlich für einen Fehler halten.

Ich möchte Sie darauf hinweisen und daran die Frage knüpfen, dass Ihre Parteigenossin, Landrätin Klein, vor Kurzem erst einen Beteiligungsbericht vorgelegt hat, auch zu den Helios Kliniken im Landkreis Mansfeld-Südharz. Aus diesem Beteiligungsbericht geht hervor, dass im letzten Jahr mehr als 32 000 Patienten in den Helios Kliniken stationär betreut werden konnten und etwa 1 200 Arbeitsplätze dauerhaft gesichert sind.

Die positive Geschäftsentwicklung wird von Ihrer Parteigenossin in diesem Beteiligungsbericht ausdrücklich gelobt. Deswegen möchte ich Ihnen die Frage stellen: Wie passt diese von Teilen Ihrer Partei gelobte positive Geschäftsentwicklung zu Ihrer Grundsatzkritik an Privatisierungen?

Die zweite Frage. Sie möchten ja eine Rückführung in die öffentliche Hand. Wie stellen Sie sich ganz konkret die Verstaatlichung der Helios Kliniken im Landkreis Mansfeld-Südharz vor?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Schröder. Auf die zweite Frage werde ich Ihnen einfach deswegen nicht antworten, weil ich ja zum Schluss meiner Rede gesagt habe, dass wir bezüglich der Frage, wie die Trägerstrukturen unter Beteiligung der Landkreise aussehen können,

(André Schröder, CDU: Sie wissen es!)

- genau -, wie sie finanziert werden, wie sie strukturiert sind und wie Übergangsprozesse stattfinden können, in größerer Runde zusammensitzen. Darauf hat Herr Knöchel im Laufe des heutigen Tages auch schon einmal hingewiesen. Es gibt natürlich sehr wohl komplexe Fragen, auf die wir eben nicht schnell einmal mit einem Gesetzentwurf oder mit einem Antrag reagieren können. Deswegen steht das sozusagen auch relativ offen darin. Das ist ein Arbeitsprozess, den wir auch so

sehen und nicht erwarten, dass jemand auf der Regierungsseite sofort eine Idee hat.

Anders sehen wir das im Fall des Burgenlandklinikums. Da hätte die Landesregierung anders agieren müssen, um diese Privatisierung zu verhindern, auch in allen weiteren Fällen.

Wir sehen natürlich auch - ich habe das ja auch deutlich gemacht -, dass dieser Privatisierungsdruck auch in Mansfeld-Südharz eine Rolle gespielt hat. Die sind dort mit Helios besser aufgestellt als mit Ameos. Das ist völlig klar. Wir haben ja gute Kontakte mit Frau Klein.

Unsere These, Privatisierungen waren falsch, heißt ja nicht im Gegenzug, dass alles Private schlecht ist, was ja immer gern so holzschnittartig herumgedreht wird. Aber die Kommunen können es, wenn sie finanziell vernünftig ausgestattet sind, wenn sie nicht schon vor Jahren Geldnot gehabt hätten, eben selbst auch genauso gut. Wir reden jetzt ja über die zweite Privatisierungswelle. Es hat ja eine erste Privatisierungswelle gegeben, und die haben immer mit Geld zu tun.

Mir ist jedenfalls kein Landkreis bekannt, der, obwohl er Geld hatte, aus tiefer Überzeugung, weil er mit Krankenhäusern nichts am Hut haben wollte, gesagt hat: Das soll einmal jemand anderes machen. Es ist vielmehr immer dort, wo privatisiert wurde, die Folge gewesen, weil die kommunalen Haushalte ausgehungert waren, ausgehungert worden sind und sie die Krankenhäuser deswegen nicht halten konnten und das Geld einfach woanders war.

Die, die übrig geblieben sind, das waren die Landkreise, die eben aus ihrer Situation heraus, in der Regel gerade noch so, einen Weg gefunden haben und dazu auch stehen, oft tatsächlich im Krankenhausbereich, auch im Bereich des ÖPNV oder im Bereich der Müllentsorgung etwa, also die großen kommunalen Themen der Daseinsvorsorge. Da haben wir natürlich überall den Konflikt und den Streit, auch den großen politischen Streit. Ob privat vor Katastrophe geht oder ob das Öffentliche, das, was allen gehört, was alle brauchen, öffentlich sein muss, das ist eine grundsätzliche Frage.

Ich bin allerdings auch froh, dass es Angelika Klein in Mansfeld-Südharz mit ihrem Träger besser geht als dem Salzlandkreis mit Ameos.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Eduard Jantos, CDU)

- Auch die hätte nicht sein müssen. Wir haben ja im Landkreis Mansfeld-Südharz im Bereich der Pflege ein hervorragendes Beispiel dafür, dass in öffentlicher Verantwortung Pflegeeinrichtungen über viele Jahre hinweg vernünftig bezahlt werden. Nein, die Kommunen können es nicht

schlechter, wenn man ihnen sozusagen nicht finanziell an die Gurgel geht. Dann können sie sowohl ihren ÖPNV als auch ihre Abfallentsorgung und ihre Krankenhäuser führen.

Dass das ein Privater gelegentlich auch kann, aber eben nicht immer, ist die andere Seite der Medaille. Ich habe es, glaube ich, ausführlich ausgeführt. Aber diese Privatisierung hätte nicht sein müssen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, es gibt noch eine Frage seitens der CDU-Fraktion. - Herr Jantos? - Dann haben Sie jetzt das Wort.

Eduard Jantos (CDU):

Herr Lippmann, ich habe Ihrer Propagandarede gern zugehört; denn ich habe die Sache mit der Helios Klinik mitgemacht. Damals haben genau Ihre Leute so geredet wie Sie jetzt.

Ich sage Ihnen das einfach: Es kommt bei einem Krankenhaus - ich war jahrelang stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender im Mansfelder Land - einfach auf das Management, es kommt auf die Ärzte und es kommt auf den Zuspruch durch die Bevölkerung an.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Sie müssen einfach einmal gucken: Wie gehen die Ströme? Wo werden die Operationen gemacht? Wo wenden sich die Leute hin? Wo haben sie Vertrauen? In Mansfeld-Südharz war es einfach so, dass wir hätten Konkurs anmelden müssen. Denn wir bekamen zum öffentlichen Tarif keine Ärzte, die die entsprechende Qualität hatten. Wir bekamen wenig Personal. Das, was da war, war da, aber mehr auch nicht.

Mit dem Wandel in die private Trägerschaft kamen riesige Investitionen: Linksherzkatheter usw. usf. Jetzt läuft das. Das Krankenhaus versorgt die Region und darüber hinaus.

Ich wende mich nicht gegen das, was Sie im Einzelnen zu Ameos sagen. Das ist vielleicht ein falscher Träger. Auch den gibt es. Aber es gibt bei den öffentlichen Krankenhäusern auch Aufsichtsräte, die eine Verantwortung tragen.

Meine Frage ist eine andere: Warum ist nicht, als sich das vor vielen Jahren abzeichnete, gehandelt worden? Das ist eigentlich die Frage, über die wir reden.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Weil Sie nicht im Landtag waren!)

Dieses pauschale Aburteilen von privatem Engagement, das ist nicht mehr in der Zeit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der LINKEN: Wer hat denn damals regiert?)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Wir sind ja durchaus im Kern des Problems. Noch einmal: Das, was wir jetzt zu den Krankenhäusern, zu einem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge, an Kapitalismuskritik - was alle brauchen, muss allen gehören - gesagt haben, ist nicht diese generelle Kritik an Marktwirtschaft und Privateigentum, sondern daran, dass es Bereiche gibt, wo Privates dem Grunde nach nicht gut funktioniert, weil Gewinne gemacht werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zu dem, was Sie angesprochen haben, muss ich sagen: Das ist genau das, was man verdrängt, nämlich die fehlende Investitionstätigkeit dieses Landes über Legislaturperioden hinweg.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Denn wenn auf einmal privates Geld da ist, um notwendige Investitionen zu machen, und es dann läuft, dann sage ich: Nein, dann hätte öffentliches Geld da sein müssen, um die gleichen Investitionen zu machen, damit es läuft.

Nein, genau das ist das Geschäft. Darüber werden wir uns noch viel streiten. Ich kann den öffentlichen Dienst verarmen, damit er offen ist für das private Geld. So ist es an allen Stellen.

(Zuruf)

- Natürlich ist es so. - Das, was die Krankenhäuser brauchen, diese 1,5 Milliarden €, die da aufgelaufen sind, das ist das, was das Land allen Krankenhäusern vorenthalten hat. Dabei rede ich noch nicht von den Universitätsklinika, die eine besondere Situation haben.

Wenn das nicht passiert wäre, wenn die öffentliche Hand ihrer Verantwortung für das Krankenhauswesen nachgekommen wäre, dann hätten wir diese Situation an den allermeisten Standorten nicht gehabt.

Ein Letztes. Natürlich hängt es am Ende immer von der Betriebsführung ab. Natürlich kann auch in öffentlicher Hand einmal eine schlechte Betriebsführung sein.

(Unruhe)

Die muss dann der Aufsichtsrat ändern. Ich sage auch nicht, dass jedes kommunale Krankenhaus per se, einfach nur weil es kommunal ist, gut laufen muss. Natürlich muss es geführt werden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, versuchen Sie, sich kurz zu fassen.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich bin sofort fertig. - Aber wenn ich die öffentlichen Mittel verknappe, um dann - -

(Zuruf von Guido Heuer, CDU)

- Ja, klar sind die öffentlichen Mittel in der Krankenhausfinanzierung verknappt worden, bei diesen 1,5 Milliarden €. Wo soll denn dieser Investitionsstau herkommen? Es ist die Verantwortung des Landes.

(Zuruf von Guido Heuer, CDU)

Dann warten wir darauf, dass das private Geld kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt doch einen Grund, warum Ameos 75 Millionen € oder welche Summe auch immer angeboten hat. Doch nicht, weil das ein Grab ist, sondern weil die Krankenhäuser Goldgruben sind.

(Guido Heuer, CDU: Weil Leute wie Sie dafür verantwortlich sind! - Lachen bei der LINKEN - Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Heuer, nehmen Sie sich zurück! - Ich danke Herrn Lippmann für die Einbringung des Antrages. Es ist eine Fünfminutendebatte vereinbart. Für die Landesregierung spricht Ministerin Frau Grimm-Benne. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin ja auch Gesundheitsministerin. Ich mache mir im Moment sehr große Sorgen um Bluthochdruck, um diverse andere Dinge. Daher denke ich, wir sollten das, was Herr Gallert heute Vormittag gesagt hat, beherzigen und die Debatte so führen, dass wir nach außen hin auch den Menschen erklären können, was wir hier wollen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mit der heutigen Debatte beschäftigen wir uns erneut mit der Situation unserer Krankenhäuser im Land. Bereits in der Oktober- und in der Dezembersitzung habe ich umfänglich ausgeführt. Ich habe gesagt, wie es um die Krankenhausfinanzierung in ganz Deutschland aussieht. Ich habe die Situation in der Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalt dargestellt. Ich habe dargestellt, welche Rahmenbedingungen sich auf der Bundes- und der Landesebene sowie in der Finanzierungssystematik än-

dern müssen, damit alle Krankenhäuser im Land auf finanziell sicheren Füßen stehen können.

Ich will nur die Stichwörter besseren Sicherstellungszuschlag, Qualitätsanforderungen, Mindestmengen, Fachkräftesituation, DRG-System, Personaluntergrenzen oder Investitionsbedarfe nennen. Ich habe Ihnen meine Vorschläge dargelegt und ich habe davon nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Was ist in der Zwischenzeit passiert? - Wir sehen, dass der Interessenkonflikt in der stationären Versorgung zwischen marktwirtschaftlichen Mechanismen und der Daseinsvorsorge immer deutlicher zum Vorschein kommt. Dennoch: Das, was in Sachsen-Anhalt passiert, passiert bundesweit. Über die Gründe haben wir hier umfangreich debattiert.

Auch in anderen, vor allem in ostdeutschen, Bundesländern ist derzeit viel in Bewegung. Es kommen Hiobsbotschaften aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Sachsen, aus Brandenburg. Das mag vor allem auch an dem wachsenden Bedarf einer alternden Gesellschaft einerseits und an den begrenzten Personalkapazitäten andererseits liegen.

Es muss also die grundlegende Frage gestellt werden, ob das DRG-System noch adäquat ist und ob es die Verschiebungen zwischen den einzelnen Leistungsbereichen - ich nenne hier nur einmal Geburtshilfe, Kardiologie, Geriatrie - qualitativ gesichert und wirtschaftlich abfangen kann.

Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE ist also insofern zuzustimmen, als es erforderlich ist, das Krankenhausfinanzierungssystem bundesrechtlich neu aufzustellen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Wir reden hier also von einem systemimmanenten Problem und nicht von einer Herausforderung, die allein Sachsen-Anhalt betrifft.

Daher habe ich die Initiative ergriffen, zu einer Beratung der Gesundheitsministerinnen und -minister der Ostländer, mit Ausnahme von Berlin, einzuladen. Wir werden voraussichtlich in der ersten Märzwoche dieses Jahres hier in Magdeburg zusammenkommen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zwischenzeitlich sind neue bundesrechtliche Regelungen in Kraft getreten bzw. angekündigt worden. So hat Bundesarbeitsminister Heil vorgestern bekannt gegeben, dass die Pflegemindestlohnkommission einstimmig neue Pflegemindestlöhne für Hilfskräfte und ab dem Jahr 2021 Untergrößen für Fachkräfte beschlossen hat.

Darüber hinaus sollen mehr arbeitsfreie Tage gewährt werden. Das ist, wie wir meinen, eine gerechte Entscheidung. Jeder von Ihnen weiß, wie hart die Arbeit in dieser Branche ist. Gleichwohl wird dies in dem einen oder anderen Fall Auswirkungen auf die Kostenstruktur der stationären Einrichtungen haben.

Sie wissen, dass ab dem 1. Januar dieses Jahres das Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz in Kraft getreten ist. Damit bekommen Krankenhäuser unter anderem einen Zuschlag in Höhe von 0,3 % auf alle Rechnungsbeträge zum Ausgleich von nicht finanzierten Tarifsteigerungen für Pflegekräfte. Zusätzlich werden so ca. 250 Millionen € in das System fließen. Für Sachsen-Anhalts Krankenhäuser bedeutet dies nach einer ersten Berechnung ca. 6 Millionen € mehr.

Nun komme ich zur Situation der Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. Aktuell führen wir im Ministerium Gespräche mit den Landräten und Oberbürgermeistern der betreffenden Landkreise und kreisfreien Städte. Am vergangenen Dienstag haben wir gemeinsam darüber beraten, wie wir gemeinsam dafür sorgen können, dass insbesondere die Liquidität der Häuser nach wie vor gesichert ist.

Wir waren uns darin einig - zumindest die kommunale Familie; ich denke, das ist insbesondere für die CDU-Fraktion wichtig, weil sie die Kommunalpartei ist -, dass es wichtig ist, die Liquidität der Häuser zu sichern. Der Burgenlandkreis bleibt eines der Beispiele, bei denen man nicht helfen konnte. Wenn man erst ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eröffnet, dann kann das Land im Grunde genommen keine Hilfestellung mehr geben.

Ich werde am Montag - ich denke, das ist auch für den Abg. Uli Thomas interessant - einen Fördermittelbescheid - dabei handelt es sich um Mittel gemäß Artikel 14 - übergeben, um dem Landkreis mit Blick auf die Baumaßnahme in Wernigerode,

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

die mit Mitteln gemäß Artikel 14 finanziert worden ist, die aber wegen der Baupreise aus dem Ruder gelaufen ist, zu helfen. Ich werde dem Landrat einen Fördermittelbescheid in Höhe von 8 Millionen € übergeben.

Ich bin sehr stolz darauf, dass dieser Bescheid aus unserem Haus kommt. Ich lobe mich nicht allzu oft selbst, aber ich habe zugesehen, dass wir das gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft, mit den Kommunen und den Krankenkassen hinkommen.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Ich muss es sagen: Es würde mir guttun, wenn Sie das einmal erwähnen würden, Herr Uli Tho-

mas, anstatt überall zu erzählen, es sei Ihre Initiative gewesen. Es war meine Initiative.

(Beifall bei der SPD - Guido Heuer, CDU: Wenn das die Meinung der Landesregierung ist! - Zurufe von der CDU: Oh!)

- Alles gut.

Meine Damen und Herren! Machen wir weiter.

(Ulrich Thomas, CDU: Ich bin kein Chefarzt! Mit mir reden Sie nicht so! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie können ja auch über mich reden. Ich möchte deutlich machen, dass wir dabei sind.

(Unruhe)

Eines will ich ganz deutlich machen: Ich habe nie gesagt, dass wir alle Krankenhäuser so erhalten, wie sie sind. Aber ich lasse keine unstrukturierte Schließung von Krankenhäusern zu. Das hat unser Land nicht verdient und das haben auch unsere Menschen nicht verdient.

Deswegen will ich noch einmal deutlich machen, dass wir im Land eine gute Krankenhausplanung auf den Weg gebracht haben. Dem Krankenhausplan haben alle Kollegen im Kabinett einschließlich des Finanzministers zugestimmt.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese Krankenhausplanung hat sich Grimm-Benne nicht allein am Schreibtisch ausgedacht, sondern daran haben unter anderem die Kassen, die Krankenhausgesellschaft und weitere mitgewirkt. Diese Planung muss im Grunde genommen erst einmal Wirkung entfalten und sie wird Wirkung entfalten.

Herr Krull, ich weiß gar nicht, wie Sie dazu kommen. Wir haben bislang alles einvernehmlich gelöst. Wir haben ein Krankenhausgesetz gemacht. Wir haben die Rahmenvorgaben gemeinsam besprochen. Wir haben die Krankenhausplanung gemeinsam gemacht. Ich habe meine Hausaufgaben gemacht. Ich glaube, jetzt sind Sie an der Reihe. Deshalb bin ich so laut geworden. Sie haben eine Pressemitteilung mit dem Inhalt herausgegeben, dass ich meine Hausaufgaben nicht gemacht hätte. Ich habe sie gemacht.

(Unruhe)

Ich möchte, dass Sie jetzt auch Ihre Hausaufgaben machen. Ich habe nicht erwartet, dass Sie heute mit Blick auf diese Debatte und während dieser schweren Zeiten, die wir mit den Krankenhäusern durchzustehen haben, gemeinsam mit Herrn Szarata eine solche Pressemitteilung herausgeben.

(Uwe Harms, CDU: Jetzt reden wir einmal über Ihre Arbeit im Aufsichtsrat des Klinikums! - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, wenn Sie mit Ihren Ausführungen fertig sind, dann gibt es mehrere Fragen.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich bin mit meinen Ausführungen fertig.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt mehrere Fragen. Als Erster spricht Herr Gallert. - Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich will eine Intervention vorausschicken. Frau Ministerin, wir wissen, dass diese Krankenhauslandschaft wirklich ein ganz hochemotionales Thema ist. Ich kann Ihre Reaktion und Ihre Emotionen vor dem Hintergrund dessen, was mit Ihnen in Haldensleben gemacht worden ist, und der Reaktion Ihres Koalitionspartners darauf wirklich gut verstehen.

Meine Frage bezieht sich auf etwas anderes. Natürlich geht es mir um Havelberg, aber es geht mir nicht nur um Havelberg. Wir haben folgende Situation: Wir haben das strukturelle Problem, dass die Landkreise und kreisfreien Städte für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und damit auch für die Krankenhauslandschaft verantwortlich sind.

Jetzt haben wir die Situation - im Burgenlandkreis in gewisser Weise auch -, dass in dem Augenblick, in dem sich das nicht mehr rechnet, und zwar unabhängig davon, für welchen Träger, die Situation ergibt, ein privater Träger oder auch ein frei-gemeinnütziger Träger, wie die Johanniter in Genthin zum Beispiel, sagt, ich mache das Krankenhaus einfach zu. Die Landkreise haben aber eigentlich die Aufgabe, diese Sicherstellung zu realisieren. Dazu benötigen sie Geld, das in einem Kreishaushalt normalerweise nicht vorgeesehen ist.

Wie wollen wir dieses Problem lösen? Wie wollen wir es denjenigen, die vom Gesetz her dafür verantwortlich sind, aber sagen, sie hätten dafür kein Geld, ermöglichen, diese Aufgabe zu lösen? Wir werden das Problem in einer Situation, in der auf der Bundesebene, beispielsweise mit Blick auf die DRG und andere Finanzierungsprobleme, die damit im Zusammenhang stehen, wahrscheinlich nicht so schnell lösen können, wie die Probleme bei uns anklopfen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe vorhin gesagt, dass wir schon im letzten Jahr sehr ausführlich Vorschläge unterbreitet haben. Im Hohen Haus haben alle dargestellt, dass wir im Land seit mehreren Jahren keine Investitionen getätigt haben. Alle Landkreise, die mit ihrem Sicherstellungsauftrag im Krankenhausplan stehen, müssen bundesgesetzlich die Sicherheit haben, für ihre Investitionen Möglichkeiten vom Land zu bekommen. Das haben wir sträflich vernachlässigt.

Jetzt steht zum Beispiel der Landrat Stendals vor dieser Entscheidung. Er hat vor mehr als 20 Jahren das Krankenhaus in Havelberg

(Ulrich Siegmund, AfD: Vor 18 Jahren!)

an einen Träger verkauft, der es dann 20 Jahre lang betrieben hat.

Der Träger hat gesagt, er könne das Krankenhaus nicht mehr halten, es sei unwirtschaftlich. Jetzt steht der Landrat vor der Aufgabe - er hat den Sicherstellungsauftrag und er steht mit der Leistung im Krankenhausplan -, diese Versorgung auszugestalten. Dabei begleiten wir ihn Augenblick. Entweder es findet sich ein Träger oder er kauft es zurück oder er findet eine andere Möglichkeit, die Versorgung aufrechtzuerhalten. Ich würde ihn in jedem Fall auffordern, den Sicherstellungsauftrag zu erfüllen.

Wir wollten - das möchte ich auch heute noch - die Landräte auf diesem Weg unterstützen und finanziell entsprechend aufstellen. Dafür gibt es aber in der Koalition im Augenblick keine Lösung.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert hat eine Nachfrage.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich habe eine kurze Nachfrage. Wir lesen alle Zeitung, weshalb wir wissen, dass jetzt eigentlich der Finanzminister am Pult stehen müsste. Die Frage ist, was wir dem Landrat sagen, wenn der Träger des privaten Klinikums, das übrigens dicke schwarze Zahlen schreibt - im letzten Jahr hat der Träger vier Kliniken zusätzlich gekauft -, sagt, diese Klinik sei unrentabel, weshalb er sie schließe. In dem Zusammenhang muss man wissen, dass der Träger nicht am Hungertuch nagt.

Was sagen wir dem Landrat, wenn der Betreiber sagt: Ihr könnt das Haus haben, 10 Millionen € cash auf den Tisch, dann könnt ihr noch 10 Millionen € investieren und dann läuft das wieder? Das kann er nicht machen. Welche Antworten geben wir ihm als Landesregierung in dieser Situation?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir geben ihm im Augenblick keine Antwort darauf.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Siegmund hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Frau Ministerin, mich treibt vor allem das Thema Ameos um und dazu habe ich zwei konkrete Fragen. Erste Frage. Im Jahr 2012 wurde im Salzlandkreis ein kompletter Block, also vier Krankenhäuser, an Ameos veräußert. Sie waren damals Kreistagsmitglied. Die erste Frage ist, ob Ameos den Kaufpreis an den Salzlandkreis bis heute vollständig bezahlt hat.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Nein, die Hälfte!)

Zweite Frage. Sie waren damals Kreistagsmitglied. Wie haben Sie sich dazu positioniert? Wie haben Sie damals zum Verkauf gestimmt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Nein, der Kaufpreis ist noch nicht gezahlt worden. Der Salzlandkreis führt zurzeit mehrere Gerichtsverfahren, um festzulegen, welche Höhe die zweite Kaufpreisrate umfassen muss.

Zu der zweiten Frage muss ich Ihnen sagen, dass ich im Kreistag nicht abgestimmt habe, weil ich zu diesem Zeitpunkt befangen war. Ich habe an dieser Abstimmung nicht teilgenommen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Frau Ministerin, zunächst danke ich Ihnen dafür, dass Sie das Harzkrankenhaus mit einer bemerkenswerten Summe unterstützen. Ich freue mich, dass Sie damit einem Wunsch aus der Region folgen und die Unterstützung, die Sie schon lange angekündigt haben, jetzt in Taten mündet.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich denke, wenn Sie das so weiter betreiben, dann könnte man vielleicht vermuten, dass auch

andere Krankenhäuser in eine bessere wirtschaftliche Situation geraten.

Worum ich mir aber Sorgen mache, ist Ihre Emotionalität bei diesem Thema. Wissen Sie, wir als Koalition tragen gemeinsam Verantwortung und Sie als Landesregierung erwarten von uns als Parlamentariern, dass wir Ihren Haushaltsplanentwurf bzw. Ihren Einzelplan beschließen. Ich verbitte mir die Art und Weise, mit der Sie mich eben beschimpft haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich muss vermuten, nachdem ich in dieser Woche gesehen habe, wie Sie mit Chefarzten umgehen und wie Sie das Land als Ministerin gegenüber solchen Leuten repräsentieren, dass Sie mit Ihrer Aufgabe, die Krankenhäuser wieder in ein gesundes Fahrwasser zu bringen, überfordert sind. Das wünsche ich uns allerdings nicht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, ich würde den privaten Angriff auf die Ministerin hier Parlament herauslassen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Das ist ein bisschen neben der Spur!)

Ulrich Thomas (CDU):

Ich greife die Ministerin als Teil der Landesregierung nicht an, sondern ich stelle lediglich fest.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Natürlich haben Sie sie angegriffen, und zwar massiv!)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sie haben mir gerade Überforderung attestiert.

(Zuruf: Das war ein schlechter Witz!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, möchten Sie darauf antworten? Herr Harms hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich glaube, ich muss die Äußerung des Generalsekretärs der CDU nicht wiederholen. Die Pressemitteilung, die Herr Krull gemeinsam mit Herrn Szarata vor der Debatte veröffentlicht hat, muss ich auch nicht noch einmal kommentieren.

Das ist zumindest nicht meine Position. Da ich in der Kenia-Koalition immer nach einem Ausgleich gesucht und alle Interessen dargestellt habe, fand ich das sehr beschämend und für mich sehr ernüchternd.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, wir sind Ihnen dankbar, wenn es Ihnen gelingt, die Debatte im sachlichen Bereich zu halten. Wir erinnern uns aber durchaus noch an die Debatte, die wir zum Thema Krankenhausversorgung in Sachsen-Anhalt auch im Zusammenhang mit den Universitätsklinika vor einem Dreivierteljahr geführt haben. Es ging so weit, dass die Sitzung unterbrochen wurde. Ich stand damals am Pult.

Nun habe ich seitdem festgestellt, zumindest teilweise auch, nachdem ich die Zeitung gelesen habe bzw. durch Hörensagen, dass die Probleme in der Krankenhauslandschaft auf kreislicher Ebene, auf kommunaler Ebene ähnlich groß sind wie die in den Landeskrankenhäusern, zumindest bei den Universitätskliniken. Um den Bereich der Salus-Fachklinika ist es glücklicherweise anscheinend deutlich besser bestellt.

Ich möchte deshalb konkret nachfragen. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen gelesen. Wie bewerten Sie Ihre Arbeit im Aufsichtsrat der beiden Universitätskliniken? Denn dort haben Sie direkten Einfluss auf die Krankenhausversorgung im Land. In Bezug auf die kommunale Ebene sind Sie eher für die Planung zuständig, die einen indirekten Einfluss auf entsprechende Vorgänge hat.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich möchte Sie korrigieren. Im Krankenhausplan planen wir auch die Leistungen der Universitätsklinika. Beide Kliniken befinden sich im Krankenhausplan. Das Wirtschaftsministerium ist im Krankenhausplanungsausschuss vertreten, um deren Leistungen abzubilden.

Es gab, glaube ich, bereits eine kleine Anfrage zu der Anwesenheit bei Aufsichtsratssitzungen. Ich habe bis auf ganz wenige Ausnahmen - ich war entschuldigt - an jeder Aufsichtsratssitzung, sowohl in Halle als auch in Magdeburg, teilgenommen.

Sie sprechen die letzte Aufsichtsratssitzung in Magdeburg an. Dort habe ich entschuldigt gefehlt, und zwar nicht, weil ich mich auf der Grünen Woche amüsiert habe, wie einige gesagt haben, sondern weil das Land in diesem Jahr den Vorsitz der Verbraucherschutzministerkonferenz innehat.

Ich bin deren Vorsitzende und habe am Montag für Sachsen-Anhalt sozusagen den Staffelpass für dieses Jahr bekommen. Ich habe mich frühzeitig abgemeldet, habe auch noch versucht, diesen Montagstermin, der ursprünglich verschoben wer-

den sollte und dann wieder auf den 20. Januar 2020 gelegt worden ist, wahrzunehmen. Man kann versuchen, das durchzustecken, um meine Person in Misskredit zu bringen. Ich ertrage das alles. Aber Sie können sich vorstellen, dass ich mich für beide Universitätsklinika sehr stark, was jedenfalls versorgungspolitisch geht, einbringe, damit es beiden Universitätsklinika so gut geht, dass die Menschen in der Region bestmöglich mit Spitzenmedizin versorgt werden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms hat noch eine Nachfrage.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, ich habe da eben nicht den Vorwurf an mich herausgehört, dass ich da irgendwas durchgestochen hätte. Das Protokoll der letzten Aufsichtsratssitzung gehört nicht dazu. Das habe ich nicht lesen können, sondern in der Vergangenheit - -

Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration:

Wundere mich auch die ganze Zeit, woher Sie die aktuellen Aufsichtsratssitzungsprotokolle haben.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, ich möchte noch eine ganz harmlose Frage stellen.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Uwe Harms (CDU):

Sitzen wir in einem Boot, wenn es um die Arbeit, die Qualität und die Behebung des Investitionsstaus bei den Universitätsklinika geht? Kann ich davon ausgehen, dass wir da in dieselbe Richtung rudern? Das würde mich sehr freuen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja, aber Sie müssen auf der anderen Seite auch zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht nur die beiden Universitätsklinika haben, sondern auch die Verpflichtung im Land haben, für alle anderen Krankenhäuser das auch vorzuhalten.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Jetzt hat Herr Raue das Wort. Er hat sich noch zu Wort gemeldet.

Alexander Raue (AfD):

Frau Ministerin, wie hoch ist denn der jährliche zusätzliche Bedarf für die Kliniken im Land und wie viel von diesem jährlichen Bedarf können Sie dieses Jahr und im Doppelhaushalt zur Verfügung stellen? Und woher nehmen Sie die Deckungsquellen oder die Finanzmittel dafür? Ich höre ja so, dass die Finanzmittel momentan schwer oder gar nicht bereitgestellt werden können.

Vor diesem Hintergrund: Ist denn da überhaupt die Entscheidung richtig, für Migration 200 Millionen € im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen?

(Unruhe)

Oder ist es nicht richtiger zu sagen: Nein, wir müssen an dieser Stelle unsere eigenen Krankenhäuser am Vordermann bringen.

Sie wissen, die Universitätskliniken haben einen horrenden Investitionsstau. Der geht gegen eine Milliarde. Es ist richtig, die Krankenhäuser in unserem Land auf Vordermann zu bringen und für unsere eigenen Menschen die Gesundheitsversorgung sicherzustellen, auch für die zukünftigen Jahre. Denn alles, was wir jetzt nicht investieren, bleibt im Prinzip als fehlende Investition, als zukünftige Last. Wie sehen Sie das, Frau Ministerin?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Das ist genau die gleiche Diskussion, die man mir populistisch entgegenbringt, weil wir genau wissen, dass wir diese Mittel gar nicht so umfunktionieren können, dass wir sie in Krankenhausinvestitionen geben. Sie hören sich immer nur so wundervoll einfach an. Aber in diesem Bereich gibt es nicht nur die einfachen Lösungen, wie Sie sie darstellen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Zur zweiten Frage. Sie kennen doch die Positionen im Haushaltsentwurf, die wir haben. Wir haben im Augenblick nur pauschale Investitionsmittel im Haushalt, die nicht ausreichen, um das, was die Krankenhausgesellschaft selbst dargestellt hat, den Investitionsstau von ca. 1,8 Milliarden €, aufzulösen. Deswegen habe ich gesagt: Man muss über mehrere Jahre ein Investitionsprogramm machen. Das muss man - das ist meine Auffassung - außerhalb des Haushaltes machen, weil wir den sonst überfordern. Da sind wir in der Regierung nach wie vor in Diskussionen darüber, welches hierbei der richtige Weg ist.

Ich denke, am vordringlichsten ist es jetzt nicht nur, den Investitionsstau abzubauen, sondern die

Liquiditätsfähigkeit insbesondere in den kommunalen Häusern aufrechtzuerhalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Kliniken, die ich kenne, haben alle eigentlich immer gut investiert, allerdings immer aus den Betriebsmitteln. Deswegen haben sie im Augenblick Liquiditätsprobleme. Diese Probleme müssen wir sehr kurzfristig lösen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Raue hat noch eine kleine Nachfrage.

Alexander Raue (AfD):

Frau Ministerin, jedes Mal - das höre ich auch immer von Ihren Kollegen - nennen Sie die Vorschläge der AfD „populistisch“. Sie sagen: Wir können die Mittel, die uns hier zugewendet werden, gar nicht anders verwenden. Wir müssen sie ja im Prinzip für Migration ausgeben.

Aber es sind doch Ihre Parteitagebeschlüsse. Das sind doch SPD-Parteitagebeschlüsse, die auch im Bund umgesetzt werden, wo Sie gesagt haben: Mit uns gibt es keine Koalition, wenn die CDU zum Beispiel auf einer Obergrenze von 200 000 besteht. Das Wort „Obergrenze“ durfte nicht rein. Und Sie bestehen darauf, dass jedes Jahr mindestens diese 200 000 Menschen aus anderen Staaten zu uns kommen. An dieser Stelle sind doch die Ausgaben vorprogrammiert. Die Menschen kommen doch nicht hier her und bringen das Geld mit, sondern die Menschen wandern direkt in unser Sozialsystem ein.

An der Stelle steht einfach die Frage - die ist nicht populistisch, sie ist einfach real -: Das, was das Sozialsystem zur Verfügung stellt, muss dann einfach anders aufgeteilt werden, und zwar auf mehr Menschen.

(Zurufe von der LINKEN)

Deswegen ist es einfach schlichtweg nicht wahr, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Wir haben überhaupt gar keine Einflussmöglichkeit. Sie haben die Einflussmöglichkeit und Sie nutzen Ihren Einfluss genau, um solche Probleme, wie wir sie jetzt hier haben, herbeizuführen. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben jetzt noch einmal eine Möglichkeit zu sprechen.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Zu meinem Handeln als Ministerin. Ich habe einen Eid geschworen, der auf Gesetzlichkeiten und der

Verfassung und nicht auf Parteitagsbeschlüssen beruht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, ich sehe keine weiteren Fragen. Sind Sie mit der Beantwortung fertig? - Dann danke ich Ihnen für die Stellungnahme der Landesregierung.

Wir fahren jetzt in der Debatte fort. Weil schon die Frage kam, möchte darauf verweisen, dass die Ministerin ihre Redezeit um drei Minuten überzogen hat. Jetzt spricht der Abg. Herr Krull für die CDU-Fraktion. Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine geschätzten Mitglieder des Hohen Hauses! Wenn ein Thema derzeit in Sachsen-Anhalt sehr intensiv und auch sehr emotional diskutiert wird, dann ist das zweifelsohne die gesundheitliche Versorgung mit dem Schwerpunkt der Krankenhauslandschaft in unserem Bundesland. Das konnten wir heute hier auch erleben.

Frau Ministerin, ich habe unsere Zusammenarbeit immer sehr geschätzt. Ich hoffe, die können wir auch in Zukunft fortsetzen. Wir alle müssen miteinander aushalten, wenn wir Position beziehen, auch in Form von Pressemitteilungen.

Wenn wir als CDU-Fraktion auf bestimmte Pressemitteilungen, egal ob sie aus anderen Fraktionen oder von Parteiverbänden kommen, so reagieren würden, würde es uns das Arbeiten durchaus noch schwerer machen. Das müssen wir einfach miteinander aushalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind eine Koalition, aber wir sind nicht eine Partei und auch nicht eine Fraktion.

Diese intensive öffentliche Wahrnehmung des Themas liegt vor allem auch an den negativen Botschaften, die öffentlich transportiert werden, ob es jetzt die Zukunft des Klinikums des Burgenlandkreises angeht - da haben wir jetzt eine Lösung, die aus meiner Sicht eine gute Lösung ist -, die unbefristeten Streiks mit den Aneos-Kliniken oder die angekündigte Schließung und Umnutzung der Klinik in Havelberg.

Beim letztgenannten Punkt haben sich meine Kollegen Chris Schulenburg und Hardy Güssau öffentlich sehr deutlich zum Erhalt des Standorts und zum Erhalt der medizinischen Versorgung der Region Havelberg insgesamt bekannt.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ja, aber sie tun nichts dafür!)

- Es gibt konkrete Vorschläge von Hardy Güssau, zum Beispiel mit dem Hubschrauber. - Ich verzichte jetzt darauf, eine Bestandsanalyse bezüglich der Trägerstrukturen in der Krankenhauslandschaft vorzunehmen. Das habe ich schon bei anderen Reden hier im Plenum umfänglich getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich politisch nachvollziehbar, dass Sie als Oppositionsfraktion einen solchen Antrag stellen. Aber gibt es neue Argumente, die noch nicht vorgetragen worden sind?

Wenn es dem Antragsteller darum geht, die Schärfung des Problembewusstseins in den Fraktionen herbeizuführen, dann rennen Sie bei uns offene Türen ein. Als CDU-Landtagsfraktion haben wir uns im Rahmen unserer Jahresanfangsklausur intensiv mit der Krankenhausstruktur in unserem Bundesland beschäftigt. Dabei haben wir folgenden Beschluss gefasst:

„Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, die Trägervielfalt in unserer Krankenhauslandschaft zu erhalten. Wenn Krankenhäuser - aus welchen Gründen auch immer - in wirtschaftliche Schieflage geraten, muss in erster Linie von Verantwortlichen vor Ort nach einer Lösung gesucht werden. Wir setzen aber bereits jetzt auf eine Spezialisierung und Kooperation der Kliniken in Sachsen-Anhalt. Wir werden dies als Land positiv intensiv begleiten.

Die Übernahme weiterer Krankenhäuser, direkt oder indirekt, durch das Land muss sehr genau im Einzelfall geprüft werden. Mindestvoraussetzung [...] ist, dass der Betrieb des Krankenhauses ohne zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt realisiert werden kann.

Es wird im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen zu prüfen sei, inwieweit weiteres Geld für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt werden kann.“

Koalitionspartner haben dazu auf Parteitagen entsprechende Beschlüsse gefasst. Die waren finanziell sehr umfangreich. An anderer Stelle ist die Fragestellung zu klären, ob hier ein Füllhorn guter Taten ausgeschüttet werden soll. Aber - ich werde darauf noch zu sprechen kommen - wir haben eine Gesamtverantwortung für Haushalt.

Was ich der Fraktion DIE LINKE zum Guten halten muss: Sie haben entsprechende Anträge zur besseren Finanzierung der Krankenhauslandschaft im zuständigen Ausschuss gestellt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Tag vor der Ausschussberatung Anträge im zweistelligen Millionenbereich zu bringen, das ist schon ein bisschen schwierig.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das macht doch die Koalition permanent am Tag, wenn es abgestimmt werden soll!)

- Ich kann jetzt nur für den Sozialausschuss sprechen. Da hatten wir am Montag die entsprechenden Anträge vorgelegt. Für diesen Bereich trage ich Verantwortung. Dazu äußere ich mich an dieser Stelle auch.

(Unruhe bei der LINKEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: Sie kommen hier mit einem Argument, das ist unfassbar!)

Auf die Finanzierung und die Deckungsquellen, die Sie angegeben haben, mit der weiteren Auflösung von Rücklagen, die bei meiner Fraktion sowieso sehr umstritten ist, schon bezüglich dessen, was wir bereits jetzt planen, will ich nicht weiter eingehen.

(Zuruf von der LINKEN)

Wir haben uns auch nicht der Diskussion im Ausschuss verweigert, sondern wir sind unserer Verantwortung für den Gesamthaushalt gerecht geworden und werden dieses Thema noch weiter diskutieren.

(Unruhe bei der LINKEN)

Wie gesagt, ist die Krankenhausfinanzierung ein weiterer Punkt, der bei den Haushaltsdebatten noch anstehen wird.

(Zurufe von der LINKEN))

Wir müssen auch realistisch sein. Ein Investitionsbedarf von mindestens 140 Millionen € pro Jahr wird kaum aus der Landeskasse allein zu leisten sein. Hierzu brauchen wir die Unterstützung Dritter.

Und: Die Probleme der Krankenhäuser beziehen sich nicht nur auf die fehlenden Investitionen. Wir haben hier schon diskutiert über die Auskömmlichkeit bzw. Nichtauskömmlichkeit der DRG als zweiter Säule der Krankenhausfinanzierung.

Wir haben das Problem, dass Kreditinstitute ihre entsprechenden Zusagen nicht mehr einhalten bzw. sagen, hier ist keine Finanzierung mehr möglich.

Wir haben einen Fachkräftemangel beim ärztlichen und beim nichtärztlichen medizinischen Personal. Es ist nur schwer zu ertragen, dass Arbeitgeber aus anderen Regionen in unser Land kommen, um Fachkräfte abzuwerben. Selbstverständlich ist dies im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft möglich. Aber wir brauchen diese Beschäftigten selbst dringend vor Ort. Um sie zu halten, bedarf es aber vor allem attraktiver Arbeitsbedingungen.

Uns als CDU-Fraktion obliegt es nicht, sich in aktuelle Tarifverhandlungen einzumischen; das ist

die Sache der Tarifpartner. Aber eines möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Wenn sich eine so deutliche Mehrheit der Beschäftigten bei Aneos für einen Streik ausspricht, muss das beim Arbeitgeber nicht nur ein Aufhorchen aufkommen lassen, sondern die Alarmglocken müssen schrillen.

Die Beschäftigten setzen sich zu Recht für vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in anderen Krankenhäusern ein. Wir erwarten, dass sich Aneos auf den Weg der Kompromissfindung begeben. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Kündigungen sind kein Mittel in einem Tarifkonflikt.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine gute und flächendeckende Versorgung mit medizinischen Leistungen in allen Landesteilen von Sachsen-Anhalt. Dazu müssen die bestehenden Strukturen fortentwickelt werden. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang auch die Einholung einer Expertise von außen eine Möglichkeit, um ein unvoreingenommenes Bild über die aktuelle Situation und mögliche Zukunftsaussichten zu bekommen.

(Zurufe)

In diesem Sinne bitte ich um Überweisung dieses Antrags in den zuständigen Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration.

Mir sei diese persönliche Schlussbemerkung erlaubt. Bei aller Emotionalität, die wir heute auch in dieser Debatte haben, wir werden die Lösung nur präsentieren können, wenn wir uns danach zusammensetzen und vernünftig miteinander nach der besten Lösung ringen. Nur Emotionalität hilft uns an dieser Stelle nicht weiter. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Moment, Herr Krull. Es gibt zwei Fragen, und zwar als Erstes von Herrn Gallert. - Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Krull, das ist genau die Frage, was aus den Beschlüssen Ihrer eigenen Partei, die Sie zitiert haben, jetzt wirklich in Regierungshandeln umgesetzt wird.

Ich fange noch mal mit Havelberg an. Sie haben ja selbst darauf Bezug genommen, dass wir dazu Presseerklärungen herausgegeben haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass Ihre Kabinettskollegin oder Ihr Kabinettsmitglied Frau Keding beim Neujahrsempfang oben in Havelberg sofort den Begriff der Rekommunalisierung des Krankenhauses ins Spiel gebracht hat. Das hat viele gewundert, sehr gefreut übrigens, Frau Keding, kann ich Ihnen nur sagen, dass das Ihr Vorschlag dort oben war.

Die Frage ist doch aber jetzt: Sie sagen, das Land wird sich überhaupt nur irgendwie daran beteiligen, wenn es mindestens die schwarze Null gibt. Entschuldigen Sie bitte, da, wo die Krankenhäuser das Problem nicht haben, weil sie ohnehin mit einem Plus durchlaufen, wird man Sie nicht fragen. Wenn Sie von vornherein sagen: Eine Landesbeteiligung, eine Landesverantwortung kann es überhaupt nur geben, wenn wir mindestens eine schwarze Null haben, dann sind Sie raus aus dem Spiel, weil die, die eine schwarze Null haben, Sie nicht fragen. Aber da, wo wir die Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleisten können, weil die Krankenhäuser ins Defizit geraten, da ist die öffentliche Hand gefragt.

Deswegen frage ich: Wie wollen Sie es in diesen Situationen machen?

Sagen Sie den Leuten, wie Sie das machen wollen, wenn Sie sagen: „Geld kriegt Ihr nicht von uns. Falls ihr kein Geld braucht, dann würden wir als Land Verantwortung übernehmen.“? Das ist keine Lösung. Wir haben doch die Situation, dass die Dinge defizitär laufen. Wenn Sie sagen: „Kreis, kümmer dich darum; die gesetzliche Verantwortung hast du“, dann sagen Sie mir jetzt bitte, wie der Kreis dazu in die Lage versetzt werden soll.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, jetzt haben Sie das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Ich glaube, das ist unser grundsätzlich unterschiedliches Verständnis. Sie glauben, wenn der Staat eine Aufgabe wahrnimmt, dass es immer automatisch besser wird.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Nein!)

Daran glauben wir nicht.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Wir haben durchaus Beispiele dafür.

(Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das Burgenlandklinikum ist ja nicht in die Schwierigkeiten geraten, weil es in privater Trägerschaft war, sondern während es in kommunaler Trägerschaft war. Wir müssen schauen, wo die besten Möglichkeiten existieren, was die Trägerschaft angeht.

Wenn ich sage, das Land kann nicht noch einmal zusätzliche finanzielle Mittel schultern, dann ist das auch ein klarer Ansatz unserer Politik als CDU-Fraktion hier im Landtag.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Ja!)

Wenn wir jetzt sagen würden, wir übernehmen alle defizitären Krankenhäuser, in denen es ein

Problem gibt, stellen Sie sich dann einen Landeskrankenhauskonzern vor? Finanzieren wir dann alles nach dem Motto: linke Tasche, rechte Tasche?

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Das war übrigens ein Vorschlag der CDU in Hessen!)

So funktioniert das an dieser Stelle nicht.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das haben wir aufgeschrieben und vorgetragen! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Deswegen müssen die Beteiligten entsprechend diskutieren. Wenn wir uns als Land irgendwie beteiligen, wie es im Altmarkkreis Salzwedel passiert ist, dann muss das auf einer soliden Basis passieren. Dann muss man darüber sprechen, ob die Strukturen noch funktionieren. Diese Defizite entstehen doch nicht aus dem Nichts,

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU)

sondern aus Strukturen, die offensichtlich nicht funktionieren.

(Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

Wir werden bestimmte Probleme auch nicht hier im Landtag diskutieren und lösen können,

(Zurufe von der LINKEN)

sondern wir werden auch an das DRG-System herangehen müssen. Ich gebe Ihnen recht, dass das DRG-System in der jetzigen Form überholt ist. Wenn die Problemstellung ist, dass ich mit einem Herzkathetereingriff das Geld machen kann, aber mit der Geburtshilfe ein entsprechendes Defizit einfahre, dann ist das ein Problem, das wir anpacken müssen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Das werden wir aber nicht hier im Landtag lösen können, sondern das wird ein Thema sein, das wir auf Bundesebene diskutieren müssen.

(Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Herr Steppuhn hat sich noch als Fragesteller gemeldet. - Herr Steppuhn, Sie haben das Wort.

Andreas Steppuhn (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Kollege Krull! Wie stehen Sie denn dazu, dass Kollegen von Ihnen, der Kollege Szarata und der CDU-Landratskandidat im Harz, öffentlich in Erwägung gezogen haben, den Standort von Aneos in Halberstadt, wenn das notwendig ist, gegebenenfalls zu rekommunalisieren?

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist vertraglich festgelegt in dem Vertrag!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Ich kann dazu eine persönliche Meinung haben und ich glaube, dass Herr Balcerowski und Herr Szarata, wenn sie eine solche Äußerung machen, sich das gut überlegt haben und dann gegebenenfalls Prioritäten setzen in der entsprechenden Haushaltsplanung, was die Rekommunalisierung angeht. Ich kenne natürlich auch die Belange und Nöte der Menschen vor Ort sowie die Unsicherheiten, was Ameos angeht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Steppuhn hat eine Nachfrage.

Andreas Steppuhn (SPD):

Heißt das, Herr Kollege Krull, dass zumindest Teile der CDU-Fraktion eine Rekommunalisierung auch von privatisierten Krankenhäusern im Land nicht ausschließen?

Tobias Krull (CDU):

Wenn es in den Kommunen dafür eine politische Mehrheit gibt und finanzielle Vorsorgemöglichkeiten vorhanden sind, obliegt es selbstverständlich der kommunalen Selbstverantwortung, eine solche Entscheidung zu treffen und die Verträge entsprechend auszuführen bzw. neue Verträge abzuschließen.

Ich maße es mir als Landespolitiker nicht an, immer die Situation vor Ort am besten zu kennen. Die Verantwortlichen vor Ort müssen entscheiden, wie sie damit umgehen. Zu einem Vertrag gehören immer mehrere Vertragspartner, in dem Fall auch Ameos.

Andreas Steppuhn (SPD):

Ich habe noch eine Nachfrage dazu.

(Oliver Kirchner, AfD: Wie viele denn noch?
- Unruhe bei der CDU)

Herr Kollege Krull, bedeutet das auch,

(Zurufe von der AfD)

- das gehört jetzt einfach dazu -, wenn es solche Bestrebungen zum Beispiel in einem Landkreis gibt, dass wir als Land dann solche Bemühungen gegebenenfalls sogar mit Investitionen unterstützen?

Tobias Krull (CDU):

Wir müssen als Land unserer Investitionsverpflichtung bei den Krankenhäusern sowieso nachkommen. Das haben wir in den letzten Jahren

durchaus unzureichend getan; das ist auch schon mehrfach gesagt worden. Aber als Land „Gastgeschenke“ zu verteilen, um die Rekommunalisierung eines Krankenhauses vielleicht auch zulasten anderer Krankenhäuser durchzuführen, damit habe ich Schwierigkeiten.

Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben nicht nur die kommunalen Krankenhäuser und die privaten Krankenhäuser, sondern wir haben auch eine ganze Anzahl freigemeinnütziger Kliniken in unserem Land. Auch die verdienen unsere Unterstützung und Hilfe.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt keine weiteren - -

(Andreas Steppuhn, SPD, meldet sich)

- Herr Steppuhn, Sie haben bereits zwei Nachfragen gestellt.

(Ulrich Siegmund, AfD: Drei!)

Weitere Fragen gibt es nicht. Herr Krull, ich danke Ihnen für Ihren Redebeitrag. - Für die AfD-Fraktion hat jetzt der Abg. Herr Siegmund das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserer Krankenhauslandschaft geht es steil bergab. Ich möchte mich heute in meiner Rede auf die Wurzel dieser Probleme konzentrieren.

Anfang dieser Woche kam es zu einer außergewöhnlichen Situation in Haldensleben: Bei einem Besuch der üblichen Scheinsolidarität eines SPD-Vertreters - in diesem Fall konkret der Ministerin selbst - ist dort einem seit dem Jahr 1999 tätigen Chefarzt eines Ameos-Krankenhauses der Kragen geplatzt, und das völlig zu Recht. Die SPD hat die Krankenhauslandschaft gegen die Wand gefahren. Sie gibt Jahr für Jahr Unsummen für Schwachsinn aus und hat die Privatisierung vorangetrieben.

Auf diese Grundursache der Problematik möchte ich heute eingehen. Ein kleines Problem hatten die Ausführungen des Arztes allerdings: Er ist nicht fertig geworden. Genau hier möchte ich jetzt anknüpfen.

Zunächst zur Istsituation. Zu dem Streik bei Ameos in Haldensleben und auch in anderen Städten gibt es zahlreiche Reaktionen von SPD-Vertretern, die ich gerne zitieren möchte. Es sind allesamt Zitate von Twitter.

Katja Pähle, SPD: „Heute Morgen war ich vor Ort und habe mit den Streikenden gesprochen und

habe einen Kuchen ins Streiklokal gebracht! Die @spd steht hinter Euch!“

Katharina Zacharias: „Noch schnell Nervennahrung zu den Streikenden in Haldensleben bringen!“

Herr Andreas Steppuhn, auch SPD: „Auch heute wieder Solidarität und Unterstützung für die streikenden Beschäftigten von Ameos. Wir unterstützen euch nach Kräften.“

Das sind allesamt Zitate von SPD-Vertretern.

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Jetzt gucken wir uns die konkrete Unterstützung einmal genauer an. Schuld an der Situation der streikenden Mitarbeiter sind die Privatisierung der Krankenhäuser und vor allem aber auch die ausgebliebenen Investitionen. Was mussten Krankenhäuser machen, wenn sie kein Geld vom Land für Investitionen bekommen haben? - Sie mussten das Geld selbst aufbringen und haben es zum Beispiel beim Personal eingespart. Das heißt, das Grundproblem ist fehlendes Geld. Da kann man sich drehen und wenden, wie man will. Das ist so.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Das verantwortliche SPD-Ministerium hat seit dem Jahr 2006 die Verantwortung für diesen Bereich. Das heißt, seit dem Jahr 2006 hätte die SPD in diesem Bereich handeln können und das beenden können. Aber Sie haben andere Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Damen, liebe Herren und vor allem auch liebe Patienten! Weil Sie in diese Prozesse nicht immer integriert sind, möchte ich Ihnen mit einem Blick in die aktuelle Haushaltsplanung darstellen, welche Prioritäten das SPD-Ministerium setzt. Wir beginnen:

Förderung von Zuwendung für die Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen. Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten: 1,15 Millionen €. Selbstorganisation, Partizipation und Integration: 400 000 €. Interkulturelle Begegnung und Verständigung, interkulturelle Bildung und Öffnung von Organisationen: 150 000 €. Förderung lokaler Willkommenskultur für Flüchtlinge und neu Zuwandernde: 1,124 Millionen € jedes Jahr. Förderung von Dialogformaten und der Integration von Migranten: 450 000 € Extrakosten.

Wir machen weiter: Für den Kampf gegen Rechtsextremismus - ausschließlich gegen diesen Extremismus -, mobile Intervention: 1,4 Millionen €. Unterstützung bei Prozessen zur Distanzierung von Rechtsextremismus: 100 000 € jedes Jahr.

Wir haben Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen, beispielsweise Förderung von Beratungsnetzwerken oder Maßnahmen bei Prozessen zur Distanzierung von Rechtsextremismus: 1,99 Millionen € jedes Jahr.

Wir haben im SPD-Ministerium nicht einen Staatssekretär, wie in anderen Ministerien, nein, wir haben einen weiteren, wir haben zwei. Das macht mit Entlohnung, mit Fahrer, mit Dienstwagen, mit zusätzlichem Personal, mit Ausstattung und Pensionsvorsorge ca. 300 000 € extra jedes Jahr.

Das SPD-Ministerium gönnt sich einen „Miteinander e. V.“, der sich dem Kampf für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt verschrieben hat, für eine Million Landesmittel jedes Jahr.

(Oh! bei der AfD)

Das SPD-Ministerium gönnt sich eine Auslandsgesellschaft. Da möchte ich ganz kurz zitieren:

„Die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V. (AGSA) ist ein Dachverband, in dem Vertreter*Innen der Mehrheits- und Einwanderungsgesellschaft strukturell zusammenwirken. Die AGSA ist professionelle Akteurin und zivilgesellschaftliche Interessenvertreterin für Einwanderung und Interkulturelle Orientierung, Öffnung und Diversity.“

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

„Europäische Zusammenarbeit und globales Lernen in Sachsen-Anhalt.“

1,76 Millionen € für diese Auslandsgesellschaft.

(Matthias Büttner, AfD: Das gibt es doch gar nicht! - Beifall bei der AfD)

Die Auslandsgesellschaft gönnt sich eine Reihe freier Mitarbeiter und hat fünf feste Mitarbeiter. Für diese fünf festen Mitarbeiter sind 441 000 € Personalkosten eingestellt, macht 90 000 € pro Mitarbeiter.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das kann man nachlesen! Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Wir haben weitere Posten im Haushaltsplan: Die Verbesserung der Situation von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung. Wir haben das Integrationsmonitoring, die Verleihung des Integrationspreises, den Druck von mehrsprachigen Flyern und Broschüren, Dolmetscher- und Übersetzungskosten. Wir haben Rechtsberatungen in ausländerrechtlichen Fragen und wir haben die Layout-Gestaltung für Publikationen des Landesintegrationskonzeptes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das alles ist SPD-Speech, hier schwarz auf weiß im Haushaltsplan verortet.

(Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD: SPD-Sprech!)

Und wir haben noch einen ganz großen Kuchen, Herr Steppuhn, genau. Wir haben in diesem Jahr für die Zuweisung an Gemeinden für unbegleitete minderjährige Ausländer 22,8 Millionen € verplant.

Dabei muss man im Hinterkopf behalten, dass das ausschließlich unbegleitete minderjährige Ausländer sind, also keine generellen Asylbewerber, und somit auch keine indirekten Kosten, die zusätzlich anstehen im Gesundheitswesen, im Sicherheitsapparat etc. Für diese unbegleiteten minderjährigen Ausländer hat unser Bundesland seit dem Jahr 2016 inklusive des laufenden Jahres übrigens 188 Millionen € ausgegeben.

(Oh! von der AfD)

Das Sozialministerium hat allein im Jahr 2017 24 neue Stellen geschaffen; die Personalkosten stiegen im Jahr 2010 von 15,3 Millionen € auf 21 Millionen € im Jahr 2017.

(Alter Schwede! bei der AfD)

Ich glaube, das reicht erst einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das geschah übrigens alles mit Tolerierung durch die CDU und durch die GRÜNEN.

(Beifall bei der AfD)

Die zweite These: Die SPD hat die Krankenhauslandschaft gegen die Wand gefahren. Auch hierzu habe ich bereits Zahlen geliefert. Im Jahr 2005, vor der SPD, wurden noch 180 Millionen € jedes Jahr in unsere Krankenhauslandschaft investiert. Dann kam die SPD in den Landtag und im Jahr 2015 waren es nur noch 39 Millionen €; 75 % wurden eingespart. Die SPD hat die Krankenhauslandschaft gegen die Wand gefahren.

(Beifall bei der AfD)

Die dritte These: Die Twitter-Kommentare „Die SPD steht hinter euch und rettet euch!“. - Am letzten Wochenende hat die SPD auf einem Landesparteitag den Beschluss gefasst, dass kein Krankenhaus in Sachsen-Anhalt je wieder privatisiert werden darf. Keine Woche später springt bei der insolventen Klinikette des Burgenlandkreises der freigemeinnützige private SRH ein und übernimmt das Krankenhaus. Die SPD hat ihren eigenen Beschluss in einer Woche vergessen.

In demselben Atemzug erreicht uns folgende Pressemitteilung der SPD-Fraktion - Zitat -: „SPD begrüßt Einstieg von SRH im Klinikum Burgenland“. Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer soll Ihre Partei noch ernst nehmen? Das ist unfassbar.

(Beifall bei der AfD)

Lange Rede, kurzer Sinn. Mir war es ein Bedürfnis, Ihnen allen und auch Ihnen, liebe Patienten, einmal aufzuzeigen, für welche Dinge das Ministerium in diesem Bundesland Geld ausgibt

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

und wo das Geld entsprechend fehlt. Schauen Sie in Ihr örtliches Krankenhaus, dann sehen Sie, wo es fehlt.

Zu den Anträgen haben wir alles gesagt. Wir haben zu diesem Thema die vierte Debatte in Folge.

Zum Antrag der LINKEN möchte ich mich noch kurz positionieren.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Oh!)

Ich finde es schade, dass Sie die Themen Ameos und Havelberg in Ihrem Antrag nicht aufgegriffen haben. Wir werden uns daher der Stimme enthalten und verweisen auf unseren weitergehenden Alternativantrag. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und wünsche unseren Patienten alles, alles Gute.

(Starker Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Siegmund, es gibt noch eine Frage von Frau Dr. Späthe. - Frau Dr. Späthe, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Verena Späthe (SPD):

Zurück zur Krankenhausproblematik. Herr Siegmund, Ihnen wird bekannt sein, dass alle Krankenhäuser im Land, ob privat, freigemeinnützig oder in kommunaler Trägerschaft, gleich behandelt werden, sowohl was die Bezahlung der DRG, getragen von den Krankenkassen, als auch die Investitionsvolumina durch das Land angeht. Insofern werden alle gleich behandelt.

Dennoch gibt es gravierende Unterschiede zu der Situation der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt. Sie haben sich bei Ameos besonders aufgehalten. Ameos sticht dadurch hervor, dass es dort seit Jahren - nämlich genau seit der Übernahme durch diesen Konzern - gravierende Lohn- und Gehaltsunterschiede für das Personal gibt im Gegensatz zu anderen Krankenhäusern, die dieselben DRG und dieselben Investitionsleistungen durch das Land bekommen und die trotzdem nach Tarif bezahlen.

Meine erste Frage ist, wie Sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass ausgerechnet das Land - in diesem Fall insbesondere die Sozialministerin - daran Schuld ist, dass Ameos aus den DRG's und

den Investitionen das Personal nicht ordentlich bezahlt.

Meine zweite Frage ist: Ist Ihnen bekannt, dass Ameos zwar seinen Firmensitz in der Schweiz hat, die Eigentümer aber US-amerikanische Pensionsfonds sind?

Nun kann ich nur das wiedergeben, was uns die Belegschaft dargelegt hat, dass nämlich Millionenbeträge jährlich aus Sachsen-Anhalt, aus diesen fünf Standorten, durch die vorenthaltenen Lohnzahlungen nach Amerika fließen für den Pensionsfonds.

(Silke Schindler, SPD: Die guten deutschen Gelder? - Ulrich Siegmund, AfD: Ja!)

- Aus den Krankenkassenbeiträgen, also auch aus Ihren. Da liegt der Hase im Pfeffer. Das wollte ich nur noch einmal deutlich machen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Siegmund, Sie haben jetzt das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Frau Dr. Späthe. Der Hase liegt in meinen Augen deshalb im Pfeffer, weil Sie es überhaupt erst verantwortet haben, dass ein Konzern wie Ameos Kliniken in Sachsen-Anhalt übernehmen kann. Das heißt, auch dafür tragen Sie die Verantwortung, dass sie das an einen Konzern veräußert haben, der die Gewinne entsprechend abführt. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Schauen Sie sich das doch in Haldensleben an. Es ist doch immer das Gleiche. Ein privater Träger hat ein Gewinnerwirtschaftungsinteresse. Das ist doch ganz normal. Und was macht ein Krankenhaus wie das in Haldensleben? - Es schließt erst einmal alle nicht profitablen Stationen.

(Dr. Verena Späthe, SPD: Das würden doch alle machen!)

Das, was profitabel ist, bleibt übrig. - Das ist aber der grundlegende Unterschied zwischen einer kommunalen und einer privaten Versorgung. Die kommunalen Krankenhäuser haben das Interesse - -

(Dr. Verena Späthe, SPD: Auch andere Private machen das nicht!)

- Nein, das ist doch Schwachsinn. Schauen Sie es sich doch in den einzelnen Örtlichkeiten an. Kommunale Krankenhäuser sind dem Patientenwohl verschrieben, private machen das, wofür es die meiste Kohle gibt. Das ist das Ungleichgewicht in der Gesellschaft. Da müssen wir unbedingt gegensteuern.

(Zustimmung bei der AfD)

Der dritte Punkt ist die Finanzierung. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Ich habe Ihnen doch die Zahlen vorgelesen: von 180 Millionen € auf 39 Millionen € unter SPD-Verantwortung.

Es ist doch klar: Wenn Sie einen Investitionsstau aufbauen, dann muss das Krankenhaus neue Finanzierungsquellen suchen. Auch kommunale Krankenhäuser haben Probleme gehabt, das Personal vernünftig zu bezahlen, natürlich, weil sie das Geld, das eigentlich für das Personal da wäre, über die ganzen Pauschalen in die Investitionen lenken mussten.

Das ist das Grundproblem. Wenn ein Krankenhaus vernünftig ausfinanziert ist, kann es auch die Mitarbeiter vernünftig bezahlen. Da wollen wir wieder hinkommen, indem wir den ganzen SPD-Schwachsinn streichen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Siegmund, Frau Dr. Pähle hat sich noch zu Wort gemeldet. - Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Herr Siegmund, ich habe Ihnen gut zugehört. Ich habe auch Ihre Herleitung gehört. Erklären Sie mir doch einmal, wenn ich auf die Ausführungen des Kollegen Jantos zurückgreifen kann, wie denn Ihrer Meinung nach der Unterschied zwischen dem privaten Träger Helios im Landkreis Mansfeld-Südharz und dem privaten Träger Ameos im Salzlandkreis zustande kommt. Denn überraschenderweise schafft es Helios an seinen Standorten, den Pflegekräften im Monat ungefähr 400 € mehr zu bezahlen. Erklären Sie mir bitte diesen Unterschied, wenn es nicht am Betreiber liegt und nicht am Modell.

Ulrich Siegmund (AfD):

Ich frage zurück, Frau Dr. Pähle: Wenn es möglich ist für einen Konzern wie Helios, Gewinne in Milliardenhöhe zu erwirtschaften,

(Dr. Katja Pähle, SPD: Ameos! - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

welchen Anspruch haben wir dann als Politiker? - Ich rede jetzt von Helios; Helios erwirtschaftet Gewinne in Milliardenhöhe. Das gilt auch für die Asklepios-Kliniken; die erwirtschaften Gewinne in Milliardenhöhe. Das sind Gelder, die unserer Meinung nach nicht als Gewinne an private Betreiber fließen dürfen, sondern zurück in das Gesundheitswesen fließen und investiert werden müssten.

Welche Möglichkeiten hätten wir denn in der medizinischen Versorgung, wenn wir die Gewinne aus privaten Konzernen nicht dort belassen würden, sondern sie zurückführen würden und für Investitionen für die Patienten verwenden würden? Welche Möglichkeiten hätten wir dann? Dahin wollen wir kommen.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Siegmund, Herr Jantos hat sich noch zu Wort gemeldet.

(Zuruf von Dr. Verena Späthe, SPD - Ulrich Siegmund, AfD: Na doch, das ist alles Mist!)

Herr Jantos, Sie haben jetzt das Wort.

Eduard Jantos (CDU):

Herr Siegmund, bitte reden Sie nur über Sachen, die Sie auch wirklich wissen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Dann dürfte er gar nicht reden!)

Es nützt nichts, wenn Sie hier einfach Vermutungen in den Raum stellen. Wenn Sie sich einmal die Struktur bei Helios ansehen, dann werden sie feststellen, dass das eine Stiftung ist. Dort läuft nichts in den privaten Bereich.

(Ulrich Siegmund, AfD: Alles klar! - Dr. Verena Späthe, SPD: Tja, Pech!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Siegmund für den Redebeitrag. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Lüddemann das Wort. - Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ja, die Gesundheitsversorgung ist ein hohes Gut, das im Bereich der Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt aktuell in Schieflage gekommen ist. Aber Sie können allen, die hier reden, glauben, dass wir in der Koalition ernst darum ringen, diese Situation zu verbessern.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Gabriele Brakebusch, CDU)

Ich würde jetzt gern versuchen, wieder auf die Grundsätzlichkeit im Interesse der Patientinnen und Patienten zurückzukommen. Denn mir geht es darum, produktiv und gestaltend eine moderne Krankenhauslandschaft zu entwickeln. Dabei kommt es mir vor allem darauf an, die bestehende Engführung von Einrichtungen zu überwinden.

Immer noch haben wir eine zweigleisige Facharztschiene mit der ambulanten Versorgung auf der einen und der stationären Versorgung auf der anderen Seite. Immer noch sehen sich Krankenhäuser eher als Einzelkämpfer und nicht als integraler Bestandteil einer regionalen Versorgungslandschaft, und der einzelne Arzt auf der anderen Seite ebenso. Das wollen wir GRÜNEN weiterentwickeln.

Uns geht es darum, die derzeit 47 Klinikstandorte dauerhaft zu erhalten. Aber das geht nur, wenn sie sich verändern, zum Teil grundlegend und völlig. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung als ein Teil der Daseinsvorsorge muss belastbar für jede und jeden in Sachsen-Anhalt verfügbar sein, aber eben nicht als Vollversorger an jeder Ecke.

Das Angebot muss sich verändern und an die regionalen Verhältnisse angepasst werden. Da ist vieles denkbar, vieles haben wir schon, vieles müssen wir noch vorantreiben. Das reicht von Uniklinika über Vollversorger, Spezialkliniken, Portalkliniken, 24-Stunden-Praxen bis hin zu regionalen Gesundheitszentren oder einzelärztlichen Standorten, und ja, vielleicht auch durch einen zusätzlichen Hubschrauber.

Insbesondere Portalklinken halte ich für zentral, also quasi große Notaufnahmen als zentrale Anlaufpunkte, die eine Grund- und Notversorgung leisten.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Mittels moderner digitaler Technik, der sogenannten Telematik, kooperieren sie mit spezialisierten Krankenhäusern im Umfeld. Ich meine, NRW ist da ein gutes Beispiel, an dem man sich orientieren kann. Wir werden das auf einer Veranstaltung in Genthin im Rahmen unseres Schwerpunktes zu den ländlichen Regionen näher vorstellen.

Neben der Überwindung der starren Logik von ambulant und stationär und des Einzelstandortdenkens ist auch die Schranke zwischen dem Gesundheitssektor und der Pflege zu öffnen. Wiederrum ist hierbei NRW beispielgebend. Aufgrund einer Einigung zwischen den Pflegekassen, der Krankenhausgesellschaft und dem Land können Kliniken dort jetzt auch Tagespflegeplätze anbieten. Aus der Ferne betrachtet, hätte das meiner Einschätzung nach für die Klinik in Havelberg eine Option sein können, zumal dort jetzt ein Altenheim entstehen soll, wie zu lesen war.

Jetzt komme ich zu einem meiner Lieblingsthemen; auch das passt hierher. Grenzüberschreitung ist auch anzugehen beim Thema Übertragung von ärztlichen Leistungen auf Pflegekräfte. Je mehr wir Pflegekräften an Leistungserbringung zugestehen, desto mehr Krankenhauseinweisun-

gen machen wir überflüssig. Das sollte Gesundheitsminister Spahn im Bund einmal regeln,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

anstatt quasi im Monatstakt neue Gesetzentwürfe auf den Markt zu werfen, die jeder für sich genommen vielleicht durchaus sinnvoll sind, die aber komplett an der aktuellen Lebensrealität der Menschen im Land, der Kliniken im Land und der Gesundheitsrealität im Land vorbeigehen, die auf ein völlig unvorbereitetes System treffen und die Akteure nur noch mehr überfordern.

Auch brauchen wir - dafür treten wir GRÜNEN seit Langem ein - eine gesetzliche Regelung, die Unternehmen im Gesundheitsbereich zwingt, die Gewinne im Unternehmen zu belassen. Abführungen an Aktionäre oder Pensionsfonds müssen unterbunden werden.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das, was wir bei Ameos erleben, ist ein Skandal und eine Schande. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen dort weiterhin viel Kraft bei ihrem Arbeitskampf.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gilt jetzt, die Zusammenarbeit der Akteure im Land voranzubringen. Wir brauchen einen Krankenhaushausgipfel als gemeinsamen Auftakt aller Akteure. Denn abseits aller Einzelinteressen und divergierender Zuständigkeiten von Land, Kommunen, Kassen, Krankenhausträgern und Fachkräften sollte uns - ich gehe davon aus; denn das ist die Basis - doch einen, dass alle an einer verlässlichen Versorgung der Patientinnen und Patienten in Sachsen-Anhalt interessiert sind und dass das unser Ziel ist.

Abschließend lassen Sie mich noch einen Punkt betonen, den ich persönlich sehr wichtig finde. Das neu eingeführte Pflegebudget und die Lohnentwicklung in der Pflege sind nicht der Grund für die finanzielle Schieflage so mancher Klinik. Dieser Zungenschlag ist leider immer wieder zu hören und es regt mich wirklich auf, wenn das, was wir jetzt erleben, auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die quasi an vorderster Front dort arbeiten, im Grunde genommen schon unterbezahlt sind und dann noch nicht einmal das bekommen, was ihnen in diesem schlechten Tarif zugestanden wird.

Das Pflegebudget trägt nämlich zur Preisehrlichkeit bei. Es verhindert das vormalig teils offene Geheimnis der Querfinanzierung, dass nämlich Gelder, die eigentlich für das Personal vorgesehen waren, für andere Zwecke zweckentfremdet wurden. Sie sind auch in die Investitionsförderung

der Häuser geflossen. Jetzt müssen diese Mittel eins zu eins ins Personal investiert werden. Und das ist gut so.

Dass das Land neben den genannten Gründen auch zur Schieflage mancher Kliniken beigetragen hat, weil seit dem Jahr 2004 der Investzuschuss wegfiel, ist mehrfach festgestellt worden. Es ist auch klar gesagt worden, wer dafür die Schuld trägt. Aber es hilft niemandem, immer wieder darauf herumzureiten.

(Volker Olenicak, AfD: Auch die Ursachen sind wichtig! Sehr wichtig!)

Wir können feststellen, dass seit dem Jahr 2016 wieder ein Investitionszuschuss existiert. Wir ringen darum, an der Höhe noch etwas zu tun. Aber es muss auch anerkannt werden, dass hier nachgesteuert wurde.

In den aktuellen Haushaltsberatungen ringen wir ebenso darum, eine Möglichkeit zu finden, den Kliniken ad hoc zu helfen. Die Ministerin hat dazu ausgeführt. Wir haben noch einige Wochen Zeit, um darüber zu beraten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Volker Olenicak, AfD: Ihr reitet doch immer auf der Vergangenheit herum!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Lüdemann für den Redebeitrag. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Pähle. - Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Als die Linksfraktion ihren Antrag auf die Tagesordnung für die heutige Landtagssitzung setzte, brannte es in der Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts an drei Stellen: beim Klinikum im Burgenlandkreis, in den Ameos-Kliniken und in Havelberg.

Seit gestern wissen wir, das erste Feuer ist gelöscht und wir können unsere Aufmerksamkeit den anderen Brandherden und den Schwelbränden zuwenden, die das Krankenhaussystem insgesamt bedrohen.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die Entscheidung im Burgenlandkreis so gefallen ist. Ich weiß, dass unsere Erleichterung vor Ort geteilt wird. Der Verkauf an SRH findet im Burgenlandkreis breite Zustimmung.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

Hauptsache nicht an Ameos! - Das war dort die verbreitete Stimmung.

Die Entscheidung entspricht übrigens exakt dem, Herr Siegmund, wofür sich der Landesparteitag

am vergangenen Wochenende in Aschersleben ausgesprochen hat - ich zitiere -: ein öffentliches gemeinnütziges Kooperationsmodell. Genau das kommt jetzt, nämlich ein gemeinnütziger Träger, der mit den öffentlichen Unikliniken kooperieren will.

Den Unterschied zwischen einer Aktiengesellschaft, wie es Aneos ist, und einer gemeinwohlorientierten GmbH oder gGmbH kann Ihnen Herr Farle wahrscheinlich aus zwei Dimensionen auseinandersetzen,

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

erstens steuerrechtlich und wirtschaftsrechtlich und zweitens auch vom Anspruch her. Ich glaube, aus der Erfahrung von Herrn Farle mit der KPD kann er Ihnen das gesellschaftstheoretisch hervorragend herleiten. Ich wünsche Ihnen ein frohes Seminarwochenende.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Rüdiger Erben, SPD)

Aber vielleicht wollen Sie auch nur davon ablenken, dass die AfD im Kreistag des Burgenlandkreises gegen den Zuschuss zum Erhalt der Geburtsklinik und gegen die Beteiligung des Landkreises an einem gemeinsamen Trägermodell mit der Uniklinik gestimmt hat. Wie sieht es denn da aus mit der Transparenz, Herr Siegmund?

Meine Damen und Herren! Kommen wir zum zweiten Brandherd, den Kliniken der Aneos-Gruppe. Hier haben sich die Beschäftigten, Pflegerinnen und Pfleger ebenso wie Ärztinnen und Ärzte dazu entschlossen, das Löschen selbst zu übernehmen.

Der unbefristete Streik war das letzte notwendige und richtige Mittel, um sich gegen die Verweigerung eines Tarifvertrages, gegen die angebotenen Dumpinggehälter und gegen die willkürlichen Entlassungen zu wehren.

(Zustimmung bei der SPD)

Die SPD wünscht den Beschäftigten für diesen Kampf weiterhin starke Nerven, Durchhaltevermögen und viel Erfolg. Manchmal helfen dabei auch ein Kuchen oder Kekse.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank - Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Dieser Streik wurde vor allem deshalb nötig, weil Aneos die Gewerkschaft erneut aus den Tarifverhandlungen heraushalten und die Beschäftigten in Einzelgesprächen zu ungünstigen Verträgen zwingen wollte.

Dass sich nun ausgerechnet die AfD, die aus ihrer gewerkschaftsfeindlichen Haltung keinen Hehl macht

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

und Gewerkschaften, auch hier im Hohen Haus, mehrfach als linksextremistisch eingestuft hat, bei den Streikenden jetzt so anbieten will,

(Daniel Roi, AfD: Wie Frau Grimm-Benne!)

das ist echt ein starkes Stück.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Aber Sie tun das ja auch nicht, indem Sie die Forderungen der Beschäftigten aufgreifen, sondern indem Sie zu Diffamierungen greifen, wie mit Ihrem Video aus Haldensleben.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

In Haldensleben - ja, richtig, da wo ein AfD-Stadtrat eine SPD-Kollegin gesteinigt sehen will - hat sich die AfD einen Chefarzt vor die Videokamera geholt, der von den Zielen des Streiks ablenkt, indem er über Gender-Gaga herzieht.

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn die Entscheidung der Landesregierung zur Aufstellung des Haushalts zusammen mit dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten von jemandem kritisiert wird, dann erwarte ich einen leidenschaftlichen Gegensatz von Mitgliedern der Landesregierung. Das ist ihre Aufgabe.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Und mit Herrn Motschmann,

(Matthias Büttner, AfD: Dr. Motschmann! - Dr. Falko Grube, SPD: Unter Promovierten darf man das weglassen! Das wissen Sie wahrscheinlich nicht!)

nur um das einmal einzuordnen, haben Sie sich ja genau den Richtigen vor die Kamera geholt. Herr Dr. Motschmann hat, bevor er von der Jungen Union zu den Republikanern wechselte - das ist alles ganz lange her -, propagiert, dass man AIDS-Infizierte an einer nur beim Geschlechtsverkehr sichtbaren Stelle tätowieren sollte.

Und er bezeichnet Homosexuelle als abartig veranlagte Typen mit perversen Neigungen. Das ist jemand, der in einem Leserbrief im Ärzteblatt die Gräueltaten des NS-Regimes gleichsetzt mit Abtreibungen in der heutigen Zeit.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Das ist Ihr Kronzeuge, meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD.

(Beifall bei der LINKEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Dazu hätte vielleicht mal die „Volksstimme“ recherchieren können!)

Herr Vizepräsident, da die Ministerin um drei Minuten überzogen hat, bitte ich darum, eine kurze Schlussbemerkung machen zu dürfen.

(Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, der vergangenen wie der heutigen, wir haben für eine lange Zeit und für viele Jahre gemeinsam Verantwortung für die Politik in diesem Land getragen - im Guten wie im Schlechten. Haushalte sind noch immer im Landtag beschlossen worden. Wenn Finanz- und Gesundheitsministerium beim Investieren allzu lange auf der Bremse gestanden haben, dann geschah das nicht auf eigene Faust,

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

sondern weil ein harter Spar- und Konsolidierungskurs den gemeinsamen Willen der damaligen Mehrheit im Haus ausgedrückt hat.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Was dieser Sparkurs bei Polizei und Schulen an Engpässen verursacht hat, das haben wir im Koalitionsvertrag behoben. Es ist an uns, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um jetzt auch im Krankenhausbereich die richtigen Weichen zu stellen. Deshalb müssen wir über realistische Lösungen auch in diesem Doppelhaushalt reden, ohne dass uns der Haushalt um die Ohren fliegt. Ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm ist die pragmatische und realistische Antwort auf die Aufgabe, die vor uns steht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, Herr Büttner hat sich noch zu Wort gemeldet.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Gern.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Dann, Herr Dr. - nein, Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Herr Dr. Büttner, jawohl! Danke, Herr Präsident. - Frau Dr. Pähle, ich möchte kurz auf Ihre Ausführungen eingehen. Sie sagen, wir könnten nicht an der Seite der Beschäftigten stehen, weil wir uns gegen Gewerkschaften zur Wehr setzen.

(Andreas Steppuhn, SPD: So ist das!)

Soll ich Ihnen einmal etwas erzählen über Gewerkschaften?

(Zurufe von der SPD)

- Ja, so ist das. Zuhören jetzt! Ohren auf!

(Andreas Steppuhn, SPD: Nein! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das Achslagerwerk bei uns in Staßfurt, das im Übrigen einmal 40 Millionen € von der Landesregierung erhalten hat - - Ich glaube, darin war irgendwie die SPD verwickelt; dazu gab es auch einmal einen Untersuchungsausschuss - das aber nur am Rande.

(Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Das Achslagerwerk Staßfurt, das dann, obwohl umfangreiche Zahlungen geflossen sind, in Insolvenz gehen musste oder kurz davor war, hat dann darum gekämpft, dass es weiter bestehen kann. Die Beschäftigten haben natürlich um ihre Arbeitsplätze gekämpft. Da hat sich auch die Gewerkschaft hervorgetan und hat schlaue Sprüche in der Zeitung getätigt. Wissen Sie, was passiert ist, als ich bei diesem Gewerkschaftsvertreter angerufen habe und meine Mithilfe anbieten wollte, um eventuell eine Lösung zu finden? Denn es geht am Ende um die Beschäftigten - nicht um die Beschäftigten bei den Gewerkschaften, die davon leben, sondern um die, um die man sich kümmern muss, die vielleicht ihren Job verlieren. Ich wollte meine Hilfe anbieten - der Typ hat aufgelegt.

(Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe mich nur vorgestellt, wer ich bin.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Fragen Sie den mal, warum!)

Dann habe ich wieder angerufen - aufgelegt!

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Fragen Sie sich doch mal, warum! - Unruhe)

Dann hat er nicht einmal mehr abgenommen.

(Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Da frage ich mich: Wie wichtig ist es so einem Menschen denn wirklich, etwas für die Beschäftigten zu tun?

(Ulrich Siegmund, AfD: Genau! - Thomas Lippmann, DIE LINKE: Na, weil die euch nicht brauchen! Die kriegen das selbst hin! - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Oder: Wie wichtig ist so einem Menschen seine ideologische Grundeinstellung, die Sie da drüben alle haben? Das ist nämlich Ihre Grundeinstellung: Sie wollen nichts für die Menschen tun, sondern Sie wollen am Ende nur etwas für sich selbst tun. Darum sitzen Sie auch hier.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, ob Sie darauf antworten, ist Ihre Entscheidung.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Die Grundeinstellung, Herr Büttner, ist die Erkenntnis, dass Solidarität stark macht, dass man Veränderungen auch gegenüber Arbeitgebern nur gemeinsam umsetzen kann. Die Antwort, die in Deutschland dafür gefunden wurde, waren die Gewerkschaften. Bei der heutigen Debatte darüber, welches Wirtschaftssystem wir wollen, haben wir gemeinsam festgestellt, dass der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt, Deutschland gut da steht, weil wir Mitbestimmung haben, weil wir Gewerkschaften haben, weil Arbeitnehmer ihre Rechte erkämpfen können. Das steht ihnen zu, das ist ihr im Grundgesetz verbrieftes Recht und an diesem rütteln wir nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie bei diesem Recht die Gewerkschaften heraushalten, dann - das sage ich Ihnen - bekennen Sie sich zu einer marktradikalen Lösung und wollen den Beschäftigten an dieser Stelle nur Sand in die Augen streuen. Und genau das sollen auch die Vertreter von ver.di hier hören,

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

damit sie es weitertragen können, damit bei der nächsten Demonstration die Mitglieder Ihrer Partei auch so empfangen werden, wie es ihnen gebührt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD - Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Zurufe von Daniel Roi, AfD, von Volker Olenicak, AfD, und von Matthias Büttner, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Dr. Pähle, ich danke für Ihren Redebeitrag. - Wir fahren in der Debatte fort. Jetzt hat der fraktionslose Abg. Herr Poggenburg das Wort.

(Oh! bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: O Mann!)

Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

(Volker Olenicak, AfD: Aber nicht wieder der SPD zur Seite springen! - Heiterkeit bei der AfD)

André Poggenburg (fraktionslos):

Nein, nein.

(Volker Olenicak, AfD: Die hauen den Leuten die Taschen voll!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Erst einmal finde ich es gut, dass die Fraktion

DIE LINKE das Thema heute noch einmal aufgemacht hat: Erhalt der Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt. Das Thema ist gut und wichtig.

Herr Lippmann, Sie haben vorhin ein bisschen Abstand genommen vom DDR-Gesundheitssystem. Das brauchen Sie gar nicht zu tun; denn das war, glaube ich, für die damalige Zeit und die damaligen Verhältnisse gar nicht schlecht im internationalen Vergleich. Also geben Sie sich nicht so große Mühe, dazu Abstand zu wahren. Soweit ich weiß, sind damals sogar Wissen und Know-how exportiert worden.

Aber das, worum es eigentlich geht, ist ein Thema, das die Leute wirklich umtreibt, bei dem es um Mitarbeiter geht, bei dem es um die Zukunft geht, bei dem es um gesundheitliche Versorgung, bei dem es um Grundanliegen geht. Dieses Thema aufzumachen, ist richtig.

Dass es die Leute umtreibt, haben wir beispielsweise auch in Zeitz gesehen, wo innerhalb kürzester Zeit Tausende Leute auf der Straße waren, um für den Erhalt ihres Krankenhauses zu kämpfen. Nicht ganz umsonst hat auch Ministerin Grimm-Benne bei uns in Zeitz vor dem Krankenhaus von den Bürgern, von den Initiatoren, von den Rednern doch sehr deutlich die Meinung gesagt bekommen, wie eben auch von einem Chefarzt in Haldensleben.

Aber, liebe Linksfraktion, Ihr Antrag ist trotzdem unehrlich. Er ist unehrlich, weil eben Sie selbst Teil dieser linken Politik von LINKEN, GRÜNEN und SPD auf der Landes- und der Bundesebene sind, die genau diese Misere hervorgerufen haben. Denn wer Gelder rausballert - wir haben es vorhin schon von Herrn Siegmund gehört - für neulinke Experimente, der hat zum Schluss kein Geld übrig für die Grundversorgung der Bürger. Wer mal eben Gelder in Höhe von zig Millionen für Multikulti-Experimente - wir haben es vorhin gehört -, für Integrationsverrenkungen, für Inklusionsblödsinn,

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

für - wie wurde vorhin gesagt? - Gender-Gaga oder die Finanzierung beispielsweise tieferer Netzwerke, teils militant, teils extremistisch verstrickt, benutzt, der hat zum Schluss kein Geld mehr übrig für die Versorgung seiner Bürger. Das ist ganz einfach.

Daher sind Sie, werte Linksfraktion, nicht Teil der Lösung, Sie sind Teil des Problems. Wenn Sie sich dann in dieser Situation hier mit einem solchen Antrag hervortun wollen und den Bürgern suggerieren wollen, dass Sie eigentlich eine Lösung hätten, dass sie dagegen kämpften und die Krankenhäuser erhalten wollten und - wo ich sogar mitgehe, thematisch - die Privatisierung vermeiden wollten, dann, das muss ich sagen, liegen

Sie ganz falsch. Das wird draußen als nichts anderes als Augenwischerei und Heuchelei wahrgenommen - und das bei einem so wichtigen Thema.

Dazu kann ich nur sagen: Schämen Sie sich! Hätten Sie das mit dem Antrag gelassen, wären Sie besser weggekommen. Das ist überhaupt nicht Ihr Thema und Ihr Betätigungsfeld. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Poggenburg für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abg. Herr Knöchel.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen! Meine Herren! Mehrere Redner haben angemerkt, das sei die vierte Debatte in Folge. Herr Krull fragte, ob es neue Argumente gebe. - Unsererseits nicht, Herr Krull. Unsererseits ist es auch nicht erst die vierte Debatte. Sie können in den letzten 18 Jahren verfolgen, dass DIE LINKE zum Thema Krankenhäuser, zur Beschäftigungssituation in Krankenhäusern, zur Situation von Patienten immer wieder Debatten in diesem Hause veranlasst hat.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Nein, unsererseits gibt es keine neuen Argumente. Wir haben bereits, als Herr Richter noch als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, später im Finanzministerium, den Kommunen den Verkauf an Ameos schmackhaft machte und die Privatisierung als das Heilmittel für den Haushalt sah, gesagt: Das ist eine teure Sache,

(Zustimmung bei der LINKEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: So sieht es aus!)

das wird problematisch

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

und: Gesundheit ist keine Ware.

(Beifall bei der LINKEN)

So haben wir schon damals argumentiert und so argumentieren wir noch heute. Aber heute sehen Sie möglicherweise, dass das eintritt, was wir vorausgesagt haben.

Ja, alle haben in der Debatte betont: Wir brauchen mehr Geld für Krankenhausinvestitionen. Herr Krull hat gesagt, er war von dem Antrag, den wir eingebracht haben, überrascht. Herr Krull, wo-

her kommt die Überraschung? Sie sind noch nicht ganz so lange im Landtag, aber ich kann Ihnen sagen: Das, was wir darin beantragt haben, haben wir auch schon in den letzten sechs Jahren beantragt. Das ist nichts Neues. Man hätte sich zumindest dazu verhalten können.

Für mich war es völlig überraschend, zu einem Thema, das alle für wichtig erachten, innerhalb von 20 Sekunden eine Abstimmung zu erleben - und damit war es vom Tisch.

Dann überlegen Sie und finden es - mein Fraktionsvorsitzender hat es Ihnen bei der Einbringung des Haushaltes schon einmal geschildert - problematisch - Herr Schröder rief: gesetzwidrig -, dass wir damit auch Rücklagen auflösen wollen.

Machen wir doch einmal die Rechnung. Laut Krankenhausgesellschaft liegt der Investitionsstau in den Kliniken bei 1,5 Milliarden €. Was haben wir an Rücklagen, Herr Richter? - Eine Summe, die ungefähr so hoch ist. Wie konnten Sie also Rücklagen bilden? - Indem Sie den Krankenhäusern das Geld weggenommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Antrag, das so zu finanzieren, kommt deshalb, weil wir den Krankenhäusern das Geld zurückgeben wollen, das Sie den Krankenhäusern für irgendwelche ideologisch überfrachteten Projekte namens Pensionsfonds geklaut haben.

Herr Schröder, wir denken tatsächlich darüber nach, wie wir das - es geht nicht um Staatseigentum, es geht nicht einmal nur um kommunales Eigentum, es geht um öffentliches Eigentum -

(André Schröder, CDU: Das ist auch Staatseigentum!)

überführen können. In Berlin haben wir, gerade was die Wohnungswirtschaft betrifft, einiges an Überlegungen vorgelegt. Dort glauben uns die Leute langsam, dass DIE LINKE das auch umsetzt.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Ja, weil die CDU vorher eine Bank in den Sand gesetzt hat. Ja!

(Zustimmung bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Ah! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Sie haben das verursacht!)

Eine Überlegung finden Sie unter Punkt 5, Herr Schröder: wieder in den Zustand zurückzugehen, den wir bis 1982 in Deutschland hatten, nämlich dass öffentliche Mittel für das Gesundheitswesen öffentlich bleiben müssen

(Beifall bei der LINKEN)

und dass sie eben nicht ausgeschüttet werden dürfen. Wir wollen ein Ausschüttungsverbot für

öffentliche Mittel im Gesetz verankern. Kurz und gut: Wir wollen den privaten Raffkes das Geschäft kaputtmachen. Das steckt dahinter. Warum sollen Krankenkassenbeiträge ausgeschüttet werden können? Die sollen der ärztlichen Behandlung, die sollen der Bezahlung des Personals dienen,

(Beifall bei der LINKEN)

aber doch nicht irgendwelchen Anteilseignern. So einen Vorschlag haben wir auch.

Dann gibt Herr Richter auch noch als Gipfel des Hohns Interviews, in denen er nach Konzepten ruft. Ich sage einmal, die Bertelsmann-Stiftung hat im Sommer ein ziemlich schlechtes Konzept vorgestellt; sie wollte, glaube ich, drei Krankenhäuser für Sachsen-Anhalt. Dann hat der Herr Ministerpräsident ein Konzept vorgegeben, das hieß: Alles bleibt so, wie es war. Das war sein Versprechen - das ist nachzulesen. Doch jetzt, wo es brennt, sagen Sie, wir müssen Konzepte aufstellen. Nach 18 Jahren CDU-Herrschaft in diesem Land ruft die CDU nach Konzepten. Guten Morgen, liebe CDU!

(Beifall bei der LINKEN)

Konzepte gibt es. Sie wissen auch, was zu tun ist - Sie tun es nur nicht. Deswegen: Wir brauchen keine weiteren Sonntagsreden im Parlament, sondern wir brauchen

(Alexander Raue, AfD: Eine Alternative!)

endlich eine Regierung, die handelt, damit uns unsere Krankenhauslandschaft nicht noch mehr den Bach runtergeht. - Vielen Dank, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, es gibt zwei Fragen. Als Erster Herr Krull. - Herr Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Eine Kurzintervention. - Ein kleiner Hinweis: Ich war nicht überrascht, dass diese Anträge kamen, ich habe mir nur gewünscht, dass die Anträge vielleicht nicht erst einen Tag vor der Ausschusssitzung kommen, sondern im Regelfall am Montag, wenn wir am Mittwoch zusammensitzen. Das war mein Wunsch und den habe ich zum Ausdruck gebracht. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, wenn Sie darauf antworten möchten, bitte.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Wenn Sie jetzt gesagt hätten „Wenn der Antrag eher vorgelegt worden wäre, hätten wir ihm zuge-

stimmt“, dann hätte ich Ihnen versprochen, wir legen Ihnen Anträge in Zukunft ein halbes Jahr vorher vor, weil bekannt ist, was wir wollen. Aber, wie gesagt, es war für mich erschütternd, dass Sie die Anträge schweigend über sich ergehen lassen haben, um sie dann abzulehnen. Das habe ich so auch noch nicht erlebt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Jetzt hat Herr Dr. Tillschneider eine Frage. - Herr Dr. Tillschneider, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Frau Dr. Späthe hat in der Debatte einen, wie ich finde, sehr wichtigen Hinweis gegeben, und zwar hat sie darauf hingewiesen, dass hinter Aneos US-Pensionsfonds stehen. Diese US-Pensionsfonds halte ich in der Tat für die Wurzel des Übels; denn wir haben

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Deutsche sind übrigens nicht besser!)

riesige Kapitalgeber, die dort versammelt sind, die nach Nahrung suchen, die Druck machen in Richtung Privatisierung und die ein öffentliches Unternehmen, wenn sie es ergattert haben, nach allen Regeln der Kunst ausquetschen.

Wenn ich jetzt allerdings diese Kritik so anbringe, wie ich es eben getan habe - ich halte sie für richtig und wichtig -, dann schallt mir von den LINKEN der Vorwurf entgegen, ich sei ein regressiver Antikapitalist, womöglich sogar ein struktureller Antisemit und weiß der Teufel was. Jetzt lautet meine Frage an Sie: Was halten Sie von dieser Kritik und wie stehen Sie sachlich zu dem, was Frau Späthe vorgetragen hat?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Na ja, das Land Sachsen-Anhalt legt - wie viel war es? - 1,2 Milliarden € überall in der Welt an, sogar in irgendwelchen Staaten, in denen man lieber kein Geld anlegen sollte. Es benimmt sich also nicht besser als ein amerikanischer Pensionsfonds.

Übrigens: Amerikanische Pensionsfonds und der Ruf aus der konservativen Ecke nach mehr privater Vorsorge kommen gleichzeitig. Sie stellen sich noch viel mehr solche Möglichkeiten vor,

(Zustimmung bei der LINKEN)

Geld durch die Welt marodieren zu lassen. Also, aus meiner Sicht ist es für die Altersvorsorge

immer noch das Klügste, dass wir ein solidarisches Modell für die gesetzliche Rente haben,

(Zustimmung bei der LINKEN)

in das in Zukunft auch Abgeordnete, Selbstständige und Beamte einzahlen. Dann brauchen wir keine Pensionsfonds. Dann trägt nämlich die eine Generation die Last für die andere Generation. Herr Thomas hat es hier heute auch eindrucksvoll dargestellt. Wir müssen auch keine Angst davor haben, dass unsere Produktivität zurückgeht. Auch die nächste Generation ist gesichert. Insofern sind diese ganzen Modelle, die Sie da haben, sehr albern.

(Ulrich Thomas, CDU: Aus Ihrer Sicht ja, weil Sie das alles nicht verstehen!)

Im Übrigen haben im Gesundheitssektor weder ein privater Investor noch irgendwelche Pensionsfonds etwas verloren. Im Gesundheitssektor ist es wichtig, die Bedürfnisse der Patienten bei guter Bezahlung der Beschäftigten sicherzustellen.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Das ist wichtig.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dafür müssen wir im Land Sachsen-Anhalt die Investitionsmittel bereitstellen. Das tun wir seit Jahrzehnten nicht. Die Ernte dieser schlechten

Arbeit in 18 Jahren CDU-Regierung fahren wir jetzt ein. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Knöchel für den Redebeitrag. - Wir kommen nun zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte den Vorschlag wahrnehmen, den Antrag in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration zu überweisen.

Wer für die Überweisung stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das komplette Haus. Wer stimmt dagegen? - Gegenstimmen sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die sehe ich auch nicht. Damit ist dieser Antrag überwiesen worden und die Debatte beendet.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 43. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 44. Sitzungsperiode für den 27. und 28. Februar 2020 ein. Ich wünsche allen ein gutes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 15:18 Uhr.

